LAND
BRANDENBURG
Ministerium des Innern



Verfassungsschutzbericht Brandenburg 2004

2004 Verfassungsschutzbericht Land Brandenburg

Herausgeber: Ministerium des Innern des Landes Brandenburg
Abteilung Verfassungsschutz, Referat V/2
Henning-von-Tresckow-Straße 9-13, 14467 Potsdam
Telefon: (0331) 866 2552, Fax: (0331) 866 2055
Auflage: 4.000
Herstellung: Landesvermessung und Geobasisinformation Brandenburg

Den Text finden Sie im Internet unter www.verfassungsschutz-brandenburg.de

Mai 2005

Das Ministerium des Innern ist die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg. In Erfüllung des gesetzlichen Auftrages wird mit dem vorliegenden Jahresbericht 2004 die Öffentlichkeit über die Arbeitsergebnisse unterrichtet.

VORWORT

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,



verfassungstreu und friedlich sind die Brandenburgerinnen und Brandenburger. Doch es gibt Ausnahmen: Diese sind im vorliegenden Verfassungsschutzbericht als Extremisten ausgewiesen. Im Jahre 2004 sind ihnen 131 Gewaltstraftaten zuzuschreiben. Das ist zu viel. Deswegen gilt nach wie vor, dass dem Extremismus mit beherztem Engagement für Freiheit, Sicherheit und Recht entgegengetreten werden muss.

Die weit überwiegende Mehrzahl der verfassungsfeindlichen Straftaten wird von Rechtsextremisten verübt. Wenn sich auch das Erscheinungsbild dieser Szene verändert hat, wenn sie sich glatter und scheinbar rechtskonform gibt, ist sie nicht ungefährlicher geworden. Ganz im Gegenteil.

Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik zeichnet sich ab, dass rechtsextremistische Parteien und Gruppierungen nicht nur Wahlbündnisse bilden, sondern operativ und arbeitsteilig zusammenwirken. Dieser Gefahr stellen wir uns. Der Brandenburger Verfassungsschutz wird noch intensiver mit Diensten anderer Länder und des Bundes zusammenarbeiten. Aktionen der Sicherheitsbehörden sowie staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen werden stärker vernetzt und die Beratertätigkeit des Verfassungsschutzes für die Politik erweitert. Es gilt, die Strafverfolgungsbehörden wie auch die gefahrenabwehrenden Behörden im gesetzlichen Rahmen mit erforderlichen Informationen zu versehen.

Andererseits werden durch Prävention und Aufklärung rechtsextremistischer Sprüche und Hasstiraden entkräftet. Das ist besonders wichtig, weil sich Rechtsextremisten gezielt wie nie zuvor an den Interessen Jugendlicher orientieren. So gab es den, nicht erfolgreichen, Versuch, Zehntausende CDs an Treffpunkten junger Leute zu verteilen, um über Musik zu Hass und Gewalt anzustacheln. Dass diese Absicht bisher fehlschlug, liegt nicht zuletzt an der schnellen, bundesweiten Reaktion der Sicherheitskräfte. Es liegt aber ebenso an der breiten Abwehr, mit der sich, auch in Brandenburg, die demokratische Öffentlichkeit gegen das braune Lied- und Gedankengut stellte.

Ein gewandeltes Auftreten und ein zunehmend globales Vorgehen beobachten wir auch beim Terrorismus, einem weiteren Schwerpunkt in der Arbeit des Verfassungsschutzes. Der islamistische Terrorismus z. B. zeichnet sich durch lockere, netzwerkartige Verbindungen mit einem großen Reservoir potentieller Helfer aus. Das beweisen die Terroranschläge des Jahres 2004. Zielte solche Bedrohung ursprünglich auf einzelne Repräsentanten und Symbolfiguren des bekämpften Gegners, geht es den islamistischen Fanatikern nunmehr um eine möglichst große Zahl von Opfern.

Zumal zeigen die Geschehnisse von Madrid, dass größere Terrorakte auch in Europa möglich sind. Die europäischen Staaten – und damit auch Deutschland – sind nicht mehr nur Ruhe- und Rückzugsraum, sondern kommen als Aktionsfeld für weltweit agierende Terroristen in Frage.

Der Verfassungsschutz und die anderen Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern reagierten auf diese Bedrohung mit dem Aufbau einer neuen Sicherheitsarchitektur, wie zum Beispiel, in einem ersten Schritt, dem Gemeinsamen Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) in Berlin. Diese Maßnahmen ermöglichen einen schnelleren Austausch, die umfassende Analyse und vor allem die richtige Bewertung aller verfügbaren Informationen und können Terroranschläge weitestgehend abwehren. Der Brandenburger Verfassungsschutz leistet einen guten Beitrag zu einer solchen erfolgreichen Terrorismusprävention. Wenn die Behörde auf dem Brandenburg-Tag 2004 unter dem Slogan auftrat „Networks gegen Netzwerke", dann warb sie damit für ihre neue Datenbank, mit deren Hilfe umfangreiche Datensätze nicht nur gespeichert, sondern auch miteinander verknüpft und unmittelbar ausgewertet werden können. Im Kampf gegen Extremismus und seine gefährlichste Form, den Terrorismus, setzen wir auf ein Schutznetz aus rechtzeitiger Warnung, schneller Auswertung und schnellstmöglichem, behörden- und länderübergreifendem Informationsaustausch.



Jörg Schönbohm

Minister des Innern des Landes Brandenburg

Potsdam, im Mai 2005

Inhaltsverzeichnis Seite

Verfassungsschutz in Brandenburg 9
Wehrhafte Demokratie 10
Extremistisch motivierte Gewalt 16
Personenpotenziale 23
Mitgliederzahlen zwischen Stagnation und leichtem Anstieg 25

Rechtsextremismus 27
Aktuelle Tendenzen im Rechtsextremismus 29
Subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten 34
Szenestrukturen 35
Aktivitäten 40
Neonazis 46
Demonstrationen 47
Organisationsformen und Organisationen 51
Parteien und deren Nebenorganisationen 62
Nationaldemokratische Partei Deutschlands 62
Deutsche Volksunion 71
Sonstige rechtsextremistische Parteien 78
Vereine und Gesprächskreise 80

Linksextremismus 83
Autonome 85
Aktuelle Tendenzen 87
Kampagnen und Diskussionsthemen 90
Organisationen 100
Deutsche Kommunistische Partei 100
Kommunistische Partei Deutschlands 103
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands 105
Trotzkisten 106
Rote Hilfe e. V. 107
Anarchistische Organisationen 109

Seite

Islamismus 111
Jihadistische Islamisten 113
Legalistische Islamisten 123

Extremistische Bestrebungen von Ausländern 127
Kurdische Extremisten 130
Türkische Linksextremisten 136
Sikh-Gruppierungen 139

Spionage und sonstige sicherheitsgefährdende Aktivitäten 141
Spionageabwehr 142
Geheimschutz 144

Anhang 147
Gesetzestexte 148
Begriffserläuterungen 175
Sach- und Personenregister 192
Fragebogen 197

Verfassungsschutz in Brandenburg

Rechtsextremismus

Linksextremismus

Islamismus

Extremistische Bestrebungen von Ausländern

Spionage und sonstige sicherheitsgefährdende Aktivitäten

Anhang

Verfassungsschutz in Brandenburg

VERFASSUNGSSCHUTZ IN BRANDENBURG

Wehrhafte Demokratie

Demokratie braucht und gibt Freiheitsrechte wie das auf freie Meinungsäußerung, auf Versammlungsfreiheit oder auf freie politische Willensbildung. Sie garantiert das Recht der Bürger, die Regierung zu wählen und wieder abzuwählen. Diese Rechte scheinen manchen selbstverständlich gegeben; doch sie sind es nicht. Vielmehr ist die Demokratie in ihrer Geschichte immer wieder angegriffen und verhindert worden, mit katastrophalen Folgen für die Menschen, die ihr Recht auf ein selbstbestimmtes Schicksal, oft ihre Freiheit und schließlich ihr Leben in Gewalt- und Willkürherrschaft verloren haben.

Extremistische Bestrebungen wollen die freiheitlich demokratische Grundordnung durch ein unfreies und undemokratisches Regime ersetzen. Rechtsextremisten streben einen rassistischen Staat an, Linksextremisten verfolgen das Ziel eines „Umwurfes der Verhältnisse", Islamisten wollen einen Gottesstaat. Alle verfassungsfeindlichen Bestrebungen zielen darauf ab, die im Grundgesetz garantierten Freiheitsrechte aufzuheben.



Um für ihre Bürger Freiheit, Recht und die Abwählbarkeit der Regierung zu sichern, ist die Bundesrepublik Deutschland als wehrhafte Demokratie verfasst. Es ist eines der besonderen Merkmale der bundesdeutschen Verfassungsordnung, dass sie sich neben den Grundsätzen der Sozial-, Bundes- und Rechtsstaatlichkeit auch auf die Wehrhaftigkeit der Demokratie stützt. Nötigenfalls kann durch Eingriffe in die Freiheitsrechte ihrer Gegner die freiheitlich demokratische, rechts- und sozialstaatliche Ordnung verteidigt werden. Der freiheitlich demokratische Rechtsstaat ist Garant für Freiheitsrechte; er hat aber auch die Mittel in der Hand, diese Rechte gegenüber seinen erklärten Gegnern einzuschränken.

Zu den Mitteln der wehrhaften Demokratie gehört die Möglichkeit, extremistische Bestrebungen im Vorfeld durch den Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Wenn Straftaten begangen werden, wird polizeilich eingeschritten. Das in Deutschland geltende Trennungsgebot regelt die Arbeitsteilung und die Zusammenarbeit zwischen Verfassungsschutz und Polizei in der Bekämpfung des Extremismus. Eine politisch geleitete Polizei wie z.B. die Gestapo im Dritten Reich oder die Staatssicherheit in der DDR hat in der durch das Grundgesetz verfassten Demokratie keinen Platz.

Der Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland ist, wie die Polizei, Ländersache; die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder im Verfassungsschutz regelt der Bund. Jedes Bundesland und der Bund verfügen über einen eigenen Verfassungsschutz, der entweder als eigenes Amt strukturiert oder – wie in Brandenburg – dem Innenministerium als Abteilung organisatorisch angegliedert ist.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln nimmt koordinierende und länderübergreifende Aufgaben wahr. Seine Tätigkeit sowie die Zusammenarbeit zwischen Bundesamt und Landesverfassungsschutzbehörden ist im Bundesverfassungsschutzgesetz geregelt, die Landesbehörden arbeiten auf der Grundlage der jeweiligen Landesverfassungsschutzgesetze.

Wen oder was beobachtet der Verfassungsschutz?

Das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz (im Anhang abgedruckt) regelt den Zuständigkeitsbereich der Behörde. Eine zu beobachtende Bestrebung gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung ist nach dem Gesetz insbesondere dann gegeben, „wenn sie auf Gewaltanwendung gerichtet ist oder sonst ein kämpferisches und aggressives Verhal-

ten“ gegen einige Grundsätze erkennen lässt (§ 4 Abs. 2). Diese Grundsätze wurden durch zwei Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts aus den Jahren 1952 und 1956 als die Werte benannt, die fundamental für die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland sind. Sie stecken auch den Tätigkeitsbereich des Verfassungsschutzes ab. Das Brandenburger Verfassungsschutzgesetz gibt sie im § 4 wieder. Bestrebungen werden vom Verfassungsschutz beobachtet, die auf die Beseitigung der folgenden Grundwerte abzielen,:

1. die Menschenrechte,
2. das Recht des Volkes, die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
3. die Bindung an Gesetz und Recht,
4. das Recht auf die Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
5. die Ablösbarkeit der Regierung,
6. die Unabhängigkeit der Gerichte und
7. der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.

Bestrebungen, die gegen den Wertekern unserer Demokratie vorgehen, werden „extremistisch“ genannt.

Der Auftrag des Verfassungsschutzes

Auftrag des Brandenburgischen Verfassungsschutzes ist es, „die Landesregierung und andere zuständige Stellen über Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand und die Sicherheit des Bundes und der Länder“ zu unterrichten (§ 1 Abs. 1 Brandenburgisches Verfassungsschutzgesetz). Diese z. B. an die Polizei weitergeleiteten Erkenntnisse, sollen es den unterrichteten Stellen ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren zu ergreifen.

Außerdem wirkt die Verfassungsschutzbehörde beim vorbeugenden personellen oder materiellen Geheimschutz mit, d. h. bei Sicherheitsüberprüfungen oder bei technischen Sicherheitsmaßnahmen. So bietet der Verfassungsschutz an, auch in privaten Firmen mit sicherheitsrelevanten Arbeitsbereichen Sicherheitsüberprüfungen von neuangestellten Mitarbeitern durchzuführen.

Laut §5 des Brandenburger Verfassungsschutzgesetzes muss zudem die Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen und Tätigkeiten informiert werden. Unter anderem mit dem vorliegenden Jahresbericht, der auch auf der Website des Verfassungsschutzes Brandenburg nachzulesen ist, wird dieser Aufgabe nachgekommen.

Daneben werden in Vorträgen, Kolloquien, Hintergrundgesprächen, an Messeständen, in Diskussionsforen, auf Lehrerfortbildungen oder in Seminaren an Brandenburger Universitäten die Arbeit des Verfassungsschutzes Brandenburg und seine Schwerpunktthemen dargestellt und diskutiert. Seit 2004 verfügt der Verfassungsschutz Brandenburg über einen eigenen Ausstellungs- und Schulraum, in dem Schülergruppen, Vereine und sonstige Gäste des Verfassungsschutzes stets willkommen sind.

Wer an Vorträgen, Informationsveranstaltungen bzw. Informationsmaterial interessiert ist oder sonst Fragen an die Verfassungsschutzbehörde Brandenburg hat, kann sich telefonisch unter (03 31) 8 66-2500, schriftlich an die Adresse Henning-von Tresckow-Straße 9 - 13, 14467 Potsdam, per Fax über (03 31) 8 66-20 55) oder per E-Mail (info@verfassungsschutz-brandenburg.de) an sie wenden.

Jeder Bürger hat auch individuell die Möglichkeit, gemäß §12 des Brandenburgischen Verfassungsschutzgesetzes Auskunft über zu seiner Person gespeicherte Daten – sowie ggf. auch Akteneinsicht – zu erhalten.

Informationsbeschaffung und -auswertung

Um ihren Auftrag zu erfüllen, sammelt die Behörde Informationen, insbesondere sach- und personenbezogene Auskünfte, Nachrichten und Unterlagen und wertet sie aus. Zu einem Großteil werden die einschlägigen Informationen aus offenen Quellen, etwa Zeitungen, Zeitschriften oder dem Internet gewonnen. Unter engen gesetzlichen Voraussetzungen kann jedoch der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erfolgen. Zu diesen zählen etwa

- der Einsatz von Vertrauensleuten oder geheimen Informanten
- Observationen
- der Einsatz von Tarnmitteln
- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

Die Erhebung personenbezogener Daten mit nachrichtendienstlichen Mitteln ist nur gestattet, wenn sie zur Aufgabenerfüllung unbedingt benötigt werden und auf anderem Wege nicht beschafft werden können. Dies ist Ausdruck des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes, der jedes Verwaltungshandeln bestimmt.

Kontrolle des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz unterliegt einer vielfältigen und engmaschigen Kontrolle. Dies ergibt sich bereits aus der Landesverfassung Brandenburgs, die in Artikel 11 Absatz 3 für den Verfassungsschutz eine besondere parlamentarische Kontrolle vorsieht. Diese wird von der durch das Brandenburgische Verfassungsschutzgesetz institutionalisierten Parlamentarischen Kontrollkommission des Landtages Brandenburg ausgeübt. Die Landesregierung hat das Gremium über die allgemeine Tätigkeit der Verfassungsschutzbehörde, das Lagebild und Vorgänge von besonderer Bedeutung zu unterrichten sowie – auf Verlangen der Kommission – über Einzelfälle zu berichten. Die Kommission kann dazu beispielsweise von der Landesregierung die für ihre Kontrollaufgaben erforderlichen Auskünfte verlangen.

Bei Eingriffen in das Post- und Fernmeldegeheimnis nach Art. 10 Grundgesetz entscheidet die G 10-Kommission über deren Zulässigkeit und Notwendigkeit. Sie, deren Bezeichnung sich ableitet von dem G 10-Gesetz (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz), mit dem die Voraussetzungen und Grenzen der Telekommunikations-, Brief- und Postüberwachungen normiert werden, ist ein gesetzlich vorgeschriebenes Gremium und besteht aus drei Personen, die vom Parlament bestimmt werden. Die Kommission überwacht sowohl die Datenerhebung als auch die Verarbeitung von Informationen, die aus solchen Überwachungsmaßnahmen stammen.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und für das Recht auf Akteneinsicht hat Zugang zu Unterlagen der Verfassungsschutzbehörde, die personenbezogene Daten enthalten. Er kann so die Rechtmäßigkeit der Datenerhebung und -verarbeitung überprüfen.

Struktur der Verfassungsschutzbehörde Brandenburg

Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ist das Ministerium des Innern. Dessen Abteilung V erfüllt die Aufgaben des Verfassungsschutzes. Die Abteilung V gliederte sich am Jahresende 2004 nach einer erneuten organisatorischen Straffung in folgende sechs Referate:

Referat V/1	Recht, G 10, Datenschutz, Geschäftsprozesse, Technik, operative Sicherheit
Referat V/2	Grundsatz- und Präventionsfragen des politischen Extremismus, Verfassungsschutz durch Aufklärung
Referat V/3	Observation
Referat V/4	Beschaffung politischer Extremismus
Referat V/5	Auswertung politischer Extremismus
Referat V/6	Spionageabwehr, Geheimschutz

Am 31. Dezember 2004 waren von 134 vorgesehenen Planstellen 121 besetzt. Die Personalkosten beliefen sich auf 4.910.000 Euro. An sonstigen Haushaltsmitteln (Sachmittel) standen 2004 insgesamt 1.154.000 Euro zur Verfügung, davon wurden 1.153.999,20 Euro ausgegeben.

Extremistisch motivierte Gewalt

Nicht jede vom Verfassungsschutz beobachtete extremistische Bestrebung übt Gewalt aus, aber fast jede politisch motivierte Gewalttat ist ein Kennzeichen extremistischer Einstellungen. Wer Gewalt ausübt, weil er aus politischen Überzeugung meint, dass das Opfer keinen Anspruch auf Unversehrtheit habe, greift unmittelbar die Menschenrechte an.

Aber auch durch so genannte Propagandadelikte findet ein Angriff auf die Grundwerte der freiheitlich demokratischen Grundordnung statt, der vom Verfassungsschutz registriert wird.

Die hier vorliegende Statistik der politisch motivierten Gewalttaten beruht ausschließlich auf Daten der Brandenburger Polizei. Das begründet sich vor allen Dingen mit der unmittelbaren Zuständigkeit der Polizei für die Ahndung von Verstößen gegen die Strafgesetze.

Zudem beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, die im Vorfeld durch die Parlamentarische Kontrollkommission als Beobachtungsobjekte festgestellt worden sind, so dass Daten über Einzelstraftaten nicht in jedem Fall im Beobachtungsspektrum des Verfassungsschutzes wahrgenommen werden.

Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung reichen weit über die extremistisch motivierten Straftaten hinaus bzw. manifestieren sich auch schon im Vorfeld strafbarer Handlungen. Sobald sie sich aber in Rechtsverstößen niederschlagen, werden sie zu einem Fall für die Strafjustiz.

Erfasste Fälle

Im Jahr 2004 wurden in Brandenburg 1.865 Fälle politisch motivierter Kriminalität erfasst (2003: 1.571). In 1.180 Fällen (2003: 1.047) lag der jeweiligen Straftat eine extremistische Motivation zugrunde.

Im Folgenden wird, entsprechend dem gesetzlich eingegrenzten Beobachtungsauftrag der Verfassungsschutzbehörden, nur auf die extremistisch motivierten Straftaten, dabei insbesondere auf die extremistisch motivierten Gewalttaten, eingegangen.

Von den 1.180 erfassten Fällen extremistisch motivierter Kriminalität waren :

- 1.046 Straftaten rechtsextremistisch motiviert (2003: 982), davon 105 Gewaltdelikte (2003: 87) und 722 Propagandadelikte (2003: 669)
- 56 Straftaten linksextremistisch motiviert (2003: 39), davon 22 Gewaltdelikte (2003: 14)
- keine von Ausländern begangene extremistisch motivierte Straftat (2003: 3),
- 78 extremistisch motivierte Taten (2003: 23), die keinem der vorgenannten Phänomenbereiche zugeordnet werden konnten, davon vier Gewaltdelikte (2003: 1) und acht Propagandadelikte (2003: 6).

Die aufgeführten Straftaten werden in den Übersichten am Ende dieses Kapitels weiter aufgeschlüsselt.

Einen besonderen Stellenwert nehmen die extremistisch motivierten Gewalttaten ein, die mit 131 gezählten Delikten (2003: 103) weiterhin auf hohem Niveau liegen. Insbesondere mit den 105 rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten ist das Land Brandenburg nach wie vor belastet. Sie haben noch einmal zugenommen (2002: 78, 2003: 87). Dabei ist jedoch hervorzuheben, dass es der Brandenburger Polizei im Jahr 2004 gelungen ist, 91 Prozent (2003: 82 Prozent) dieser Delikte aufzuklären. Die Zahl der linksextremistisch motivierten Gewalttaten ist dagegen nur unerheblich angestiegen, nachdem sie im letzten Jahr leicht gesunken war.

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten

Rechtsextremistisch orientierte Gewalt hat besonders häufig die Erscheinungsform von Pöbeleien, die, mit Drohgebaren untermalt, die „Gegner" einschüchtern sollen. Dabei wenden sich Rechtsextremisten gegen „Ausländer", „Juden" und „linke Zecken", die sie vor allem an ihrem Äußeren zu erkennen glauben.

Inwieweit ein rechtsextremistisches Weltbild eine Gewalttat begründet, oder ob nicht vielmehr rechtsextremistische Ideologieversatzstücke dazu benutzt werden, Aggressionen im Nachhinein zu legitimieren, kann nicht in jedem Fall entschieden werden. Es muss dann der gerichtlichen Klärung überlassen bleiben, im Einzelfall für Klarheit zu sorgen. Gewaltsames Verhalten wird häufig mit Versatzstücken rechtsextremistischer Ideologie gerechtfertigt, ohne dass die Täter wirklich wissen, wovon sie reden. Der Mord an dem Brandenburger Teenager Marinus Schöberl im Juli 2002, der von seinen Peinigern als „Jude" beschimpft wurde, ist einer der erschreckendsten von zahlreichen solcher Beispielfälle.

Ein Großteil der rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten richtet sich nach wie vor gegen Ausländer oder Deutsche, die als Ausländer etikettiert werden. Die Taten sind oftmals bestimmt vom Weltbild des Sotzialdarwinismus. Die Täter gehen spontan vor und beschimpfen und schlagen ihre Opfer, die meist allein sind und sich nicht wehren können.

So griffen zwei junge Männer am 20. Februar 2004 zwei Araber aus dem Libanon bzw. den palästinensischen Gebieten in einer Straßenbahn verbal an. Mit den Worten „Verpiss dich, Scheiß Ausländer, Schwarzkopf", gingen sie die beiden an. Schließlich bedrohte einer von ihnen die beiden Ausländer mit einem abgebrochenen Flaschenhals. Eines der Opfer erlitt leichte Verletzungen.

Am 4. September 2004 umzingelte eine fünfköpfige Gruppe in Cottbus einen dunkelhäutigen Deutschen und schlug und trat auf ihn ein. Dabei riefen sie „Sieg Heil" und „Jetzt hast du Farbe im Gesicht" Einer der Angreifer schlug mit einer Flasche auf den Kopf des Opfers, als es bereits am Boden lag.

Ein fremdenfeindlicher Überfall auf einen Kenianer am 18. Juli 2004 in Brandenburg (Havel) konnte durch das beherzte Eingreifen von zwei Zeuginnen gestoppt werden.

Der Prozess gegen die jugendlichen Mitglieder der Kameradschaft „Freikorps" hat bestätigt, dass neun Brandanschläge und eine Sachbeschädigung in der Umgebung von Nauen auf sie zurückzuführen ist. Die Taten richteten sich gegen asiatische oder türkische Imbissstände. Die Täter verfolgten dabei das erklärte Ziel, ein Klima der Angst unter den in der Region lebenden Ausländern zu erzeugen, Ausländer um ihre wirtschaftliche Existenz zu bringen und sie auf diese Art dazu zu zwingen, aus dem Havelland wegzuziehen. Am 7. März 2004 wurden die Mitglieder der Kameradschaft vom ersten Strafsenat des Brandenburgischen Oberlandesgerichts wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung verurteilt.

Doch nach wie vor kommt es auch zu unorganisierten Anschlägen auf Imbissbuden ausländischer Betreiber.

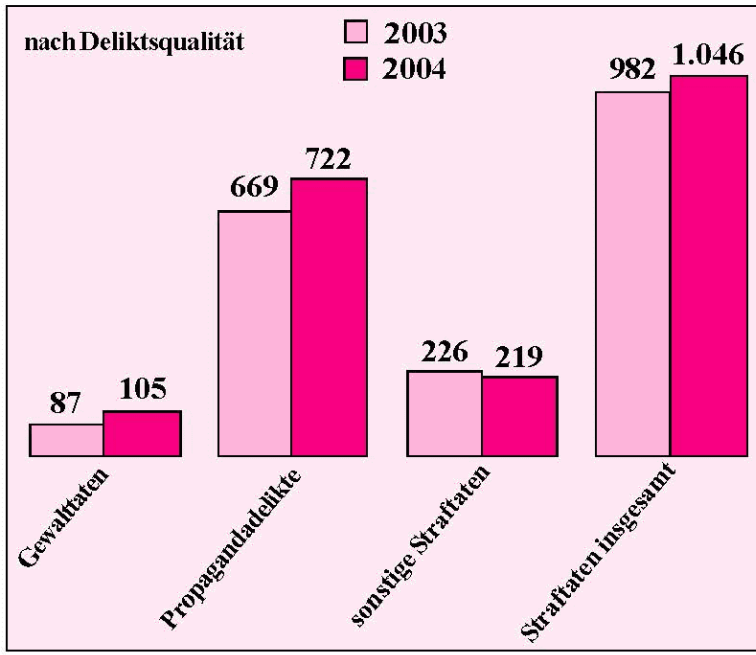
Ein Döner-Imbiss in Senftenberg wurde am 31. Januar 2004 mit einem Molotowcocktail in Brand gesetzt und brannte völlig aus. Zwei Tatverdächtige konnten kurz danach festgenommen werden. Sie begründeten die Brandstiftung mit ihrer „rechten" Einstellung und damit, dass sie „gegen Ausländer" seien.

Neben „Ausländern“ oder Menschen, die als Ausländer etikettiert werden, richtet sich rechtsextremistisch motivierte Gewalt häufig auch gegen „linke“ Jugendliche, die von den Rechtsextremisten als „Zecken“ beschimpft werden. In ihrer rassistisch geprägten Weltwahrnehmung vermuten Rechtsextremisten, dass Deutsche, die nicht wie sie ausländer- und demokratiefeindlich eingestellt sind, nicht wirklich zu dem „Volkskörper“ gehören, den sie sich ausmahlen. Sie legitimieren somit Gewalt gegen „Zecken“.

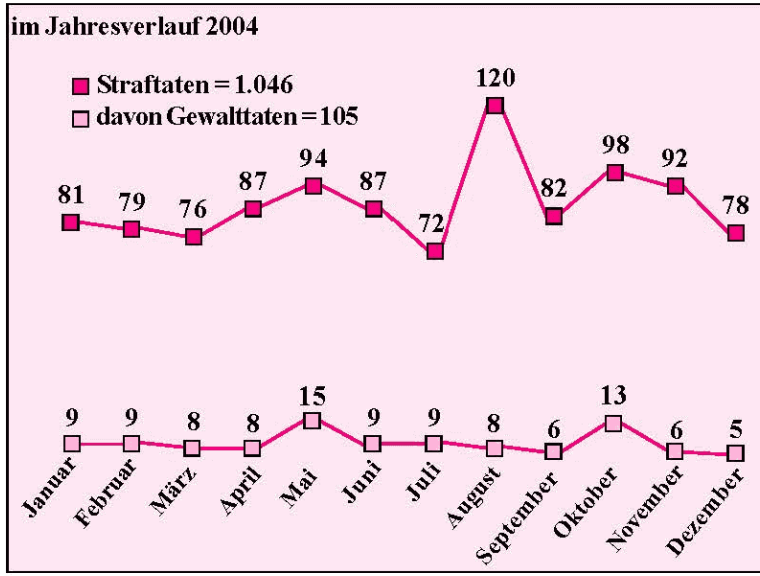
Am 13. Februar 2004 hielte in Neuruppin zwei Jugendliche einen 15-jährigen Radfahrer an und fragten ihn: „Warum bist Du Zecke?“ Ohne eine Antwort abzuwerten, schlugen beide Täter auf ihn ein.

Am 29. Juli 2004 griffen mindestens sieben Jugendliche eine 17jährigen Angehörigen der „linken“ Szene an. Dabei wurde das Opfer gegen eine Schaufensterscheibe gedrückt, gewürgt, geschlagen und getreten.

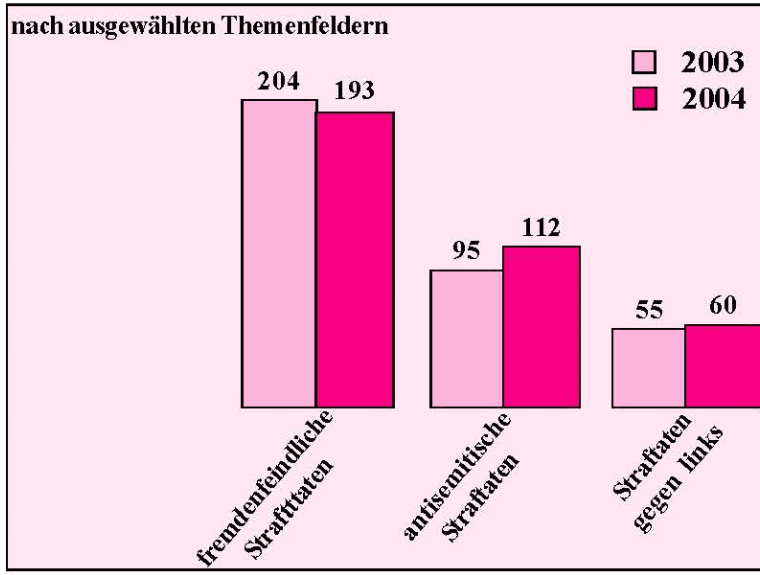
Rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Brandenburg



Rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Brandenburg



Rechtsextremistisch motivierte Straftaten in Brandenburg



Linksextremistisch motivierte Gewalttaten

Insbesondere der militant aufgeladene „Antifaschismus" legitimiert aus der Sicht einiger Linksextremisten auch Körperverletzungen, wenn es sich bei den Opfern um „Nazis" handelt, oder Menschen, die als solche etikettiert werden.

Da Autonome sich darin vertrauen, „Gut und Böse unterscheiden zu können", bedarf es bei ihren Attacken oft auch keiner tiefgehenden Analyse der Situation. Manch gewaltbereitem Autonomen genügt – ebenso wie dem rechtsextremistischen Schläger – ein Blick auf das Äußere, um den „Feind" auszumachen und anzugreifen. Solche Attacken gelten als Strafe für eine falsche Gesinnung und sollen abschrecken. „Faschismus", so wird dann argumentiert, sei „keine Meinung, sondern ein Verbrechen", wobei linksextremistische Täter sich anmaßen, solche „Verbrecher" zu bestrafen zu können.

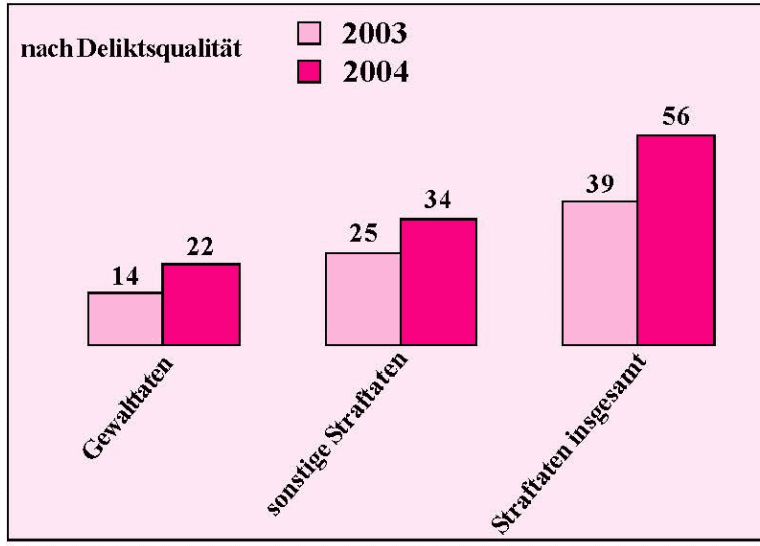
In überschaubaren Szenezusammenhängen geht der einzelnen Gewalttat oft eine Geschichte wechselseitiger Eskalation voraus. Hierbei können sich kaum mehr kontrollierbare Dynamiken entwickeln.

Meisten sind die Opfer linksextremistischer Gewalt Menschen, denen sie nachsagen, sie seien „Nazis". Denen gegenüber wird auch der Einsatz von gefährlichen Waffen als legitim angesehen. So setzten in einer handgreiflichen Auseinandersetzung zwischen Vertretern der Antifa und des rechtsextremistischen „Märkischen Heimatschutzes" am 28. Januar 2004 in Oranienburg Vertreter der Antifa Tränengas ein.

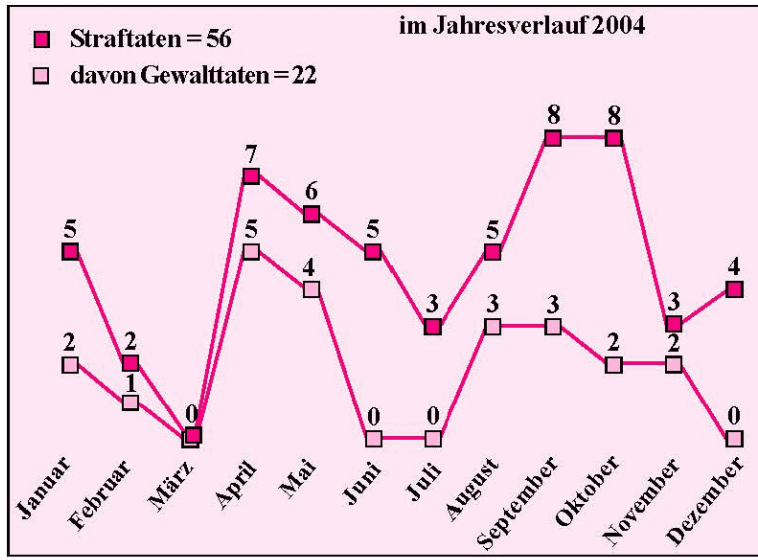
Das Stichwort „Antifaschismus" wird zur Legitimation von Angriffen auch gegen Menschen eingesetzt, die nicht persönlich als „Nazis" oder „Faschos" in Verdacht stehen.

> So beschmierten Unbekannte am 13. Januar 2004 die Fenster eines Zeitungsladens in Frankfurt (Oder) mit brauner Farbe und hängten ein Plakat mit dem Titel „Kundeninformation" am Eingang auf. Dem Plakat war zu entnehmen, dass sich der Angriff insbesondere dagegen richtete, dass in dem Zeitungsladen Zeitschriften rechtsextremistischer Herausgeber und Landser-Romane verkauft würden. Am 25. Januar 2004 wurden zwei Schaufensterscheiben des selben Geschäfts eingeschlagen und ein Zettel mit folgendem Text hinterlassen: „Enough is enough! Kein Verkauf von Faschistischer und rassistischer Scheiß Propaganda!". Am 22. Februar 2004 fanden die Betreiber des Frankfurter Zeitungsladens die Aufschrift „Stoppt Nazipresse!" an ihre Häuserwand geschrieben.

Linksextremistisch motivierte Straftaten in Brandenburg



Linksextremistisch motivierte Straftaten in Brandenburg



Personenpotenziale

Mitgliederzahlen rechtsextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Land Brandenburg	
	2003	**2004**	**2003**	**2004**
subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten [1]	10.000	10.000	560	580
organisierte und unorganisierte Neonazis	3.000	3.800	220	300
NPD	5.000	5.300	180	130
DVU	11.500	11.000	230	230
REP [2]	8.000	7.500	50	50
sonstige rechtsextremistische Organisationen [3]	4.600	4.300	75	50
gesamt	**42.100**	**41.900**	**1.315**	**1.340**
Mehrfachmitgliedschaften	600	1.200	50	50
tatsächliches Personenpotenzial	**41.500**	**40.700**	**1.265**	**1.290**

[1] Die Zahl der subkulturell geprägten, gewaltbereiten Rechtsextremisten, darunter Skinheads, wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

a) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;
b) bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;
c) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;
d) extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

[2] Es kann nicht unterstellt werden, dass jedes einzelne Mitglied der REP rechtsextremistische Ziele verfolgt und unterstützt.

[3] In den Vorjahren wurden die Mitglieder der JN in Brandenburg, anders als in den vom BMI veröffentlichten Zahlen, gesondert aufgeführt und von der vom Bund übermittelten Gesamtmitgliederzahl sonstiger Organisationen wieder abgezogen.

Mitgliederzahlen linksextremistischer Gruppierungen (z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Land Brandenburg	
	2003	**2004**	**2003**	**2004**
Autonome [1]	5.400	5.000	350	330
Anarchisten	550	500	Einzelpersonen	
DKP	4.700	4.500	100	130
KPD	200	200	15	15
MLPD	2.000	2.000	40	25
Rote Hilfe	4.600	4.600	130	130
sonstige linksextremistische Organisationen	14.250	14.400	80	75
gesamt [2]	**31.700**	**31.200**	**720**	**710**
Mehrfachmitgliedschaften	400	400	50	50
tatsächliches Personenpotenzial	**31.300**	**30.800**	**670**	**660**

[1] Die Zahl der Angehörigen autonomer Gruppen wird unter Berücksichtigung von Dunkelziffern und möglichen Doppelzählungen aus folgenden Teilgrößen errechnet:

a) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die im Berichtsjahr straffällig geworden sind;

b) bezifferbare Gruppen extremistisch motivierter, namentlich nicht bekannter Gewalttäter, die im betrachteten Jahr straffällig geworden sind;

c) namentlich bekannte extremistisch motivierte Gewalttäter, die in vergangenen Jahren straffällig geworden und bei denen konkrete Anhaltspunkte für eine fortdauernde Gewaltbereitschaft gegeben sind;

d) extremistisch orientierte Personen, denen keine einschlägigen Gewalttaten nachzuweisen sind, die aber auf Grund konkreter Einzelerkenntnisse (mutmaßliche Beteiligung an Gewalttaten, Verhalten, Äußerungen usw.) als gewaltbereit gelten müssen.

[2] Mitglieder linksextremistisch beeinflusster Organisationen sind nicht mitgezählt.

Mitgliederzahlen extremistischer Ausländergruppierungen (z. T. geschätzt)

	Bundesrepublik Deutschland		Land Brandenburg	
	2003	**2004**	**2003**	**2004**
Islamisten	30.950	31.800	50	50
davon IGMK	26.500	26.500	Einzelpersonen	
Linksextremisten [1]	17.470	17.290	110	110
davon KONGRA GEL	11.500	11.500	90	90
Nationalistische Extremisten	8.880	8.430	30	30
davon ADÜTDF	8.000	7.500	Einzelpersonen	
gesamt	**57.300**	**57.520**	**190**	**190**

[1] Hier werden auch mit Verbot belegte Gruppen gezählt.

Mitgliederzahlen zwischen Stagnation und leichtem Anstieg

Das Personenpotential im Rechtsextremismus ist in Brandenburg im Vergleich zu 2003 leicht angestiegen. Während im Bereich des parteilich organsierten Rechtsextremismus eine Stagnation zu beobachten ist, wuchs das Personenpotential im unorganisierten Bereich an. Das sprunghafte Ansteigen der Zahlen für Neonazis ist vor allen Dingen auf die Abspaltung der „Bewegung Neue Ordnung“ (BNO) (siehe S. 57ff.) von der NPD zurückzuführen.

Im Bereich des Linksextremismus ist das Personenpotetial von 670 im Jahre 2003 auf 660 weiter zusammengeschmolzen. Lediglich die DKP konnte einen Mitgleiderzuwachs verzeichnen, der u. a. auf den Landtagswahlkampf der Partei zurückzuführen ist.

Im Ausländerextremismus stagniert das Personenpotential, nachdem es im letzten Jahr gesunken war.

Rechtsextremismus

RECHTSEXTREMISMUS

Rechtsextremisten sind Gegner der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie vertreten eine völkische Staats- und Rechtsidee („Ideologie der Volksgemeinschaft"), die gegen die Menschen- und Bürgerrechte verstößt, und verachten die Werte der Demokratie. Zwar ist der Rechtsextremismus in Deutschland nicht homogen, aber die folgenden Grundüberzeugungen sind allen Rechtsextremisten gemeinsam:

- Rechtsextremisten sind von der Vorstellung geprägt, dass die ethnische Zugehörigkeit zu einer Nation oder Rasse die größte Bedeutung für das Individuum besitzt. Ihr sind alle anderen Interessen und Werte untergeordnet. Aufgrund ihres Rassismus und Nationalismus lehnen Rechtsextremisten die für die freiheitliche demokratische Grundordnung fundamentale Gleichheit aller Menschen ab und wollen den auf dem Prinzip gleicher Rechte beruhenden Verfassungsstaat abschaffen.
- Rechtsextremisten sind antisemitisch und fremdenfeindlich eingestellt. Sie wollen Juden und Ausländer aus Deutschland vertreiben, weil sie ihrer Meinung nach weder national noch kulturell zum deutschen Volk gehören. Viele Rechtsextremisten glauben an die antisemitische Verschwörungstheorie von der vermeintlichen Weltherrschaft der Juden. Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit führen bei vielen Rechtsextremisten zu Verstößen nach § 130 StGB (Volksverhetzung), aber auch zu schweren Gewaltstraftaten gegen Minderheiten.
- Rechtsextremisten wollen eine autoritäre oder diktatorische staatliche Ordnung einführen, die nach hierarchischen Prinzipien aufgebaut ist („Führer und Gefolgschaft"). Daher lehnen sie die Gewaltenteilung, Parteienpluralismus, politischen Meinungsstreit zwischen Regierung und Opposition sowie demokratische Mehrheitsentscheidungen ab.
- Rechtsextremisten verschweigen, verharmlosen oder leugnen die Verbrechen, die von Deutschen unter nationalsozialistischer Herrschaft verübt worden sind. Dagegen betonen sie die angeblichen Leistungen und Errungenschaften des „Dritten Reiches" und wollen die Folgen des Zweiten Weltkrieges rückgängig machen (Revisionismus).

Angesichts der vielfältigen Ausprägungen des Rechtsextremismus ist es nicht sachgerecht, Rechtsextremisten unterschiedslos als „Nazis“ oder „Neonazis“ zu bezeichnen. Den deutschen Nationalsozialismus und seine Gewaltherrschaft von 1933 bis 1945 betrachten nur die so genannten Neonationalsozialisten als fortgeltendes Leitbild. Im Wesentlichen unterscheiden wir vier Personengruppen im rechtsextremistischen Spektrum:

- subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten
- Neonationalsozialisten, auch Neonazis genannt
- Mitglieder rechtsextremistischer Parteien und Vereinigungen
- Mitglieder rechtsextremistischer Weltanschauungsgemeinschaften und intellektueller Zirkel, Inhaber und Betreiber rechtsextremistischer Verlage und Vertriebsdienste.

In Brandenburg ist Rechtsextremismus auch zu einer Jugendkultur geworden. Daher verdient der subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremismus besondere Aufmerksamkeit. Andererseits griffe man zu kurz, wenn man Rechtsextremismus lediglich als Jugendphänomen beschreiben würde. Denn militante, rechtsextremistische Jugendcliquen wähnen sich als Vollstrecker eines imaginierten Volkswillens, den manche von ihnen in den rechtsextremistischen Parteien verkörpert sehen.

Aktuelle Tendenzen im Rechtsextremismus

Nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens und den Wahlerfolgen der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen ist eine Stärkung des gesamten rechtsextremistischen Lagers in Deutschland zu verzeichnen. Viele Rechtsextremisten wähnen sich dem jahrelang vergebens angestrebten Ziel einer Einheit der Rechtsextremisten wesentlich näher gerückt. Berechtigung zu dieser Hoffnung geben strukturelle Veränderungen, die sich im letzten Jahr innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums ereignet haben. Das Gefüge rechtsextremistischer Organisationen ist in Bewegung geraten, indem sich Teile der Neonazi-Szene der NPD angenähert haben. Diese Annäherung vollzog sich teilweise durch Eintritt in die NPD, teilweise durch verstärkte Teilnahme von Neonazis an NPD-Veranstaltungen.

Im September wurden drei bekannte Neonazis, Thorsten Heise, Thomas Wulff (gen. Steiner) und Ralph Tegethoff, unter großem medialem Interesse in die Partei aufgenommen. Thorsten Heise wurde sogar in den Bundesvorstand gewählt.

– Am 1. Mai 2004 folgten 2.300 Personen dem bundesweiten Aufruf der NPD zu einer Demonstration in Berlin, die unter dem Motto „Sozialabbau bekämpfen! – Nein zur EU-Osterweiterung und zum EU-Beitritt der Türkei!“ stand. Unter den Demonstranten befanden sich auch Neonazis aus Brandenburg.

– Am 11. Dezember 2004 marschierten Rechtsextremisten aus ganz Europa, darunter auch Brandenburger Neonazis, auf einer Demonstration durch den Stockholmer Vorort Salem. Die Kundgebung fand zum Gedenken an einen im Jahre 2000 umgekommenen jungen Mann statt, der von Rechtsextremisten zum Opfer des „Multikulti-Terrors“ stilisiert wird.



Bundesweit hat sich eine so genannte „Nationale Volksfront“ aus DVU, NPD und Neonazis gebildet, die momentan von der NPD dominiert wird. Die Volksfront ist in Brandenburg noch nicht erkennbar, wohl aber eine wachsende Kooperation zwischen der NPD, der DVU und den Neonazis. Seit rund einem Jahr häufen sich die Auftritte von Mitgliedern der größten brandenburgischen Organisation im Neonazi-Bereich, dem „Märkischen Heimatschutz“ (MHS) (siehe S. 53ff.), bei NPD-Veranstaltungen. So beteiligte sich eine Delegation des MHS am 1. Mai 2004 an der NPD-Demonstration in Berlin, besuchten führende Mitglieder des MHS den vom NPD-Landesverband Thüringen organisierten dritten „Thüringentag der nationalen Jugend“ am 29. Mai 2004 in Saalfeld (Thüringen) oder reisten am 7. August 2004 zum Pressefest des NPD-Parteiorgans „Deutsche Stimme“ in Mücka (Sachsen). Am 4. Dezember 2004 nahm Gordon Reinholz, der Vorsitzende des MHS, an einer Saalveranstaltung in Sondershausen (Thüringen) teil, die unter dem Motto „Eine Bewegung werden! Gemeinsam die Volksfront von Rechts schaffen!“ stand.

Auf der Veranstaltung warben führende Vertreter von NPD und DVU sowie parteiungebundene Neonazis für eine geschlossene „nationale Opposition".

Das neonazistische „Nationale Bündnis Preußen" (NBP) (siehe S. 60) unterhält ebenfalls regelmäßige Kontakte zu Mitgliedern der NPD und DVU. Eine Delegation der NBP war am 20. November 2004 auf dem Landesparteitag der Brandenburger NPD in Oranienburg anwesend.

Auch die DVU nähert sich der NPD an. Das zeigt sich nicht nur an der Wahlabsprache mit der NPD, die dazu beigetragen hat, dass die DVU bei der Landtagswahl in Brandenburg leicht zulegen konnte, obwohl sie als Partei in Brandenburg kommunal viel schwächer verankert ist als die NPD in Sachsen. Die Signale der Annäherung waren im Vorjahr sehr zahlreich:

- Der DVU-Bundesvorsitzende Dr. Gerhard Frey und der Landesvorsitzende der DVU in Brandenburg und parlamentarische Geschäftsführer der DVU-Fraktion im Brandenburger Landtag, Sigmar-Peter Schuldt, nahmen als offizielle Vertreter am NPD-Bundesparteitag vom 30. bis 31. Oktober 2004 in Leinefelde (Thüringen) teil.
- Eine Delegation der Landtagsfraktion der DVU war am 7. Januar 2005 zum Neujahrsempfang der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag eingeladen.
- Am 16. Januar 2005 hielt der DVU-Landesvorsitzende, Sigmar-Peter Schuldt, auf der „Reichsgründungsfeier" der NPD in Bernau (Landkreis Barnim) eine Rede.
- Am 22. Januar 2005 beteiligte sich der DVU-Funktionär Klaus Mann aus Werneuchen (Landkreis Barnim) an einer Demonstration des „Nationalen Bündnisses Preußen" (NBP) in Bernau.

Die Einigungsbemühungen von NPD und DVU haben auch Auswirkungen auf diejenigen rechtsextremistischen Parteien gehabt, die dem Bündnis ferngeblieben sind. So haben sich bei den „Republikanern" die Bemühungen um ein Bündnis mit der „Deutschen Partei" intensiviert.

Andererseits ist die NPD unter den Neonazis nach wie vor umstritten. Viele Neonazis kritisieren die NPD als „Systempartei". Sie meinen, wer Sitz und Stimme in Landtagen anstrebe, trage letztlich zur Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie bei und helfe so, das verhasste „System" am Leben zu erhalten. Andere versprechen sich vom Zusammengehen mit der NPD eine Stärkung des gesamten rechtsextremistischen Lagers. Ihr

Ziel ist die Einheitsfront, um derentwillen taktische Meinungsverschiedenheiten zurückzustehen hätten. Diskutiert wird auch über die Frage, wie weit die Zusammenarbeit mit der NPD gehen soll. Während manche den Anschluss an die Partei befürworten, plädieren andere für eine intensivierte Kooperation bei gleichzeitigem Fortbestehen eigenständiger neonazistischer Strukturen.

Letztendlich wird das Abschneiden der NPD bei den nächsten Wahlen darüber entscheiden, wie groß die Anziehungskraft der NPD auf die Neonazi-Szene in Zukunft sein wird. Der Siegeszug der Partei ist bereits durch den Wahlausgang am 20. Februar 2005 in Schleswig-Holstein, wo die NPD mit 1,9 Prozent deutlich unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb, gebremst. Wenn die NPD am 22. Mai 2005 in Nordrhein-Westfalen ähnliche Ergebnisse erzielt, wird das „Erfolgsmodell Nationale Volksfront" abgewertet werden und auch die bislang verdeckten Meinungsverschiedenheiten mit der DVU dürften wieder aufbrechen.



Wahlplakate der NPD

Anders als in Sachsen oder anderen Bundesländern ist die Mitgliederzahl der NPD in Brandenburg zurückgegangen. War es durch die Gründung der „Bewegung Neue Ordnung“ (BNO) vorübergehend zu Mitgliederverlusten gekommen, konnten diese durch Beitritte nach der Landtagswahl nicht ausgeglichen werden.

Die Verluste durch die Gründung der BNO haben in besonderer Weise die Jugendorganisation der Partei, die „Jungen Nationaldemokraten“, betroffen. Ihr Personalbestand ist weitgehend in die BNO abgewandert.

Sowohl bundesweit (von 3.000 auf etwa 3.800 Personen) als auch in Brandenburg (von 220 auf 300 Personen) hat die Zahl der Neonazis zugenommen. Allerdings ist dieser Trend nicht einheitlich, weil einige Bundesländer davon nicht betroffen sind und weil der Trend regional unterschiedliche Gründe hat. In Brandenburg ist die Hauptursache für die Zunahme in der Entstehung der „Bewegung Neue Ordnung“ zu suchen. Diese neue Organisation erweitert die Neonaziszene in Brandenburg.

Auch im Bereich der Neonazi-Organisationen besteht in letzter Zeit eine zunehmende Tendenz zur Vernetzung mit anderen Strukturen im rechtsextremistischen Lager. An der Herstellung und Verteilung der „Mitteldeutschen Jugendzeitung“ sind Neonazis aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und Berlin beteiligt.

Die rechtsextremistische Musikszene Brandenburgs verhält sich zunehmend konspirativ. Die Sicherheitsbehörden Brandenburgs gehen offensiv gegen Skinhead-Konzerte vor und versuchen sie, wo möglich, im Vorfeld zu unterbinden oder aufzulösen. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Verfassungsschutz hat eine weitere Zunahme der Konzerte gegenüber 2003 verhindert. Wie schon im Vorjahr wurden 2004 in Brandenburg acht Skinhead-Konzerte bekannt.

Die Gesamtlage des Rechtsextremismus in Brandenburg gibt keinen Anlass zu Entwarnung wie die Zunahme unter den Neonazis deutlich zeigt. Es ist auch davon auszugehen, dass die NPD nicht auf jegliches politische Engagement in Brandenburg verzichten wird, auch wenn sie an den Wahlen nicht teilnimmt. In der Pressemitteilung des 2. Ordentlichen Landesparteitages in Oranienburg am 20. November 2004 kündigte die NPD an, dass sie vorhabe, im Vorfeld der Bundestagswahl massive Öffentlichkeitsarbeit in Brandenburg zu betreiben.

Subkulturell geprägte, gewaltbereite Rechtsextremisten

Die Gefahr, die vom subkulturell geprägten Rechtsextremismus ausgeht, ist besonders groß, weil hier junge Menschen schrittweise an demokratiefeindliches, menschenverachtendes und gewaltverherrlichendes Gedankengut herangeführt werden, ohne sich der Tragweite immer bewusst zu sein. Junge Menschen befinden sich noch in der Entwicklung und geraten häufig in einem Alter unter den Einfluss von Rechtsextremisten, in dem sie weder über die Verbrechen des Nationalsozialismus ausreichend Bescheid wissen noch in ihrer Persönlichkeit und politischen Einstellung gefestigt sind. Von älteren Gesinnungsgenossen übernehmen die Jugendlichen eine abschätzige, die Werte der Demokratie verunglimpfende Haltung gegenüber der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Wenn man von subkulturell geprägtem, gewaltbereitem Rechtsextremismus spricht, handelt es sich um Jugendliche und junge Erwachsene, die sich in rechtsextremistischen Cliquen zusammenfinden. Die Cliquen sind informell strukturiert und oft nur von geringer Dauer. Man trifft sich zu bestimmten Zeiten, meistens abends oder am Wochenende an bestimmten Treffpunkten, vor allem auf öffentlichen Plätzen, an Tank- oder Haltestellen oder in Jugendclubs, um gemeinsam „abzuhängen“. Die Zugehörigkeit wird durch subkulturelle Codes und Symbole ausgedrückt. Daher spielen Marken, Moden und Musikgeschmack eine so große Rolle in der Szene. Sie dienen der Abgrenzung nach außen und dem Zusammenhalt nach innen. Der Einstieg in die Szene geschieht häufig über rechtsextremistische Musik.

Der Bezug zum Nationalsozialismus ist vor allem anfangs oft nur oberflächlich und bruchstückhaft. Die Jugendlichen bedienen sich nationalsozialistischer Symbole wie Hakenkreuze oder Runen, ohne dass dahinter in jedem Falle eine durchdachte rechtsextremistische Einstellung stünde. Vielen geht es eher um einen Stil, der sich in Kleidung, Schmuck, Hobbys, aber auch in Parolen und Schlagworten niederschlägt. Alkohol, Gewalt und Musik spielen in diesen losen Zusammenschlüssen eine verbindende Rolle. Dazu bilden diffuse nationalistische, fremdenfeindliche, rassistische oder sozialdarwinistischen Ansichten einen lockeren ideologischen Zusammenhalt.

Die Unreflektiertheit rechtsextremistischer Einstellungsmuster unter den Jugendlichen ist kein Grund, den subkulturell geprägten Rechtsextremismus zu verharmlosen. Im Gegenteil, gerade aus diesen Kreisen gehen in Brandenburg seit Jahren steigende Zahlen schwerer Gewaltstraftaten hervor. Sorge bereitet die Zunahme an immer jüngeren, häufig brutal zuschlagenden Ersttätern im Bereich rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten.

Wenn rechtsextremistische Jugendcliquen gewalttätig werden, sind sie kaum bemüht, ihre Tat zu verdunkeln. Meist schlagen sie auf öffentlichen Straßen und Plätzen, nicht selten unter den Augen von Passanten, zu. Das tun sie allerdings nur, wenn sie sich zahlen- und kräftemäßig in der Übermacht glauben, denn im Widerspruch zu ihrer Verherrlichung von Kraft und Stärke ist das Verhalten rechtsextremistischer Jugendlicher durch Unfairness und Feigheit geprägt. Die Täter wohnen oft in der unmittelbaren Umgebung des Tatortes. Viele rechtsextremistisch bzw. fremdenfeindlich motivierte Straftäter sind Wiederholungstäter. Das demonstrative Revierverhalten „rechter" Jugendcliquen auf manchen öffentlichen Plätzen zu bestimmten Zeiten verängstigt Bürgerinnen und Bürger, insbesondere wenn das äußere Erscheinungsbild der Gruppen dem Klischee rechtsextremistischer bzw. fremdenfeindlicher Jugendcliquen entspricht.

Bei einigen Jugendlichen bleiben Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft eine Episode in ihrer Biographie, die mit dem Eintritt ins bürgerliche Leben, mit der Übernahme von Verantwortung in Beruf und Familie endet. Bei anderen hingegen kommt es zu einer Verfestigung der rechtsextremistischen Überzeugung und einem dauerhaften Verbleib in rechtsextremistischen Organisationen.

Szenestrukturen

Jugendcliquen

Subkulturell geprägte rechtsextremistische Jugendcliquen gibt es u. a. in Angermünde, Belzig, Bernau, Cottbus, Eberswalde, Frankfurt (Oder), Oranienburg, Perleberg, Potsdam, Prenzlau, Pritzwalk, Rathenow Schwedt, Templin und Wittstock. Ihre Gewaltbereitschaft ist nach wie vor sehr hoch. Sie richtet sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Fremde oder „Linke". Gewalttaten geschehen jedoch meist spontan, unter Einfluss von Alkohol, einschlägiger Musik und Gruppendynamik; es ist kaum vorhersagbar, wann und wo sie begangen werden.

Zum Erwerb der einschlägigen Markenartikel steht eine entsprechende Infrastruktur an Verlagen, Geschäften und Vertrieben in Brandenburg zur Verfügung. So gibt es in Henningsdorf den Szeneladen „On the Streets", in Werder an der Havel den Versandhandel „Hate Sounds", in Teltow das Geschäft „Nordic Thunder" u. a.. Zusätzlich finden sich Vertriebsdienste für Szeneartikel im Internet wie die Seite www.aktionsfront.org/shop/ oder www.medienvertrieb.de.vu und viele andere. Die genannten Internetadressen sind registriert bei dem bekannten rechtsextremistischen Versandhandel „Mic etrap Distribution" (USA).



Beamte der Polizei stellten am 29. Oktober 2004 im Schaufenster des Ladens „On the Streets" in Henningsdorf ein Werbeplakat der Marke „Thor Steinar" fest. In dem Geschäft wurden 72 zum Verkauf angebotene Kleidungsstücke beschlagnahmt. Am 9. August 2004 war nämlich ein von der Staatsanwaltschaft Neuruppin beim Amtsgericht Prenzlau beantragter Strafbefehl erlassen worden, wonach das Tragen des Logos der Marke „Thor Steinar" in der Öffentlichkeit gemäß § 86 a StGB strafbar ist. Das Firmenlogo (siehe Abbildung) besteht aus einer Tyr- und einer Sig-Rune, jede für sich in der NS-Zeit als Symbol von SS-Unterorganisationen missbraucht. Außerdem sind sie auf dem Logo so angeordnet, dass der optische Eindruck einer Doppelsigrune entstehen kann, einst das Zeichen der SS und nach § 86 a StGB verboten.

Unklar war jedoch, ob eine Zusammensetzung der beiden Symbole strafbar ist. Die Media Tex GmbH mit Sitz in Zeesen bei Königs Wusterhausen legte gegen die Beschlagnahme der Kleidungsstücke Beschwerde ein. Die Beschwerde wurde vom Landgericht Neuruppin am 17. November 2004 abgewiesen. Nach Auffassung des Landgerichts Neuruppin sieht dieses Logo „nationalsozialistischen Symbolen zum Verwechseln ähnlich" und erfüllt damit den Verbotsstraftatbestand gemäß § 86 a StGB.

Unter rechtsextremistischen Jugendlichen ist die Marke überaus beliebt, und das Thor Steinar-Logo ist auch bereits als Wandschmiererei in Erscheinung getreten. Ende November 2004 wurde das Kapp-Putsch-Denkmal in Henningsdorf von Unbekannten mit dem Logo besprüht.

Rechtsextremistische Jugendcliquen tragen häufig kriegerisch-kämpferisch klingende Namen, wie „Nationale Schwedter Rebellen" (NSR), oder solche, die Assoziationen an die NS-Zeit wecken, wie „Hauptvolk" oder „Sturm 27".

Die „Nationalen Schwedter Rebellen“ sind ein geeignetes Beispiel, an dem sich zeigen lässt, wie die Entwicklung von der extremistischen Anpolitisierung der Jugendlichen hin zur Begehung extremistischer und allgemeinkrimineller Straftaten in diesen Jugendcliquen verlaufen kann. Auch der Zusammenhang zwischen Propaganda und Gewalt kann an diesem Fall illustriert werden. Aufgrund polizeilicher Maßnahmen treten die „Nationalen Schwedter Rebellen“ heute nicht mehr in Erscheinung.

Die „Nationalen Schwedter Rebellen“ waren eine Jugendclique, bestehend aus siebzehn Personen im Alter zwischen 17 und 24 Jahren, die von einem 45jährigen Mann geleitet wurde. Die Mitglieder verband eine rechtsextremistische Ideologie. Ausländer und politisch Andersdenkende wurden abgelehnt, der NS-Staat als Vorbild hingestellt und seine Verbrechen verharmlost. Die NSR haben weder außerhalb des unmittelbaren Umfeldes angeworben noch haben sie an einschlägigen rechtsextremistischen Veranstaltungen teilgenommen. Es hat keine Propagandatätigkeit im politisch üblichen und strafrechtsfreien Sinne gegeben (Verteilung von Flugblättern, Flyern o. ä.). Vermutlich wurde auch keine eigenständige politische Arbeit betrieben oder die Einbindung in bestehende rechtsextremistische Netzwerke angestrebt.

Einzelne NSR-Mitglieder fielen der Polizei im Oktober 2003 auf, als eine Gruppe von 15 Jugendlichen in einer Schwedter Kleingartenanlage rechtsextremistische Musik abspielten. Am Tatort stellte die Polizei weitere CDs sicher, die den Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllten. Die NSR bekannten sich im Jahr 2003 auch zu zwei volksverhetzenden Schmierereien. Am 15. Februar 2003 wurden an einem Brückenpfeiler im Stadtgebiet von Schwedt die Schriftzüge „Sieg Heil“ und „NSR – Nationale Schwedter Rebellen“ festgestellt, am 6. Juli 2003 befanden sich an einem Glascontainer in Schwedt ein Hakenkreuz, eine Sigrune und der Schriftzug „NSR – Schwedt“.

Im Oktober 2004 brachen vier Jugendliche in den Schwedter Jugendclub „Exit“ ein und versuchten, diesen in Brand zu setzen. In unmittelbarer Nähe des Tatortes wurden an einem Gebäude die aufgesprühten Buchstaben „NSR“ festgestellt. Die polizeilichen Vernehmungen ergaben, dass es dieselben Personen waren, die den Schriftzug angebracht hatten und fünf Tage zuvor ins „Exit“ eingebrochen waren. Im Rahmen der weiteren Ermittlungen gaben sie bekannt, dass sich die Gruppierung den Kampf gegen linksorientierte politische Gegner zur Aufgabe gesetzt habe und dass die Straftaten begangen worden seien, um gezielt linksorientierte Jugendliche zu treffen.

Die Übergänge zwischen kaum strukturierten subkulturell geprägten rechtsextremistischen Cliquen und den fester organisierten neonazistischen Kameradschaften sind fließend. Beispiele dafür boten die Kameradschaft „Hauptvolk" und ihre Untergliederung „Sturm 27" in Rathenow.

Aktivitäten beider Gruppierungen wurden seit März 2001 festgestellt. Ursprünglich aus verschiedenen Cliquen unterschiedlicher Bezeichnungen zusammengewachsen, wurde „Sturm 27" zur aktivsten und aggressivsten rechtsextremistische Organisation der gesamten Region. Ihrem Kern waren etwa 20 bis 25 Personen zuzurechnen, von denen viele schon durch einschlägige Gewaltdelikte aufgefallen waren. In letzter Zeit arbeiteten Angehörige von „Sturm 27" und Mitglieder der Kameradschaft „Hauptvolk" (siehe S.52) in gemeinsamen Aktionen zusammen. Auf der Demonstration am 30. Oktober 2004 in Potsdam (siehe S. 92 f.) traten beide unter dem gemeinsamen Namen „Nationale Bewegung Rathenow" auf.

Am 12. April 2005 wurden die Organisationen gemäß Vereinsgesetz vom Innenminister des Landes Brandenburg verboten.

Skinheadorganisationen

Die Skinheadszene ist sehr vielfältig und in sich widersprüchlich. Das bezieht sich auf die politische Orientierung ebenso wie auf die Organisationsstrukturen. Als die Skinhead-Bewegung im England der 60er Jahre entstand, war sie eher unpolitischer Natur. Inzwischen gibt es rechtsextremistische und linksextremistische Skinheads.

Rechtsextremistische Skinheads definieren sich über bestimmte Kleidungsstile und Musik sowie über eine von neonazistischen Ideologieelementen durchsetzte Weltanschauung. Der Unterschied zu den Jugendcliquen liegt vor allem in der besonders hohen Gewaltbereitschaft der Skinheads und teilweise in der Verbindlichkeit ihrer Organisationsstrukturen. Einerseits steht das an Spaß orientierte Lebensgefühl der Skinheads der Ausbildung fester Strukturen im Wege, andererseits haben gerade die Skinheads internationale Organisationen herausgebildet. Dabei handelt es sich um relativ kleine, elitäre Zirkel mit extremem politischem Anspruch, die ihren Mitgliedern lange Anwartschaften zumuten und nicht jeden bei sich aufnehmen. Sie verstehen sich als rassische Elite. Die Musik ist das Medium, mit dem sie menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Botschaften transportieren.

Ein Beispiel ist die 1987 in England gegründete Organisation „Blood & Honour" (B&H). Die weltweit agierenden B&H-Divisionen haben eine

nationalsozialistische Ausrichtung und propagieren die rassistische „White Power"-Ideologie, der zufolge die „weiße Herrenrasse" angeblich von „Rassenmischung" bedroht wird. Seit 1994 breitete sich die Organisation auch in Deutschland aus. Sie wurde am 14. September 2000 samt ihrer Jugendorganisation „White Youth" (WY) durch den Bundesminister des Innern verboten, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung richtet. In der Verbotsverfügung wurde unter anderem das „25-Punkte-Programm" von B&H zitiert, wonach nur Völker, „die der weißen Rasse angehören, [...] als solche zu respektieren" sind. In der Broschüre „Der Weg Vorwärts" liest man über die Zukunft Europas: „das dreckige Gesocks [gemeint sind Migranten ausländischer Herkunft] wird dann über uns herrschen, während unsere jüdischen Regierungen im Hintergrund wie immer die Fäden in der Hand halten."



Plakat für ein Konzert am 4. September 2004 in Belgien anlässlich des Todestages von B&H-Mitbegründer Ian Stuart Donaldson

Zum Zeitpunkt des Verbotes gehörten etwa 220 Mitglieder in 15 Sektionen der B&H-Bewegung an, es gab bundesweit ca. 50 WY-Anhänger. Seit dem Verbot konnten „Blood & Honour"-Aktivisten keine Organisationsstrukturen auf Bundesebene mehr errichten. Allerdings wurden in einigen Bundesländern vereinzelt regionale Ansätze beobachtet, durch Umbenennungen, Neugründungen oder Anschluss an andere Gruppierungen die verbotenen Strukturen neu zu beleben.

In Brandenburg gibt es jedoch keine festen B&H-Strukturen. Einzelpersonen stehen der Organisation nahe und beteiligen sich an der Durchführung von Konzerten.

Aktivitäten

Rechtsextremistische Musik

Die Produktion und Verbreitung rechtsextremistischer Musik verdient nach wie vor die größte Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden. Skinhead-Musik ist für viele Schüler die erste Begegnung mit rechtsextremistischem Gedankengut. Das muss nicht zwangsläufig einen Einstieg in die Szene zur Folge haben. Aber die Jugendlichen geraten unter einen Einfluss, der sie anfällig macht für die Ansprache von Werbern, die zum Beispiel auf einschlägigen Musikveranstaltungen junge Menschen gezielt ansprechen. Als Kontakt-, Informations- und Tauschbörsen sind rechtsextremistische Skinhead-Konzerte der wichtigste Integrationsfaktor für die Skinhead-Szene. Neben den Konzerten, auf denen Bands auftreten, werden auch Abende mit einzelnen rechtsextremistischen Liedermachern veranstaltet.

Obwohl bundesweit eine Zunahme der Konzerte festzustellen ist, stagnieren die Zahlen für Brandenburg. Wie schon im Vorjahr wurden 2004 in unserem Land acht Konzerte bekannt. So traten zum Beispiel am 13. März 2004 in Hohenbocka (Landkreis Oberspreewald-Lausitz) die Band „Confident of Victory“ und am 16. Oktober 2004 in Cottbus die Bands „Confident of Victory“, „Frontalkraft“ und andere Brandenburger Musikgruppen auf. Zwei weitere Skinhead-Konzerte konnte die Polizei durch ihr Eingreifen verhindern. Am 11. September 2004 wurde ein Konzert in Rehfelde (Landkreis Märkisch-Oderland) nach ergangener Verbotsverfügung aufgelöst, und das für den 2. Oktober 2004 in Cottbus geplante Konzert wurde nach Bekanntwerden des Verbots von den Veranstaltern abgesagt. Daneben fanden zwei Liederabende u. a. mit Frank Rennicke statt, und auf der Demonstration in Halbe am 13. November 2004 trat der Liedermacher André Lüders auf.

In Brandenburg haben die Veranstalter von Konzerten oder Liederabenden einen schweren Stand. Den brandenburgischen Polizeikräften gelingt es häufig rechtsextremistische Skinhead-Konzerte zu unterbinden. Maßnahmen gegen die Durchführung rechtsextremistischer Konzerte in Brandenburg haben zwei Entwicklungen zur Folge. Die Skinhead-Szene weicht verstärkt in andere Bundesländer aus. Zum anderen trifft man sich häufiger in privaten Räumlichkeiten, wo Kleingruppen von vielleicht 20 Personen gemeinsam Musik hören. Veranstaltungen in dieser Größenordnung benötigen keinen großen Veranstaltungsraum und erfordern nicht viel Logistik. Konzerte stellen dagegen ein hohes finanzielles Risiko dar,

daher werden sie äußerst konspirativ vorbereitet. Auch die Werbung mit Hilfe von Internet und SMS-Verkehr ist Teil der konspirativen Vorbereitung. Die Konzerte werden häufig mit falschen Angaben zu den Veranstaltungsorten verschleiert; sie finden gerne in der Nähe von Ländergrenzen statt, um schnell in Gebiete mit weniger rigider Verbotspraxis ausweichen zu können. Skinhead-Konzerte und Konzerte rechtsextremistischer Liedermacher werden den Sicherheitsbehörden oft erst im Nachhinein bekannt.

Besonders aktiv sind die Bands „Confident of Victory" (CoV) und „Sturm & Drang" (Senftenberg), „Frontalkraft" (Cottbus/Spremberg) und „Kontra" (Eisenhüttenstadt). Diese Musikgruppen sind seit Jahren bekannt. „Frontalkraft" und „Confident of Victory" treten häufig auf überregionalen Konzertveranstaltungen in anderen Bundesländern auf. So spielten sie zum Beispiel am 18. Juni 2004 in Bernsdorf (Sachsen) und am 23. Oktober 2004 in Pirna (Sachsen). „Frontalkraft" nahm zudem an einem Konzert am 17. Juli 2004 in Kürnach bei Würzburg (Bayern) teil, CoV war am 10. Juli 2004 in Gera (Thüringen).

Als Veranstaltungsorte dienen in der Regel Gaststätten, bevorzugt Szenekneipen, weiterhin Diskotheken und Jugendklubs oder auch verlassene Industriegelände. Zum Publikum gehören nicht selten Vertreter anderer Bands; in Rehfelde zum Beispiel Mitglieder der verbotenen Gruppe „Landser". Während solcher Konzerte kommt es immer wieder zu Propagandadelikten. Die Teilnehmerzahlen schwanken zwischen 30 und 350.

„Aktion Schulhof"

Die so genannte „Schulhof-CD" ist in Brandenburg bislang nicht auf Schulhöfen verteilt worden. Entsprechende Äußerungen im Internet zeigen, dass die Initiatoren die Beschlagnahme der CD fürchten, seitdem das Amtsgericht Halle/Saale im August 2004 einen allgemeinen Beschlagnahmebeschluss erlassen hat. Die „Schulhof-CD" lässt sich hingegen in abgewandelter Form vom Internet herunterladen (www.schulhof.net).

Das „Projekt Schulhof" hat internationale Beachtung gefunden. Rechtsextremisten anderer Länder sind dabei, ähnliche Aktionen zu starten. Seit Anfang September wirbt eine Homepage aus den USA für ein „Project Schoolyard", wobei auf das deutsche „Projekt Schulhof" verwiesen wird. Die Vertreiber verstehen ihr Projekt auch „als Ausdruck der zunehmenden internationalen Solidarität und Zusammenarbeit der weißen Nationalisten".

Auch bei dieser CD handelt es sich um einen Sampler, der sich an die „weiße Jugend" zwischen 13 und 19 Jahren wendet. Die CD soll vor Schulen sowie in Sport- und Freizeiteinrichtungen verteilt werden. An der Finanzierung haben sich zahlreiche rechtsextremistische Organisationen und Einzelpersonen in den USA beteiligt.

Seit Anfang Oktober wird die CD auch über das Internet vertrieben. Die deutschen Rechtsextremisten nutzten wiederum die Erfahrungen aus den USA und stellten ihre „Schulhof-CD" Anfang November über einen schwedischen Server ebenfalls ins Netz.

Rechtsextremisten planten seit Beginn des Jahres 2004 die Produktion einer CD, die im gesamten Bundesgebiet kostenlos an Jugendliche verteilt werden sollte. Sinn und Zweck dieser Verteilaktion war es zum einen, Jugendliche an rechtsextremistisches Gedankengut heranzuführen und zweitens, den Absatzmarkt für die rechtsextremistische Musik zu erweitern.



Die CD, ein Sampler mit dem Titel „Anpassung ist Feigheit – Lieder aus dem Untergrund", enthält 19 Liedtitel verschiedener Stilrichtungen von Balladen über Rock und Hardcore bis Heavy Metal. Sie vereint Interpreten, die in der Szene populär sind, darunter die Gruppe „Frontalkraft" aus Brandenburg. Unter der Überschrift „Kontakt zu Gruppen in deiner Region" finden sich Dateien, die zu einschlägigen Adressen und Internetzugängen in verschiedenen Bundesländern sowie in Nachbarländern der Bundesrepublik Deutschland führen. Hinter der Produktion des Samplers verbergen sich in- und ausländische Produzenten und Vertreiber rechtsextremistischer Tonträger.

Das Intro von etwa zehn Minuten Länge verbindet scheinbar verständnisvolle Einfühlung in die Sorgen der Jugendlichen mit dem Schüren von Ängsten vor Überfremdung, Kriminalität und Arbeitslosigkeit, indem es die Probleme der deutschen Gesellschaft stark überzeichnet:

„Jeder, der sich heutzutage in unseren Städten umschaut, jeder, der die alltäglichen Nachrichten verfolgt, kann nicht anders als von einer verkommenen und feindseligen Zeit reden. Korruption und Kriminalität, Drogen und Gewalt und eine ins schier Endlose steigende Arbeitslosigkeit sind die traurigen Zeugen dafür. Es herrscht blanker Egoismus. Jeder will an das große Geld – da bleibt keine Zeit mehr für richtige Gefühle. Vertrauen und Werte bleiben auf der Strecke.

Unsere heutige Politik hat nichts zu tun mit Volksherrschaft, was Demokratie eigentlich bedeuten sollte. Alle vier Jahre werden neue Damen und Herren gewählt, die anscheinend nichts weiter im Sinn haben, als uns und unser Land dem vollkommenen Ruin einen Schritt näher zu bringen."

Es gibt unter Jugendlichen ein Bedürfnis nach einer positiven Bewertung der eigenen Nation, ihrer Errungenschaften, ihrer Traditionen und ihrer Geschichte. Aber Jugendliche sind nicht unbedingt in der Lage zu erkennen, dass es das rechtsextremistische NS-Regime und nicht etwa Demokraten oder zugewanderte Ausländer waren, die das Land von 1933 bis 1945 in den Ruin getrieben haben. Die zuständigen Strafverfolgungsbehörden bewerteten die CD wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole als „offenkundig schwer jugendgefährdend". Die CD enthält fremden- und demokratiefeindliches Gedankengut und wirkt sich daher schädlich auf die Entwicklung von Jugendlichen aus. Das Amtsgericht Halle verfügte, alle CDs zu beschlagnahmen.

Das Internet als Kommunikationsplattform

Die Zahl der von Deutschen betriebenen rechtsextremistischen Homepages ist mit derzeit etwas unter 1.000 gleich geblieben. Dennoch ist die von den Verfassungsschutzbehörden zu beobachtende Informationsmenge weiter angestiegen. Deutlich lässt sich das an der Entwicklung der Diskussionsforen ablesen. Zum Teil sind in diesen Foren mehrere hundert Teilnehmer zusammengeschlossen.

In Brandenburg sind zur Zeit an die 30 rechtsextremistisch orientierte Websites aktiv. Die Seiten der Bands „Kontra" (www.unsere-musik.info) und „Frontalkraft" (www.frontalkraft88.de.vu) werden laufend aktualisiert und zu Werbezwecken genutzt. Außerdem kann man von ihnen Songs herunterladen. Strafrechtlich relevante Texte deutscher extremistisch orientierter Gruppierungen werden in der Regel von ausländischen Providern

in das Netz eingespeist und erschweren somit die Strafverfolgung durch deutsche Behörden. So wurde die neuerdings aufgefundene Seite www.ggsobb.tk von einer gewissen „Gesinnungsgemeinschaft Süd-Ost Brandenburg“ auf einem Server des Archipels Tokelau im Süd-Pazifik eingestellt. Es gibt Hinweise, dass sich dahinter Personen aus der rechtsextremistischen Szene in Cottbus verbergen. In Ländern wie Großbritannien oder den USA verhindert die hohe Wertschätzung, die das Recht auf freie Meinungsäußerung genießt, die strafrechtliche Verfolgung rechtsextremistischer Websites. Das abstoßendste Beispiel ist die Homepage der NSDAP/AO (Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation) von Gary Lauck in den USA (www.nazi-lauck-nsdapao.com).

Sowohl zur Individual- als auch zur Gruppenkommunikation nutzen Rechtsextremisten die Möglichkeit, sich über E-Mails auszutauschen. Dabei werden Daten u. a. auch via Mailinglisten und Newsletter, also mittels automatisierter Rundbriefe, weiterverbreitet. Zeitgleich werden dabei an einen größeren Adressatenkreis Termine und Mobilisierungsaufrufe versandt. Andere Formen der Kommunikation wie Faxgeräte, Mailboxen und Infotelefone treten immer mehr in den Hintergrund.

Bereits seit mehreren Jahren versenden Rechtsextremisten in großer Zahl Spam-Mails, d. h. unverlangt zugestellte E-Mails, rechtsextremistischen Inhalts. Neu ist jedoch die Zuhilfenahme von Computerviren. So haben Unbekannte in der Nacht zum 10. Juni 2004 in einer breit angelegten Aktion mit der automatisierten Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda per E-Mail begonnen. Das hierfür verwendete Computervirus greift dabei auf einen seit Ende letzten Jahres im Internet kursierenden sog. „Wurm“ mit dem Namen „Sober.G“ zurück. Das Virus nutzt die Verteilfunktion des Wurms, indem es jeden nicht entsprechend geschützten Rechner zum Versenden der rechtsextremistischen Mails einsetzt. Somit erscheinen als angebliche Absender – neben zahlreichen Privatpersonen – u. a. auch Medienunternehmen wie „Der Spiegel“ und das „Manager Magazin“. Die Mails enthalten Formulierungen wie „Ausländergewalt: Herr Rau wo waren Sie?“ oder „Was Deutschland braucht sind deutsche Kinder!“.

Der bedenkenlose Umgang mit dem Medium Internet in der rechtsextremistischen Szene ist in letzter Zeit einer gewissen Verunsicherung gewichen, nachdem ein Computer-Hacker die Kundendateien des Onlineshops „Asgard Versand“ geknackt hatte. Schon seit längerem kann man den Trend zur passwortgeschützten Kommunikation im Internet beobachten.

Das „Anti-Antifa-Network“ (www.aan.741.com) versteht sich als eine Art rechtsextremistischer Geheimdienst, der nach dem Vorbild der linksextremistischen Antifa Adressen, Fotos und andere Daten über Gruppen und Einzelpersonen recherchiert und veröffentlicht, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Auf dieser Homepage, die Anfang August 2004 bekannt wurde, sind Anti-Antifa-Informationen aus mehreren Bundesländern („Sektionen“ Berlin, Potsdam, Brandenburg, Sachsen, Bayern und Nordrhein-Westfalen) eingestellt. Die Seiten der Sektionen Brandenburg und Potsdam werden jedoch zur Zeit nicht mehr aktualisiert.

In den letzten Jahren hatte das Internet die gedruckten Nachrichten aus der Musikszene, genannt Fanzines, weitgehend zurückgedrängt. Im Jahre 2004 stieg die Zahl dieser rechtsextremistischen Publikationen überraschend wieder leicht an und liegt jetzt bundesweit bei etwa 20 Titeln. In Brandenburg sind 2004 jedoch keine Fanzines erschienen. Der einstmals von Fürstenwalder Szeneaktivisten herausgegebene „Panzerbär“ erscheint jetzt in Sachsen.



Neonazis

Neonazismus unterscheidet sich von anderen Erscheinungsformen des Rechtsextremismus durch das offene Bekenntnis zum Nationalsozialismus des vorigen Jahrhunderts. Viele Neonazis beziehen sich insbesondere auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 und Hitlers „Mein Kampf". Sie sehen sich als Opfer des bestehenden „Systems", dessen Vertreter sie „nach der Machtergreifung" zur Rechenschaft ziehen wollen. Einstweilen halten sie sich mit offener Gewaltausübung zurück, um sich nicht Sympathien in der Bevölkerung zu verscherzen. In Einzelfällen kommt es allerdings immer wieder zu Gewaltstraftaten von Neonazis gegenüber Ausländern oder Deutschen, die für Ausländer gehalten werden. Neonazis betrachten sich als elitäre Avantgarde, als politische Kämpfer für die Errichtung eines „Vierten Reiches", das sich am Vorbild des „Dritten Reiches" orientiert. In der „Neuen Ordnung" der Neonazis gibt es keinen Platz für Ausländer und Juden. Neonazis sind von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass geprägt. An der Spitze des neuen Reiches wollen sie einen Führer und eine alle Bereiche des Lebens regelnde Einheitspartei sehen.

Mit ihrem Lippenbekenntnis zu „Recht und Ordnung" geben sich Neonazis gerne den Anschein, besonders gesetzestreu zu sein und Autoritäten zu achten. Dieser Eindruck täuscht jedoch, denn in Wahrheit lehnen Neonazis den demokratischen Rechtsstaat und alle seine Grundprinzipien, die unter dem Begriff freiheitliche demokratische Grundordnung zusammengefasst werden, in Gänze ab.

Oberstes Wertprinzip der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist die Achtung vor den im Grundgesetz garantierten Menschenrechten. Neonazis lassen nicht nur für Ausländer und Juden keine Menschenrechte gelten, sie verwerfen überhaupt die Idee, dass der Einzelne gegenüber dem Staat unveräußerliche Rechte besitze. Für Nationalsozialisten ist die „Volksgemeinschaft" der oberste Wert, dem sich das Individuum bedingungslos und rechtlos unterwerfen muss. An die Stelle der Volkssouveränität wollen Neonazis die Allmacht eines Führers setzen, die Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative durch den völkischen Einheitsstaat ersetzen. Das Mehrparteienprinzip, das verfassungsmäßige Recht auf die Ausübung von Opposition und der Minderheitenschutz sollen zugunsten einer Einparteienherrschaft abgeschafft werden.

Charakteristisch für das Weltbild der Neonazis sind rückständige Verschwörungstheorien. Neonazis sehen sich im permanenten Kampf gegen das angeblich übermächtige „Weltjudentum", auch „USrael" oder „ZOG" genannt. Die Kurzformel „ZOG", die auch als Erkennungszeichen gegenüber Außenstehenden benutzt wird, steht für „Zionist Occupied Government" („zionistisch beherrschte Regierung"). Neben Israel sind die USA Hauptfeindbild der Neonazis, denn die Vereinigten Staaten gelten ihnen als Verkörperung der von ihnen gehassten multiethnischen Gesellschaft. Ein antisemitisch eingefärbter Antiamerikanismus ist typisch für weite Teile der Neonazis.

Männliche Mitglieder bestimmen bis zu 90 Prozent das Erscheinungsbild der Szene, Aktivistinnen spielen nur eine untergeordnete, oft „dienende" Rolle. Die wenigen Versuche, Kameradschaften für Frauen zu gründen, blieben ohne größere Resonanz. Dies lässt sich mit den frauenfeindlichen Rollenklischees der Neonazis erklären, die auch in dieser Hinsicht dem Vorbild des Nationalsozialismus folgen, für den Frauen in erster Linie Dienerinnen des Mannes und „Gebärmaschinen" im Interesse des Führers waren.

Neonazis unterscheiden sich nicht nur ideologisch, sondern auch durch einen ausgeprägten Drang zum Aktionismus und eine hohe Demonstrationsbereitschaft von den übrigen Spielarten des Rechtsextremismus. Neonazis geht es in ihrem politischen Engagement darum, eine „Volksbewegung" gegen die demokratische Ordnung in Gang zu setzen. Deswegen spielen Propaganda und Demonstrationen in ihrem politischen Kampf eine zentrale Rolle.

Demonstrationen

Die vier wichtigsten Termine im Demonstrationskalender der Neonazis sind seit Jahren der Trauermarsch zur Erinnerung an die Bombennacht am 13. Februar 1945 in Dresden, der „Tag der Arbeit" am 1. Mai, der „Rudolf-Heß-Gedenktag" am 17. August in Wunsiedel und die Demonstration in Halbe am Vortag des so genannten „Heldengedenktages".

Der Jahr für Jahr von der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO) zum Gedenken an die Zerstörung Dresdens angemeldete Trauermarsch wächst weiter an. 2003 nahmen etwa 1.000 Personen daran teil, am 13. Februar 2004 waren es 2.500, darunter auch zahlreiche Neonazis aus Brandenburg.

Am 1. Mai 2004 folgten 2 300 Personen dem bundesweiten Aufruf der NPD zu einer Demonstration in Berlin, die unter dem Motto „Sozialabbau bekämpfen! – Nein zur EU-Osterweiterung und zum EU-Beitritt der Türkei!“ stand. Am gleichen Tag marschierten in Leipzig ca. 900 Rechtsextremisten, darunter auch Brandenburger, auf einer vom Hamburger Neonazi Christian Worch organisierten Demonstration durch Leipzig.

Worch gehört zu den „Berufsdemonstranten“ unter den Rechtsextremisten. Seit 2000 hat Worch eine regelrechte „Demonstrationskampagne“ organisiert. Worch zeichnet auch für eine Vielzahl von Demonstrationen in Brandenburg verantwortlich. Im Jahre 2003 organisierte er sogar mehrmals zwei Demonstrationen an einem Tag, so am 13. Dezember 2003 in Hoyerswerda und Cottbus, wo 200 bzw. 300 Rechtsextremisten gegen die „EU-Osterweiterung“ marschierten.



Rudolf Heß ist die zentrale Kult- und Identifikationsfigur der neonazistischen Szene. Ein „Rudolf-Heß-Gedenkmarsch“ findet alljährlich im bayerischen Wunsiedel statt. 2001 versammelten sich etwa 900 Neonazis am Grab von Heß. 2002 kamen 2 500 und 2003 waren es schon 2 600. Am 21. August 2004 fanden etwa 3 800 Neonazis aus ganz Deutschland und zum Teil aus dem europäischen Ausland (u. a. Italien, Dänemark und Russland) den Weg in die fränkische Kleinstadt.



Einen ungewollten Kultstatus erfährt immer wieder auch das brandenburgische Halbe, Schauplatz einer der letzten sinnlosen Kesselschlachten des Zweiten Weltkrieges. Am 28. und 29. April 1945 schlossen Panzereinheiten der Roten Armee die Reste der geschlagenen 9. Armee ein. Deren Führung lehnte das Kapitulationsangebot ab und versuchte stattdessen, mit versprengten Einheiten aus Wehrmacht, SS, Volkssturm und Hitlerjugend aus dem Kessel auszubrechen. Dieser Fehlentscheidung fielen schätzungsweise 60.000 Menschen zum Opfer. Seit 2003 versammeln sich die Neonazis in Halbe zum so genannten „Heldengedenktag". Nach der Machtübernahme 1933 hatten die Nationalsozialisten den 1922 vom „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge" eingeführten Volkstrauertag zum Gedenken an die Toten des Ersten Weltkrieges in den „Heldengedenktag" umfunktioniert. Fortan wurde das Gedenken an die Verstorbenen zu einer Machtdemonstration der Nationalsozialisten missbraucht. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der Volkstrauertag wiedereingeführt und auf den 2. Sonntag vor dem 1. Advent gelegt. Der Volkstrauertag dient heute als Mahnung zu Versöhnung, Verständigung und Frieden. Daher bevorzugen die Neonazis die Bezeichnung „Heldengedenktag" und knüpfen auch inhaltlich an die nationalsozialistische Begehung dieses Tages an. 1990 und 1991 waren Hunderte von Neonazis zum „Heldengedenktag" am Volkstrauertag auf dem Waldfriedhof in Halbe aufmarschiert. Organisator und Anmelder war damals die rechtsextremistische „Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V.". Zwischen 1992 und 2002 wurden Versammlungsverbote durchgesetzt, zuletzt begründet mit dem Hinweis auf den gesetzlichen Schutz von Feiertagen. Seit 2003 haben die Neonazis Verbotsverfügungen umgangen, indem sie ihren Aufmarsch auf den Samstag vor den Volkstrauertag verlegten. 2003 demonstrierten um die 650 Neonazis in Halbe, davon 150 aus Brandenburg, 2004 waren es bereits 1.600, davon rund 300 Brandenburger. Immerhin ist es gelungen, die Veranstaltung der Neonazis vom Volkstrauertag fernzuhalten.



Im vergangenen Jahr haben Neonazis verstärkt versucht, durch Aufgreifen gesamtgesellschaftlicher Themen Anschluss an die demokratische politische Kultur zu finden. 2004 stand im Zeichen der bundesweiten Kampagne „Keine Agenda 2010“, in der dazu aufgerufen wurde „den Teufelskreis aus Globalisierungsgefängnis, Zinskapitalismus, Selbsthass“ (www.keine-agenda2010.de) zu durchbrechen. In der Absicht, nach außen hin das Bild einer Bürgerbewegung zu bieten, wird auch das szenetypische Outfit mit Springerstiefeln, Uniformen oder uniformähnlichen Kleidungsstücken und das offene Tragen nationalsozialistischer Symbole zunehmend abgelegt zugunsten unauffälliger Alltagskleidung.

Organisationsformen und Organisationen

Kameradschaften

In den 90er Jahren wurden zahlreiche neonazistische Vereine verboten. Bundesweit waren das zum Beispiel am 27. November 1992 die „Nationalistische Front" (NF), am 22. Dezember 1992 die „Nationale Offensive" (NO) oder am 10. November 1994 die „Wiking-Jugend" (WJ). In Brandenburg waren davon am 5. Mai 1995 die „Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)" und am 15. August 1997 die „Kameradschaft Oberhavel" betroffen.

Neonazi-Kader gründeten seit Mitte der neunziger Jahre so genannte „freie", „autonome" oder „unabhängige Kameradschaften", die nur lokal oder regional agieren. Diesen Gruppierungen gehören regelmäßig höchstens 25 Mitglieder an. Sie verfügen über geringe Strukturen. In der Regel steht ihnen ein „Kameradschaftsführer" vor, der die Gruppe autoritär leitet.

Der harte Kern besteht oft nur aus wenigen Aktivisten, der restliche Mitgliederbestand ist, allen Bemühungen um Stabilität zum Trotz, einer ständigen Fluktuation unterworfen. Meist sind Kameradschaften von kurzer Dauer. Die Verfassungsschutzbehörden sprechen dann von einer neonazistischen Kameradschaft, wenn die jeweilige Gruppierung folgende Merkmale aufweist:

- ein abgegrenzter Aktivistenstamm, der sich bemüht, die Fluktuation des Mitgliederbestandes gering zu halten
- Ansätze von Organisationsstruktur und Organisationsdisziplin
- Bereitschaft zu gemeinsamer politischer Arbeit auf der Basis einer neonazistischen Grundorientierung.

Derzeit umfasst die Neonazi-Szene in Brandenburg etwa 300 Personen. Davon gehören schätzungsweise 165 Personen neonazistischen Kameradschaften an. Abgesehen von der Mitwirkung an Demonstrationen treten brandenburgische Kameradschaften nur selten nach außen offen in Erscheinung. Die Mobilisierung der Kameraden erfolgt anlassbezogen und kurzfristig mittels neuer Informationstechnologien: Internet, Handy und – allerdings immer seltener – über „Nationale Info-Telefone" (NIT).

Das Gelingen der Konzeption Kameradschaft hängt in der Praxis stark vom nachhaltigen Engagement einzelner Führungspersönlichkeiten ab. Daran fehlt es aber häufig.

In Brandenburg gibt es Kameradschaften oder kameradschaftsähnliche Strukturen u. a. in folgenden Städten: Cottbus, Frankfurt (Oder), Guben, Lübben, Rathenow, Spremberg, Strausberg und im Raum Schöneiche.

Die Kameradschaft „Hauptvolk" war die mitgliederstärkste und aktivste Einzelkameradschaft Brandenburgs. Der Mitgliederkern bestand aus etwa 35 Personen. Die Kameradschaft entstand im Jahre 2001 aus einem Zusammenschluss langjähriger Führungspersonen und Aktivisten aus den rechtsextremistischen Szenen in Rathenow und Premnitz. Als äußeres Zeichen ihrer Zusammengehörigkeit ließen sie sich einheitliche Kleidungsstücke (T-Shirts, Pullover, Mützen) mit dem Kameradschaftsnamen drucken, mit denen sie in der Öffentlichkeit auftraten. Feste Mitglieder waren aufgefordert, den eintätowierten Schriftzug „Hauptvolk" auf dem Arm zu tragen. Für den internen Gebrauch wurden in unregelmäßigen Abständen Publikationen herausgegeben. An politischen Aktionen waren jedoch meist nur wenige Mitglieder beteiligt. Eine enge Verbindung bestand zwischen der Kameradschaft „Hauptvolk" und der Jugendclique „Sturm 27" (siehe S. 38).

Am 12. April 2005 wurden die Organisationen gemäß Vereinsgesetz vom Innenminister des Landes Brandenburg verboten.

Die Kameradschaft „Freikorps"

Am 20. Dezember 2004 begann im ersten Strafsenat des Brandenburgischen Oberlandesgerichts ein Prozess gegen die Kameradschaft „Freikorps". Es wurde geprüft, ob der Straftatbestand Gründung einer terroristischen Vereinigung gemäß § 129a StGB vorliegt.

Nach Aussage der Angeklagten wurde die Kameradschaft im Sommer 2003 auf einem Feld bei Pausin (Landkreis Havelland) von elf Gründungsmitgliedern ins Leben gerufen. Sie alle gehörten zu den Angeklagten, ein zwölfter stieß später dazu. Zwischen August 2003 und Mai 2004 begingen sie neun Brandanschläge und eine Sachbeschädigung in der Umgebung von Nauen. Die Taten richteten sich gegen die Betreiber asiatischer oder türkischer Imbissstände. Die zwischen 14 und 18 Jahren alten Täter verfolgten dabei das erklärte Ziel, ein Klima der Angst unter den in der Region lebenden Ausländern zu erzeugen, Ausländer um ihre wirtschaftliche Existenz zu bringen und sie auf diese Art dazu zu zwingen, aus dem Havelland wegzuziehen.

Am 7. März 2005 erging in diesem ersten Terrorismusprozess gegen Rechtsextremisten in Brandenburg das Urteil. Elf der Angeklagten bekamen Ju-

gendstrafen zwischen acht und 24 Monaten auf Bewährung, der Initiator und Anführer der Gruppe wurde zu einer Haftstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt. Das Urteil war bis Redaktionsschluss noch nicht rechtskräftig.

Neonazistische Organisationen

Neben den Kameradschaften gibt es auch unter den Neonazis größere und strukturiertere Organisationen, wie den „Märkischen Heimatschutz", das „Nationale Bündnis Preußen", die „Bewegung Neue Ordnung" und die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.". Sie haben nicht mehr den Charakter eines losen Zusammenschlusses.

„Märkischer Heimatschutz" (MHS)

Der „Märkische Heimatschutz" war ursprünglich ein Kameradschaftsverbund, der sich zu einer vereinsähnlichen, länderübergreifenden neonazistischen Organisation entwickelt hat. Er wurde am 24. November 2001 in Kerkow (Landkreis Uckermark) auf Betreiben des Neonazis Gordon Reinholz aus Eberswalde gegründet. Ziel war es, das rechtsextremistische Personenpotenzial in den Landkreisen Barnim und Uckermark strukturell zu bündeln und damit dessen Schlagkraft zu erhöhen. Derzeit hat der MHS etwa 45 Mitglieder, die sich in mehrere Sektionen aufteilen (z. B. Angermünde, Barnim, Berlin, Prenzlau und Strausberg). Die Leitung liegt seit der Gründung in den Händen von Gordon Reinholz, als Stellvertreter fungiert der 20jährige Christian Banaskiewicz aus Angermünde. Reinholz ist politisch wie mental auf ein autoritäres Führungsprinzip ausgerichtet. Er lässt nur selten Widerspruch aus den eigenen Reihen zu. Daher ist es nicht verwunderlich, dass dem MHS seit seiner Gründung an kreativen, verantwortungsbewussten Mitgliedern mit Eigeninitiative mangelt.

Der MHS, der sich gerne öffentlichkeitswirksam in Szene setzt und als biederen Interessenvertreter arbeits- und orientierungsloser Jugendlicher darstellt, krankt an den Widersprüchen zwischen einer pseudodemokratischen Fassade und dem sich dahinter verbergenden ideologischen Konglomerat aus Antisemitismus, Rassismus und Verherrlichung des Nationalsozialismus. Der MHS versteht sich als „politisch nationale Organisation", die den vermeintlichen Verfall nationaler Tugenden und Ideale

stoppen und dem ein wirksames Konzept entgegensetzen möchte. Dafür orientiert sich der MHS an der Weltanschauung des nationalen Sozialismus. Denn laut MHS sei nur der nationale Sozialismus in der Lage, die „deutsche Kultur und die deutschen Tugenden" zu bewahren, das „deutsche Volk im biologischen Sinne" zu erhalten, die „Freiheit und Selbstbestimmung des deutschen Volkes" durchzusetzen und das „deutsche Brandenburg" vor Überfremdung und Übervölkerung zu schützen. Der MHS vertritt nach eigenen Worten einen „biologischen Nationalismus" (vgl.: www.nwbb.org/index1.php). Dieses rassistische Weltbild verbindet sich mit einer wirklichkeitsfremden Vorstellung vom germanischen Altertum. Die „germanischen Ahnen" hätten noch mit der Natur im Einklang gestanden. Diese Lebenseinstellung sei u.a. durch die Einführung des Kapitalismus korrumpiert worden. Der Kapitalismus wiederum sei eine Erfindung der Juden, die letztlich dem Zweck diene, die germanische Rasse zu zersetzen. Der Nationalsozialismus habe sich um eine Widerherstellung der urdeutschen Zustände bemüht.

Was hier als vermeintlich harmlose Romantik der „edlen Germanen" daherkommt, ist in Wahrheit ein aggressiver Antikapitalismus gepaart mit Rassismus und Antisemitismus. Weit davon entfernt, „Freiheit und Selbstbestimmung des deutschen Volkes" zu verteidigen, befürwortet der MHS tatsächlich eine politische und wirtschaftliche Ordnung, in der die Freiheit des Einzelnen wie der Gemeinschaft zugunsten einer Zwangs- und Willkürherrschaft abgeschafft werden soll:

- der Staat soll die Wirtschaft dazu zwingen, in Deutschland zu produzieren.
- Ausländer, die ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen können, sollen gegen ihren Willen aus Deutschland abgeschoben werden.
- Der weitere Zuzug von Ausländern nach Brandenburg soll verboten werden.

Die politischen Ziele des MHS richten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, indem sie nicht nur Ausländern die Menschenrechte absprechen, sondern auch die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht lösen wollen. Mit den Gesetzen ist nämlich eine Abschiebung arbeitsloser Ausländer nicht vereinbar, ebenso wenig eine Zwangsbewirtschaftung oder eine Abschottung des Landes gegen Zuzug.



Propagandamaterial des MHS

Der MHS zielt darauf ab, irrationale Ängste in der Bevölkerung zu schüren und sie für die eigenen demokratiefeindlichen Zwecke zu instrumentalisieren, indem soziale Fragen mit fremdenfeindlichen und antisemitischen Vorstellungen verknüpft werden. Mit Themenkampagnen gegen den Irak-Krieg, gegen die „Agenda 2010", Globalisierung oder EU-Osterweiterung sucht der MHS vergeblich den Anschluss an den politischen Diskurs und die Akzeptanz des bürgerlichen Lagers. In diesem Kontext ist auch die Teilnahme des MHS an den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV zu verstehen.

Im Januar 2003 war Gordon Reinholz maßgeblich an der Wiederbelebung des bereits in den 90er Jahren bestehenden „Nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland" (NSAM) beteiligt. Seit März 2004 verfügt das NSAM auch über einen eigenen Verlag, der unter dem Namen „Nationaler Medienverbund" (NMV) in Eberswalde angemeldet ist. Dieser Verlag dient dazu, Propagandamaterial zu produzieren und zu vertreiben. Die Verbindungen zu Berliner Neonazis führten im September 2004 zur Gründung einer Berliner MHS-Sektion.

Publizistisch stellt sich der MHS in dem vierseitigen Organ „Märkischer Bote" dar. Außerdem ist die Organisation an der Herstellung der rechtsextremistischen Publikation „Mitteldeutsche Jugend Zeitung" beteiligt, die in Mecklenburg-Vorpommern erscheint.

Um Öffentlichkeitswirkung zu erzielen, bedient sich der MHS regelmäßig verschiedener Fernsehanstalten. So trat eine Gruppe von MHS-Mitgliedern um ihren Leiter Gordon Reinholz am 14. August 2003 im ARD-Polit-magazin „Kontraste" auf. Reinholz bemühte sich, dem MHS den Anschein einer demokratischen und gewaltfreien Jugendorganisation zu geben. Am 22. September 2004 äußerte sich der Vorsitzende des MHS zu Kleidungsstilen von Rechtsextremisten in der Sendung „Polylux".



Der „Märkische Heimatschutz" ist heute eine der bekanntesten Neonazi-Organisationen im Land Brandenburg. Zur Durchsetzung seiner Ziele setzt sich der MHS für eine umfassende Vernetzung der neonazistischen Szene ein. Der MHS eint bereits jetzt wesentliche Bestandteile der Kameradschaftsszene von Berlin und der Brandenburger Landkreise Barnim, Märkisch-Oderland, Oberhavel und der Uckermark. Reinholz unterhielt enge Kontakte zu den am 9. März 2005 verbotenen Berliner Kameradschaften „Berliner Alternative Südost" (BASO) und der „Kameradschaft Tor", in Mecklenburg-Vorpommern zur „Pommerschen Aktionsfront" (PAF) sowie zu ehemaligen Mitgliedern der verbotenen Neonazi-Vereinigung „Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS).

Bei der jüngsten Annäherung des MHS an die NPD deutet bisher alles darauf hin, dass der MHS nicht an eine organisatorische Verschmelzung mit der NPD denkt.

„Bewegung Neue Ordnung“



Die „Bewegung Neue Ordnung“ (BNO) ist eine Abspaltung von der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Die BNO weist parteiähnliche Strukturen auf, wie sich an der Teilnahme der BNO-eigenen Wahlliste „JA zu Brandenburg“ an den Brandenburger Landtagswahlen 2004 erkennen lässt.

Bereits Mitte des Jahres 2003 zeichnete sich ab, dass der NPD-Jugendverband „Junge Nationaldemokraten“ (JN) in Brandenburg ein von der Partei losgelöstes Eigenleben zu entwickeln begann. Dieser Eindruck erhärtete sich im Dezember 2003, als der JN-Vorsitzende aus der Partei austrat. Im Januar 2004 folgten ihm der NPD-Landesvorsitzende zusammen mit einem Großteil des Kreisverbandes Prignitz-Ruppin. Sie monierten die Nominierung eines gebürtigen Bosniers zum NPD-Kandidaten bei der Europawahl. Es hieß, damit verabschiede sich die Partei von ihrem Grundsatz, dass Deutscher sei, wer deutschen Blutes ist.

Diese Abspaltung scheint von langer Hand vorbereitet worden zu sein. Ziel war offensichtlich seit einiger Zeit die Gründung einer „Bewegung Neue Ordnung“. Der Name verrät eine ideologische Beziehung zu rassistischen Bewegungen andernorts, wie etwa dem italienischen „Ordine Nuovo“, der sich in den sechziger Jahren auf das biologistische Weltbild der Waffen-SS berief, oder dem nationalbolschewistischen „Ordre Nouveau“ in Frankreich, der sich 1972 in den „Front National“ eingliederte.

Der Gründungsakt der „Bewegung Neue Ordnung“ fand am 1. Februar 2004 in Vetschau (Landkreis Oberspreewald - Lausitz) in Anwesenheit von etwa 100 Beteiligten statt. Ihrer Präambel zufolge will die BNO den „biologischen Bestand des Volkes erhalten“ und „sich dieser Aufgabe mit aller Kraft widmen“. Ihr Ansatzpunkt ist „ein revolutionäres Bewusstsein“, dessen Wurzeln in „der deutschen Weltanschauung“ liegen sollen. Die BNO versteht sich als überparteilich und „frei von das Volk innerlich auseinanderreißenden Parteien und Organisationen der ‘BRD-Gesellschaft’“.

Das Programm der BNO ist dem 25-Punkte-Programm der NSDAP von 1920 entlehnt. Forderungen wie die „Wiederherstellung des deutschen Staatsbürgerschaftsrechts nach dem Prinzip der Abstammung“ oder Sätze wie „Deutscher ist, wer deutschen Blutes ist“ zeugen von nationalsozialistischer Blut-und-Boden-Rhetorik. Alles hat sich dem nicht näher bestimmten „Wesen des Volkes“ unterzuordnen: Staat und Wirtschaft,

Kunst und Kultur, der Einzelne. Gefordert wird eine deutsche Wirtschaft, eine deutsche Kunst und Kultur, ein Bildungssystem, das „die geistigen und charakterlichen Anlagen unseres Volkes fördert". Nur Deutsche sollen Ämter besetzen dürfen und nur Deutsche sollen das Recht und die Pflicht zur Arbeit haben. Darüber hinaus fordert die BNO die Revision der europäischen Nachkriegsordnung und die Wiedereingliederung der „geraubten" Gebiete.

Die BNO-eigene Wahlliste „JA zu Brandenburg" trat zu den Landtagswahlen an, um den Widerstand der BNO gegen das demokratisches System zu finanzieren:

> „Wir streben keinen Einzug in ein Parlament der BRD an, weil sich auf diese Weise nichts verändern ließe. Warum also treten wir zur Wahl an? Unsere Propaganda kostet viel Geld! Das Geld dafür können wir selbst nur im begrenzten Maße aufbringen. Daher fordern wir Sie auf, uns bei der Landtagswahl am 19. September zu wählen. Jede für uns abgegebene Stimme bringt ca. 0,85 Euro sogenannter Wahlkampfkostenerstattung. Das bedeutet für uns, jede Stimme sind ca. 200 Flugblätter für die Zukunft unseres Volkes".
>
> (www.ja-zu-brandenburg.de/JA_Zu.html)

Die BNO gibt demnach unumwunden zu, die Wahlen als Geldsammelaktion für demokratiefeindliche Propaganda missbrauchen zu wollen. Man setzt auf Protestwähler, die sich vom politischen System als solchem schon innerlich verabschiedet haben. Andererseits mochte sich „JA zu Brandenburg" nicht allein auf die Politikverdrossenheit in der Bevölkerung verlassen. Ihre Kandidaten waren mit Bedacht so aufgestellt, dass sie zumindest regional einige Punkte holen konnten. Zu den Landtagswahlen trat die Wahlliste mit Direktkandidaten in acht Wahlkreisen an, meist im Nordwesten Brandenburgs gelegen. In Brandenburg an der Havel oder Potsdam-Mittelmark erzielte sie jeweils 0,3 Prozent. Dies sind Ergebnisse, die unter dem Landesdurchschnitt von 0,4 Prozent liegen. In der Heimat der Kandidaten jedoch, in der Prignitz oder in Ostprignitz-Ruppin, kamen sie auf 0,59 bzw. 0,8 Prozent der Stimmen.

Es gehört zu den Eigenheiten der BNO, unter verschiedenen Namen, wie zum Beispiel „Schutzbund Deutschland", aufzutreten. Gerne bedient man sich dabei Selbstbezeichnungen, die auf den ersten Blick politisch schwer einzuordnen sind, dafür aber sehr positiv klingen wie im Falle „JA zu Brandenburg". Dies ist eine Taktik, mit der die BNO Stimmengewinne außerhalb des rechtsextremistischen Lagers zu machen hofft.



Plakat vom „Schutzbund Deutschland" alias BNO

Eine der BNO nahestehende Gruppierung ist die „Preußische Aktionsfront" (P.A.F.). Sie trat erstmals am 18. August 2002 bei einer Plakataktion gegen die Wehrmachtsausstellung in Erscheinung. Am 30. Januar 2004 führte die P.A.F. in Belzig einen Aufzug zum Thema „Arbeit, Freiheit und Brot durch nationalen Sozialismus" durch. Angemeldet wurde die Versammlung von einem Gründungsmitglied der BNO im Namen einer „Nationalen Aktionsgemeinschaft Freies Deutschland".

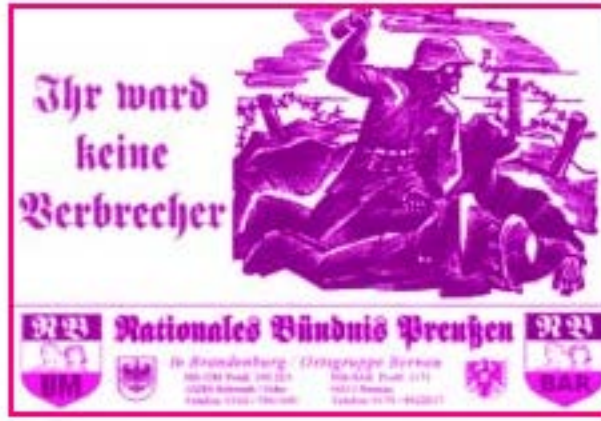
Offensichtlicher Anlass war der 71. Jahrestag der „Machtergreifung" Hitlers. Eine Verschiebung der Versammlung auf den 31. Januar sowie den Verzicht auf Fackeln lehnten die Veranstalter aus diesem Grunde kategorisch ab. An dem Aufzug nahmen etwa 100 Personen teil.

Unter der Leitung eines Gründungsmitgliedes der BNO fand am 8. Mai 2004 anlässlich des Jahrestages des Kriegsendes in Belzig (Landkreis Potsdam-Mittelmark) eine weitere Demonstration der P.A.F. statt, die unter dem Motto „Schluss mit der Befreiungslüge" stand. Ca. 80 Personen nahmen daran teil, darunter mehrere Angehörige der BNO.

Bei der P.A.F. handelt es sich um einen auf die lokale und regionale Ebene begrenzten losen Zusammenschluss von neonazistisch orientierten Personen, die sich einen Aktionsnamen und ein Programm gegeben haben. Das 10-Punkte-Programm entspricht zum Teil wortwörtlich dem Grundsatzprogramm der BNO. Nicht übernommen wurde die Forderung nach Wahlrecht und öffentlichen Ämtern nur für Deutsche, Eingliederung der „geraubten deutschen Gebiete", nationales Bildungssystem und andere Punkte, die die Bereiche Staatsorganisation, Währungspolitik, Bildung und Kultur betreffen. Die übrigen Forderungen, die das Programm der P.A.F. mit demjenigen der BNO verbindet, handeln vor allem von Arbeit, Soziales und Familie. Die darin erkennbare Beschränkung auf Alltagsfragen passt zu dem mehr regionalen Zuschnitt der „Preußischen Aktionsfront". Die Verfasser wollen ein Sprachrohr des „kleinen Mannes" sein und ihn „auf die verheerende Systempolitik aufmerksam" machen.

„Nationales Bündnis Preußen“

Das „Nationale Bündnis Preußen“ (NBP) entstand, als sich die „Nationale Bürgerinitiative Uckermark“ mit dem „Nationalen Bund Pommern“, einem Kleinstverein im Nordosten Brandenburgs, und der „Nationalen Bürgerinitiative Barnim“ im Herbst 2000 zusammenschloss. Die „Nationale Bürgerinitiative Uckermark“ wiederum war eine regionale „Vorfeldorganisation“ der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH). Scheinbar eine unabhängige Bürgerinitiative, sollte sie die politischen Ziele der Liga in breitere Kreise der Bevölkerung tragen. Dem NBP gehören etwa 20 Personen an. Die Organisation gliedert sich in die Sektionen Barnim und Schwedt.



Das neonazistische „Nationale Bündnis Preußen“ strebt eine Bündelung der rechtsextremistischen Kräfte im Raum Barnim, Uckermark und Nord-Ost-Berlin an. Es unterhält regelmäßige Kontakte zu Mitgliedern der NPD und der DVU. NBP-Funktionäre wurden auf dem NPD-Landesparteitag am 20. November 2004 in Oranienburg öffentlich begrüßt. Im Gegensatz zum „Märkischen Heimatschutz“ verfügt das NBP jedoch über kein hinreichendes strategisches Konzept und bemüht sich um Beziehungen zu den unterschiedlichsten Gruppierungen im rechtsextremistischen Spektrum. Die Suche nach konzeptionellem und ideologischem Anschluss an möglichst viele Partner macht das NBP zwar zu einem potentiellen Kandidaten für die „Volksfront“-Strategie, aber durch sein unklares politisches Profil verliert das NBP innerhalb der Szene an Anziehungskraft.

Am 4. September 2004 veranstaltete das NBP in Schönow (Landkreis Barnim) einen Liederabend, zu dem etwa 140 Teilnehmer kamen. Daneben nahmen Mitglieder des NBP an Montagsdemos gegen Hartz IV und auch an der NPD-Demonstration zum 1. Mai teil.

„Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V."

Die 1979 in Frankfurt a. M. gegründete „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V." (HNG) betreut bis zu 100 rechtsextremistische Gefangene und deren Angehörige. Sie hat ca. 600 Mitglieder, davon etwa 35 in Brandenburg. Die HNG leistet sowohl Zuspruch als auch praktische Hilfe. So bekommen manche Gefangene hin und wieder ein Lebensmittelpaket. Der Hauptteil der Hilfe ist jedoch immaterieller Art. Die HNG suggeriert den Inhaftierten, sie seien politische Häftlinge, nicht Täter, sondern Opfer eines Unrechtssystems. Sie vermittelt Brief- und Besucherkontakte, gibt den Häftlingen das Gefühl, weiterhin dazu zu gehören, und trägt so dazu bei, dass Haft und Resozialisierung in vielen Fällen erfolglos bleiben und die von ihr Betreuten nach der Entlassung nahtlos in die Szene re-integriert werden können.

Die HNG gibt allmonatlich die „Nachrichten der HNG" in einer Auflage von etwa 700 Exemplaren heraus. Fester Bestandteil dieses Info-Briefes sind zwei ständig aktualisierte Namenslisten: Die eine führt vergleichsweise bekannte einsitzende Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland auf, die andere solche, die Briefkontakt wünschen. Diese Gefangenenlisten werden von zahlreichen rechtsextremistischen Publikationen – manchmal nur auszugsweise – abgedruckt.

Die „Nachrichten der HNG" veröffentlichen regelmäßig an den Vorstand gerichtete Briefe von Inhaftierten, in denen diese über ihre Haftbedingungen klagen und sich überschwänglich für moralische Unterstützung bedanken. Andere Artikel denunzieren die Justiz, Richter, Prozesse, Urteile und Haftbedingungen als „Gesinnungsjustiz", jammern über die „Verfolgung" „nationaler Deutscher" und verunglimpfen den demokratischen Rechtsstaat als „Unrechtsstaat".

Der HNG kommt eine zentrale Stellung in der rechtsextremistischen Szene zu. Zum einen ermöglicht sie ein Minimum an Organisation für rechtsextremistisch motivierte Straftäter. Zum anderen stellt sie Kontakte zwischen organisierten und nicht-organisierten Rechtsextremisten her, ohne nach der genauen ideologischen Ausrichtung zu fragen. So bietet die HNG eine Kontaktfläche für Rechtsextremisten, die andere Organisationen in dieser Offenheit nicht bieten können.

Die HNG-Jahreshauptversammlung fand am 20. März 2004 im bayerischen Gremsdorf mit etwa 150 Teilnehmern statt.

Parteien und deren Nebenorganisationen

„Nationaldemokratische Partei Deutschlands“

Gründungsjahr:		1964
Sitz:		Berlin
in Brandenburg aktiv seit:		1990
Mitglieder	**bundesweit**:	5 300
	Brandenburg:	130
für Brandenburg relevante überregionale und regionale Publikationen:		„Deutsche Stimme“, „Zündstoff – Deutsche Stimme für Berlin-Brandenburg“
Internetadresse:		www.npd.de

Die „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) war seit dem Verbot der „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) 1952 die erste große rechtsextremistische Sammelbewegung. Das ideologische Gedankengut der SRP verdeutlicht sich nach wie vor in der Propagierung eines „Deutschen Sozialismus“ mit betont antikapitalistischen Elementen.

1965, ein Jahr nach ihrer Gründung, klagte die NPD vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die direkte Finanzierung der Parteien durch den Staat. Damit erwarb sie sich den Ruf einer politischen Bewegung, die es „denen da oben mal zeigt“ und sich traut, unangenehme Themen anzusprechen. Dieses Gerichtsverfahren gegen die damalige Parteienfinanzierung begründete den Erfolg der NPD als Protestpartei, der sie bis 1969 beflügeln sollte. Bereits wenige Jahre nach ihrer Gründung nahm die NPD an mehreren Landtagswahlen teil und errang Mandate in mehreren Landesparlamenten. Bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte die NPD an der Fünf-Prozent-Hürde.

Als einer der Gründe für dieses Scheitern machten Parteistrategen ein mangelndes Bekenntnis der Partei zur Demokratie aus. Die NPD beschloss deswegen auf ihrem 4. Parteitag im Februar 1970 das „Wertheimer Manifest“, in dem sich die Partei offiziell zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekannte.

Die Zerstrittenheit der Partei über diesen Kurs führte in den kommenden Jahren zu Zersplitterungen und Mitgliederschwund. Die Mitgliederzahl,

die 1969 mit 28.000 ihren Höhepunkt erreicht hatte, fiel in den Folgejahren stetig. Erst seit Mitte der neunziger Jahre konnte wieder ein Mitgliederzuwachs verzeichnet werden. Der aktuelle Vorsitzende Udo Voigt übernahm 1996 sein Amt bei einer Mitgliederzahl von knapp 3.500. Sie stieg seitdem auf etwa 5.000.

Unter Udo Voigt verfolgt die NPD eine „Dreisäulenstrategie": Unter dem Motto „Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente – Kampf um die Straße" will die Partei das politische System der Bundesrepublik von innen und außen angreifen.

Ideologische Grundüberzeugungen

Die politischen Überlegungen der NPD gehen von einem Menschenbild aus, das auch die Argumentationsgrundlage im Europawahlprogramm 2004 liefert.

> „Es betrachtet den Menschen als Bestandteil der Natur, der den Gesetzen des Natur unterworfen ist. Nach gegenwärtigem Erkenntnisstand wird das menschliche Verhalten wesentlich von Trieben, Instinkten und Emotionen gesteuert. Das lebensrichtige Menschenbild enthält keinerlei ethische Bewertung oder Zielbestimmung, es ist nur beschreibend."
> (Europawahlprogramm der NPD, S. 45 f.)

Dieses Menschenbild negiert die Freiheitsrechte des Einzelnen, indem es Instinkte für sein Handeln verantwortlich macht. Es negiert aber auch die für alle Menschen gleichermaßen geltenden Menschenrechte, weil sie Menschen nach ihrer rassischen Herkunft bewertet. Hinter dem Menschenbild der NPD verbirgt sich nämlich eine durchgehend rassistische Perspektive auf die Gesellschaft, wie aus folgendem Zitat schon deutlicher hervorgeht:

> „Ethnisch sind „die Europäer" als Sammelbegriff im Menschentypus weißer Hautfarbe vereint, der sich – siedlungsgeschichtlich bedingt – heute auch in anderen Erdteilen finden lässt. Allen europäischen Völkern ist gemein, dass sie ethnisch vor allem in den Stämmen griechischer, romanischer, germanischer, keltischer und slawischer Herkunft ihren Ursprung haben. Die spezifischen europäischen Volkscharaktere leiten sich aus dem unterschiedlichen Mischungsverhältnis der genannten und weiteren Stammesgruppen ab."
> (Europawahlprogramm der NPD, S. 7)

Das „lebensrichtige Menschenbild" deutet also die Emotionen und kulturellen Erzeugnisse der Menschen als Ausdruck des Genpools, dem sie angehören. Deswegen behauptet die NPD auch, ihr Menschenbild erhebe keine ethischen Ansprüche an den Menschen, sondern beschreibe ihn nur. So wenig, wie jedes durch seine Genetik geprägte Wesen sein Schicksal selbst bestimmen könne, so wenig könne auch das Individuum nach dem Verständnis der NPD sich über die Schranken seiner kulturellen Gegebenheiten hinwegsetzen.



NPD-Wahlplakate

Bei der Lösung der Probleme einer Gesellschaft orientiert sich die NPD ebenfalls an diesen rassistischen Grundüberlegungen. So wird behauptet, dass die EU-Osterweiterung und insbesondere die Aufnahme der Türkei in die EU eine „Verbrechenslawine" auslösen werde. Denn für die NPD ist es ausgemachte Sache, dass „kulturelle Ferne" (und damit ist immer auch ethnische Differenz gemeint) die Kriminalität fördere, wie die NPD aus den Kriminalstatistiken in Deutschland herauszulesen meint (vgl.: Europawahlprogramm der NPD, S. 35). Der Gedanke der Völkerverständigung hat im Menschenbild der NPD keinen Platz.

Aus ihrem rassistischen Weltbild leitet die NPD weiterhin revisionistische Ansprüche gegenüber den europäischen Nachbarn ab. Das Deutsche Reich sei vor dem Zweiten Weltkrieg die „europäische Mitte" gewesen, das Deutsche Volk sei gegenüber den anderen europäischen Nationen also weisungsbefugt gewesen. Dieser Zustand sei allerdings 1945 zerschlagen worden, womit die NPD die Kriegsschuldfrage verdreht. Nach dem Krieg sei es zu einem Import amerikanischer Sitten und Gebräuche gekommen. Von denen müsse sich die europäische und namentlich die deutsche Kultur emanzipieren (Europawahlprogramm der NPD, S. 10). Auch in dieser Argumentation zeigt sich, dass die NPD dem Gedanken der Völkerverständigung feindlich gegenübersteht und einen völkisch-selbstherrlichen Weg gehen möchte.



Primäres Ziel der politischen Arbeit der NPD ist – auch im Europawahlkampf – die „Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches" und die „Verwirklichung der deutschen Volksgemeinschaft" jenseits aller Partei-, Standes- und Klassenschranken (Europawahlprogramm der NPD, S. 9).



„Kampf um die Köpfe – Kampf um die Parlamente – Kampf um die Straße“

Ein Kernstück der Parteistrategie ist die enge Zusammenarbeit mit Skinheads und Neonazis, die vor allem durch Aktionen auf der Straße an die NPD gebunden werden. Äußeres Zeichen dieser Kooperation sind gemeinsame Demonstrationsauftritte von NPD und Neonazis, die von der NPD als zugelassene Partei angemeldet werden. Während des gescheiterten NPD-Verbotsverfahrens zwischen August 2000 und März 2003 hatte man von dieser Strategie Abstand genommen, sie aber bald wieder aufgegriffen.

Es ist bezeichnend für die NPD, dass sie nur wenige Anhänger über Mitgliedschaft und um so mehr über lose Verbindungen mobilisieren kann, weswegen sie auch personell auf den „Kampf um die Straße“ angewiesen ist, um Wirkung zu erzielen. So macht die NPD aus der Mitgliedernot eine Demonstrationstugend. Ein markantes Datum im „Kampf um die Straße“ war, wie bereits im Vorjahr, die 1. Mai-Demonstration der NPD in Berlin, an der ca. 2.300 Menschen teilnahmen. In Brandenburg organisierte die Partei am 12. Juni 2004 eine Demonstration in Eisenhüttenstadt, die unter dem Titel: „Nein zur Osterweiterung! Keine Brücke in Coschen fürs Sozialelend! Wir fordern soziale Gerechtigkeit!“ stand und an der sich rund 90 Personen beteiligten.

Der Kampf um die Köpfe hat mehrere Seiten. Eine wichtige Rolle spielt hier die Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (DS). Am Sommerfest der „Deutschen Stimme“ nahmen 2002 noch 1.500 Menschen teil, ein Jahr später schon 2.500. Im Jahre 2004 kamen sogar fast 7.000 Besucher. Aber auch die Präsenz in Schulen und Universitäten ist mit dem „Kampf um die Köpfe“ gemeint. Die NPD verteilte im Landtagswahlkampf in Sachsen eine CD dem Titel „Schnauze voll? – Wahltag ist Zahltag“ auch an Schulen auf denen 16 Lieder von deutschen Skinheadbands und Liedermachern, von denen 14 auf einer weiteren CD im Wahlkampf in Schleswig-Holstein 2005 zum Einsatz kommen. Auch um die eigenen Köpfe ist die NPD bemüht, wie die Einrichtung eines Schulungszentrums für parteiinterne Schulungen in der Bundeszentrale in Berlin belegt.

Bei der Kommunalwahl 2003 in Brandenburg wurde deutlich, dass NPD-Kandidaten, die in ihren Heimatgemeinden bekannt sind, für ihre Partei mitunter Stimmgewinne erzielen konnten. Wie die Erfahrung bei anderen rechtsextremistischen Parteien bereits gelehrt hatte, haben auch im Falle der NPD insbesondere Kandidaten, die als Selbständige dem Mittelstand angehören, häufig Erfolg. Bei den Kommunalwahlen in Sachsen am 13. Juni

2004 bestätigte sich diese Erfahrung und diesmal mit örtlichen Ergebnissen bis zu 25 Prozent in der Sächsischen Schweiz. Der Sächsische Verfassungsschutz analysierte: „Wo die Rechten Erfolge hatten, wirken Persönlichkeiten, die vor Ort gesellschaftlich etabliert sind. Da ist einer Fahrlehrer, einer Arzt oder Handwerker. Sie haben Kontakte und genießen Sympathien." („Sächsische Zeitung", 6.7.2004)

Entwicklungen im Jahr 2004

Das Jahr 2004 war für die Partei in vielerlei Hinsicht erfolgreich. Auch wenn nur leichte Stimmenzugewinne bei den Europawahlen zu verzeichnen waren, waren die zum Teil überraschend hohen Prozentwerte für die NPD bei anderen Wahlen bemerkenswert. So erreichte sie bei der Landtagswahl im Saarland knapp vier Prozent. In Sachsen zog die NPD mit 9,2 Prozent sogar in den Landtag ein, nachdem sie hier in den vorangegangenen Kommunalwahlen in einigen Regionen bereits hohe Gewinne im zweistelligen Prozentbereich für sich hatte verzeichnen können.

Anlässlich eines Besuches des Parteivorsitzenden Voigt in Spanien, wo er am 20. November 2004 ein Assoziierungsabkommen mit der Francistischen Bewegung „La Falange" unterzeichnete, stellte die parteieigene Zeitung „Deutsche Stimme" fest:

> „Die Kooperation der deutschen Nationalisten [hat] in Spanien großes Interesse erregt und ist unter anderem auch in der Mitgliederzeitung der Falange und in den spanischen Weltnetzforen entsprechend diskutiert worden. Den Spaniern (...) ist bewusst, dass die NPD hier ein historische Vorreiterrolle einnimmt."
>
> (www.deutsche-stimme.com/Ausgaben2004/Sites/12-04-Spanien.html)

Das Abkommen wird allerdings von der NPD anders bewertet als von den Falanges. Letztere betonen, es gehe den beiden Bewegungen unter anderem um die Verteidigung der „christlichen Identität" Europas, ein Punkt, der von der NPD – wohl mit Blick auf ihre teilweise nicht- oder auch antichristliche ausgerichteten Anhängerschaft – in keinem Kommunique erwähnt wird (www.la-falange.com/nacional/noticias/acuerdo_npd-fe.htm).

Der Bundesparteitag der NPD am 30./31. Oktober 2004 in Leinefelde (Thüringen) stand auch im Zeichen eines neuen Selbstvertrauens. Er fand

unter dem Motto: „Arbeit-Familie-Vaterland“ statt. Mit diesem Slogan („travaille famille patrie“) hatte bereits die französische Vichy-Regierung unter Marschall Philippe Pétain 1940 ihr Amt angetreten. Während der folgenden Jahre der Kollaboration mit deutschen Besatzungstruppen wurden Tausende französischer Juden an die SS ausgeliefert.

Udo Voigt wurde mit 86,8 Prozent der abgegebenen Stimmen im Amt des Bundesvorsitzenden bestätigt, was eine deutliche Steigerung gegenüber seinen vorherigen Abstimmungserfolgen darstellte. Der u.a. wegen Körperverletzung mehrfach verurteilte Neonazi Thorsten Heise, der im September unter regem Interesse der Öffentlichkeit in die Partei eingetreten war, wurde mit 64,7 Prozent der Delegiertenstimmen in den Bundesvorstand gewählt. In seiner Parteitagsrede betonte Voigt, dass bei der Zusammenarbeit mit den „Freien Nationalisten“ keiner eine Übernahme des anderen plane, sondern dass man Bestandteil des gemeinsamen Widerstandes gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung sei.

Ein Moment beim Aufbau einer „Deutschen Volksfront“ sei der „Kampf um den organisierten Willen“. Dabei gehe es um die Kooperation der rechtsextremistischen Parteien bei Wahlen. Ausdrücklich erwähnt Voigt in seiner Rede die „Deutsche Volksunion“ (DVU), die „Deutsche Partei“ (DP) und „Die Republikaner“ (REP)

Erstmals seit vielen Jahren war auch der Vorsitzende der DVU, Dr. Gerhard Frey, wieder auf einem Parteitag der NPD. Auf der gemeinsamen Pressekonferenz von Dr. Frey und Voigt erklärte dieser , der „historische Nationalsozialismus“ sei tot, aber „nationalen Sozialisten“ stehe es frei, zur NPD zu kommen. Er forderte die REP auf, an dem Bündnis teilzunehmen.

Die Pressekonferenz verdeutlichte aber auch Gegensätze zwischen DVU und NPD. Während der DVU-Chef nach Presseverlautbarungen zur Distanzierung von Nationalsozialismus aufrief, war Voigt der Ansicht, es sei möglich, von „ganz rechts“ bis zum Wertkonservativen eine „Deutsche Volksfront“ zu schaffen.

Zusammenarbeit mit der DVU - Eine Volksfront?

Zur Landtagswahl in Sachsen und Brandenburg beschlossen die Parteiführer der NPD und der DVU unter dem Slogan „Taten statt Worte“ folgende Resolution (siehe Abbildung S. 69):

> „Die Parteivorstände von DVU und NPD haben angesichts der zunehmenden Überfremdung und der sozialen Verarmung der Deut-

schen beschlossen, sich bei den Wahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern. Die Vorstände empfehlen den nationalen Wählern, in Brandenburg der DVU und in Sachsen der NPD ihre Stimmen zu geben. (...) Das Ziel 2004 ist, im September in beiden Ländern nationale Abgeordnete ins Parlament zu bringen."

(www.npd.de)



Nachdem sich diese Absprache bei den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg als nützlich erwiesen hatte, trafen sich die Parteivorsitzenden von DVU und NPD zu Sondierungsgesprächen am 22. September 2004 in Berlin. Sie kamen überein, dass beide Parteien auf Dauer zusammenwirken und darauf hinarbeiten wollten, dass jeweils nur eine nationale Liste zu den Landtagswahlen, zur Bundestagswahl und zur Europawahl antrete. Am 12. Oktober trafen sich Voigt und Dr. Frey in München, um vor allen die Form der Wahlkooperation zu besprechen.

Am 15. Januar 2005 wurde dann der „Deutschlandpakt von DVU und NPD" bekannt gegeben. Dieses von den Parteivorsitzenden Voigt und Dr. Frey unterzeichnete Dokument legt die Prinzipien für eine vorerst auf fünf Jahre beschränkte Zusammenarbeit fest: Zur Bundestagswahl 2006 tritt allein die NPD an. „Dabei sollen auch 15 Kandidaten, die der NPD angehören oder ihr nahe stehen, aufgestellt werden". Umgekehrt wird dann die DVU zur Europawahl 2009 der Listenführer. „Dabei sollen auch sechs bis sieben Kandidaten, die der NPD angehören oder ihr nahe stehen, aufgestellt werden". Zu den Landtagswahlen in Schleswig Holstein und Nordrhein-Westfalen verzichtet die DVU offiziell auf eine Kandidatur zugunsten der NPD. Dafür kandidiert allein die DVU bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Bremen, Hamburg, Thüringen und Brandenburg. Auch für die Landtagswahlen gilt, dass „Exponenten der jeweils anderen Partei auf der Liste der antretenden Partei kandidieren".

(Zitate aus einer Pressemitteilung der NPD vom 15. Januar 2005)

Die NPD in Brandenburg

Der Aufbau vergleichbarer Strukturen wie die NPD in Sachsen lässt sich in Brandenburg zur Zeit noch nicht beobachten. Innerparteiliche Querellen und die Abspaltung der BNO haben das bislang verhindert. Zudem hat die NPD durch ihre Nichtteilnahme an der Landtagswahl ihre Strategie des „Kampfes um die Parlamente" für Brandenburg zur Zeit erst einmal ausgesetzt. Sie hat der DVU in einer Absprache, die in den Parteizeitungen und auf den Webseiten beider Parteien veröffentlicht wurde, Brandenburg vorerst „überlassen", um dafür ungestört in Sachsen zur Wahl antreten zu können.

Allem voran hat aber die Abspaltung der BNO die NPD in Brandenburg zeitweise geschwächt und sie ein wenig in den Hintergrund treten lassen. Unter den ca. 30 Gründungsmitgliedern sind einige führende Köpfe der Partei und ihrer Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten" (JN). Letztere gab es de facto nach der Gründung der BNO im Jahre 2004 in Brandenburg nicht mehr, weil ihr Personalbestand weitgehend in die BNO abwanderte. Es ist allerdings nicht zu erwarten, dass die Nichtteilnahme der NPD an den Landtagswahlen von ihr als ein gänzlicher Verzicht auf politisches Engagement in Brandenburg verstanden wird.



Die Pressemitteilung anlässlich des 2. ordentlichen Landesparteitags des NPD in Oranienburg vom 20. November lässt im Gegenteil erkennen, dass die Partei nach dem Wahlerfolg in Sachsen auch in Brandenburg wieder Fuß fassen will. So kündigt sie hier „massive Öffentlichkeitsarbeit im Vorfeld der Bundestagswahl" an.

„Deutsche Volksunion“

Gründungsjahr:	1987
Sitz:	München
in Brandenburg aktiv seit:	1991
Mitglieder bundesweit:	11.000
Brandenburg:	230
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	„National Zeitung“ (NZ)
Internetadresse:	www.dvu.de

Die „Deutsche Volksunion“ (DVU) wurde von dem Münchner Verleger Dr. Gerhard Frey als Auffangbecken für ehemalige NPD-Mitglieder, die ihrer damals zerfasernden Partei den Rücken kehrten, gegründet. Im gleichen Jahr gelang der DVU der Einzug in die Bremer Bürgerschaft, wo sie nach wie vor einen Abgeordneten stellt. Nach der Wende gründete Frey 1991 den DVU-Landesverband Berlin, der sich bald auch auf Brandenburg erstreckte. 1998 gelang der DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt mit 12,9 Prozent ihr bislang größter Erfolg. 1999 zog die DVU mit fünf Mandaten in den Brandenburger Landtag ein, bei den Landtagswahlen im Jahr 2004 errang sie sechs Mandate.

Die DVU ist gegenüber den anderen rechtsextremistischen Parteien (NPD: 1964, REP: 1983) eine relativ junge Organisation. Sie verfügt weder über eine stabile Stammwählerschaft noch über eine regionale Verwurzelung. Das macht sie stärker noch als andere rechtsextremistische Parteien von Stimmungsschwankungen in der Bevölkerung abhängig. Folglich zielt ein Gutteil des DVU-Wahlkampfes auf Protestwähler.

Frey, der bislang einzige Vorsitzende, zählt zu den finanzstärksten Rechtsextremisten in der Bundesrepublik. Er betreibt ein Geflecht von Verlags- und Vertriebsunternehmen, die u. a. revisionistische Literatur, Tonträger, Fahnen und Gedenkmedaillen anbieten. Dahinter stehen in der Regel der Freiheitliche Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (FZ) und der Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH (DSZ).

Außerdem gibt er die auflagenstärkste rechtsextremistische Publikation, die „National Zeitung“ (NZ), heraus, deren wöchentliche Auflage auf 41.000 Exemplare geschätzt wird. Sein Vermögen ermöglichte es Frey, die

seit der Europawahl 1989 hoch verschuldete Partei weitestgehend zu finanzieren. Zuwendungen des Vorsitzenden von etwa 500.000 Euro pro Jahr an die Parteikasse verstärken die Abhängigkeit der DVU von der zentralistischen und autoritären Münchener Führung. Die anfallenden Zinsen für seine Zuwendungen fließen u.a. aus Wahlkampfrückerstattungskosten oder durch Mitgliedsbeiträge an den Spender zurück. Frey setzt wirtschaftliche Macht in politischen Einfluss um.

Zugleich missbraucht Frey die DVU, um seine Geschäftsinteressen zu verfolgen. Seine verschiedenen Publikationen ermöglichen ihm eine intensive Werbung für das jeweils andere Produkt. In seiner Zeitung wird für T-Shirts, Medaillen oder Kalender aus seinen Verlagen geworben, in seinen Büchern wird die NZ angepriesen. Am Ende vieler Artikel wird auf „weiterführende" Literatur aus einem der Frey-Verlage verwiesen. Die enge Verflechtung von Kommerz und Politik unterscheidet die DVU von jeder anderen deutschen Partei.

Frey sieht sich als Chefstratege und -ideologe der DVU. Nur er bestimmt die politischen Inhalte und Aktivitäten der Partei. Im Mittelpunkt stehen dabei ausländerfeindliche und antisemitische Behauptungen und Unterstellungen, z. B. Titelzeilen wie „Für Türken Milliarden, für Deutsche nichts!" der von Frey herausgegebenen „National Zeitung" anschaulich machen. Frey ersetzt die im Grundgesetz geforderte Mitwirkung der Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes durch Einzelentscheidungen bis in die regionale Ebene. Innerparteiliche Demokratie fehlt in der DVU vollständig. Hinzu kommt, dass die Partei auf ein regionales Engagement weder personell noch strukturell eingestellt und auch nicht interessiert ist. An allzu viel Popularität ihrer Kandidaten ist dem Parteivorsitzenden ebenfalls nicht gelegen, denn das könnte seine Vormachtstellung schwächen.

Eine politische Basisarbeit findet in der DVU kaum statt. Innerparteiliches Leben wird im Keim erstickt. Die Landesverbände müssen sich ihre Veranstaltungen fast durchweg von der Parteizentrale in München genehmigen lassen. Folglich sind ihre Aktivitäten verschwindend gering und entsprechen nicht denen demokratischer Parteien mit regelmäßigen Mitgliederversammlungen und anderen Veranstaltungen zur demokratischen Willensbildung der Mitglieder.

Bundesweit war die DVU 2004 in zwei Landtagen vertreten: in Brandenburg und in Bremen.

Die DVU in Brandenburg

Die „Deutsche Volksunion" ist die zur Zeit mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in Brandenburg. Als sie 1999 in den Landtag einzog, schnellte die Mitgliederzahl kurzzeitig sogar auf 400, fiel im Jahre 2000 aber bereits auf 300 und bewegt sich jetzt um 230. Die DVU selbst behauptet ständig steigende Mitgliederzahlen, besonders bei jüngeren Personen, nennt aber keine konkreten Zahlen.

Erstmals trat die Partei 1998 zur Bundestagswahl an und kam in Brandenburg aus dem Stand auf 42.153 Stimmen, erfolgreicher als die „Nationaldemokratische Partei" (NPD) und die „Republikaner" (REP). Ein Jahr danach gelang ihr mit 58.247 Stimmen (5,28 Prozent) mit fünf Abgeordneten der Einzug in den Brandenburger Landtag.

Bei den Kommunalwahlen 2003 kam die Partei auf 28.232 Stimmen, was lediglich 1,03 Prozent entspricht. Allerdings war es der DVU nur in sieben der 18 Wahlgebiete gelungen, Kandidaten aufzustellen. Dort erreichte sie Ergebnisse zwischen 0,97 und 4,33 Prozent.

Bei der Landtagswahl 2004 konnte die DVU 6,1 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinen, sechs Mandate fielen ihr zu. Damit erhöhte die DVU ihren Anteil gegenüber der Landtagswahl 1999 geringfügig um 0,8 Prozent. Die besten Ergebnisse erzielte sie in den drei südlichen Landkreisen Elbe-Elster und Oberspreewald-Lausitz mit jeweils 9,5 Prozent sowie in Spree-Neiße mit 8,1 Prozent. In diesen Wahlkreisen schnitt die Partei auch in den Vorjahren gut ab.

Den geringsten Erfolg hatte die DVU mit unterdurchschnittlichen Ergebnissen in den drei Wahlkreisen Potsdam I (2,3 Prozent), Potsdam II (4 Prozent) und Potsdam-Mittelmark IV (3 Prozent).

Wahlkampftaktiken

Die gesamte Wahlkampfstrategie der DVU und die Instrumentalisierung der Themen Zuwanderung und Reformpolitik zielte auf die Delegitimierung des politischen Systems. Die gewählten Volksvertreter werden unterschiedslos für bestehende oder vermeintlich bestehende Missstände verantwortlich gemacht. Sie seien nicht in der Lage, anstehende Probleme zu lösen. Aus dieser Behauptung folgt der Schluss, dass ihnen und somit der politischen Ordnung die Zustimmung der Bürger und somit die Grundlage für jegliches politisches Handeln fehle.

So warb die DVU im Landtagswahlkampf in Brandenburg mit einem Plakat, auf dem – nicht zum ersten Mal – lediglich „Schnauze voll? Diesmal DVU" stand. Auf weitere Aussagen wurde verzichtet.



Die DVU beschränkte sich auf einen deutlichen Protestwahlkampf. Sie bot kaum positive Inhalte bzw. konkrete Vorschläge an, und führte auch keinen Kandidatenwahlkampf, sondern vermittelte lediglich Slogans.

Folglich richtete sich der Protestwahlkampf nicht nur an Rechtsextremisten, sondern zielte deutlich auf unzufriedene Wähler. Die Partei erkannte recht früh das Potential der Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV. Mit Slogans wie „Sauerei Hartz IV – Wehrt Euch! Diesmal DVU" oder „Hartz IV – Katastrophe auch für Kinder" versuchte sie, Wählerstimmen zu gewinnen. Die Thematisierung der Arbeitsmarktreform lieferte aktuellen Nährstoff für die nicht neuen Warnungen vor einer weiteren „Vernichtung des vom deutschen Volk hart erarbeiteten Sozialstaates". Auch hier präsentierte die DVU statt Inhalt lediglich martialische Karikaturen und Protestformeln.

Sie rief nicht nur zur Teilnahme an Demonstrationszügen auf, sondern gab auf ihrer Internetseite auch bundesweit entsprechende Veranstaltungstermine bekannt. Es gelang allerdings nicht, die durch die Aktionen gegen die Hartz IV-Regelungen Mobilisierten dauerhaft an die Partei zu binden.

Die DVU setzte massiv Propagandamittel ein. In Brandenburg klebte sie im Wahlkampf zur Landtagswahl fast 100.000 Plakate, soviel, wie alle anderen Parteien zusammen. Daneben sendete sie vier Fernseh- und fünf Radiospots und verteilte diverse Flugblätter. Flankiert wurden diese Maßnahmen durch eine kontinuierliche, reißerische Berichterstattung in der „National Zeitung" sowie auf den Internetseiten der DVU. Ein derart aufwändiger Materialwahlkampf war nur mit ausreichender Unterstützung der Bundespartei möglich. Allerdings dienten sowohl die Postwurfsen-

dungen in millionenfacher Auflage als auch die Ausgaben der NZ im Wahlkampf dazu, Käufer für die Produkte des Frey-Imperiums zu werben.

In einem Fernseh- und Radiospot wurde sogar die verstorbene SPD-Politikerin Regine Hildebrandt instrumentalisiert. Unter dem Motto: „Regine Hildebrandt ist verraten worden" hieß es: „Die DVU ist sich sicher. Regine Hildebrandt würde heute Protest wählen."

Absprachen mit der NPD

Die Ergebnisse der Brandenburger Landtagswahl beweisen, dass die DVU von einem am 23. Juni 2004 unterzeichneten Abkommen zwischen den Bundesvorsitzenden von NPD und DVU profitieren konnte (siehe S. 68 f.)

Derartige Absprachen wurden im rechtsextremistischen Lager lange Zeit erfolglos diskutiert. Bei der sächsischen Kommunalwahl 2004 wurde dann mit dem Wahlantritt des „Nationalen Bündnisses Dresden" eine Kooperation zwischen NPD, REP, Deutscher Partei und einzelnen DVU-Mitgliedern praktiziert. Dennoch entstehen derartige Bündnisse nur unter spezifischen Bedingungen, zum Beispiel in Wahlkampfzeiten mit der Aussicht auf Wahlkampfkostenerstattung.

Doch auch nach der für die DVU erfolgreiche Brandenburger Landtagswahl lassen sich bundesweit wie auch in Brandenburg Anzeichen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen DVU und NPD beobachten.

So nahmen DVU-Politiker als offizielle Vertreter ihrer Partei am NPD-Bundesparteitag am 30. und 31. Oktober 2004 in Leinefelde (Thüringen) teil. Beide Parteivorsitzende verkündeten ihre Kooperationsvereinbarungen für die nächste Bundestags- bzw. Europawahl. Auf dem Bundesparteitag der DVU am 15. Januar 2005 in München wurden diese Pläne auch in Bezug auf die nächsten Landtagswahlen konkretisiert. Beide Vorsitzende unterschrieben öffentlich einen sogenannten Deutschland-Pakt, in dem sie bekräftigten, nicht miteinander zu konkurrieren. Die Parteien sicherten einander Listenplätze zu.

Mitglieder- und Nachwuchssorgen

Die DVU profitiert hauptsächlich von älteren Wählern, verfügt auch über keine eigene Jugendorganisation. Die monatlichen Stammtische, zu denen die Bundes-DVU im Internet auch in einzelne Brandenburger Kreisverbände einlädt, finden wenig Resonanz. Das unterscheidet sie von der

NPD, die sich mit Demonstrationen, Konzerten und einer eigenen Jugendorganisation gezielt an junge Leute wendet. Freilich wirbt die DVU gleichfalls um jugendlichen Nachwuchs, aber Struktur und Organisation der NPD sind deutlicher auf einen Umgang mit rechtsextremistischen Jugendlichen eingestellt. Auch ist die NPD bereit, aktive Neonazis zu integrieren. Die DVU hingegen will nach wie vor mit „solchen Leuten", wie der Vizefraktionschef der Brandenburger DVU im November 2004 unterstrich, nichts zu tun haben. Allerdings brachte ihm diese Aussage Presseveröffentlichungen zufolge Schelte seitens der Parteiführung ein.

Die DVU leidet, ebenso wie alle anderen rechtsextremistischen Parteien in Deutschland, unter beständiger Mitgliederfluktuation, auch wenn sie selbst, so auf ihrer Homepage, andere Angaben macht. An der politischen Arbeit der Partei beteiligen sich nur wenige Mitglieder. Das liegt wesentlich an der Struktur der DVU und ihrer autokratischen Führung.

Der absolute Führungsanspruch des Vorsitzenden bewirkt eine finanzielle und intellektuelle Abhängigkeit der Partei und beeinflusst damit auch die Haltung zu potentiellem Nachwuchs. Wichtige Funktionen werden entweder von Familienangehörigen oder von einigen wenigen Vertrauten ausgeübt.

Die Sprache der Partei

Die wahrnehmbaren Aktivitäten der DVU in Brandenburg sind äußerst gering und für die Öffentlichkeit außerhalb von Landtag und Wahlen kaum zu registrieren. Wichtigstes Sprachrohr der Partei ist unverändert die von Frey vertriebene „National Zeitung" (NZ). Die NZ erscheint wöchentlich in einer Auflage von ca. 41.000 Exemplaren.

Seit Jahren veröffentlicht die Zeitung Beiträge mit antisemitischer Tendenz. Das reicht von der gezielten Stimmungsmache gegen jüdische Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens („Friedmans Fernseh-Rückkehr – Förderer und Gönner des ‚Paolo Pinkel'", Ausgabe 12/2004) bis zur Dauerenthüllung angeblicher jüdischer Wiedergutmachungs-Forderungen („Sieg oder Holocaust – Verklagen jüdische Gemeinden die Bundesregierung?", Ausgabe 17/2004), „Jagd nach einem Phantom: Wozu der ‚Antisemitismus'-Vorwurf dient" (Ausgabe 21/2004).

Ein weiteres übergreifendes Thema in vielen Ausgaben der NZ ist eine diffuse Ausländerfeindlichkeit mit der geschürten Angst vor „Überfremdung". „Millionen Türken wollen nach Deutschland" (Ausgabe 1-2/2004),



Titelseiten der „National Zeitung“

„Wird Deutschland türkisch?“ (Ausgaben 5/2004 und 25/2004), „Übernehmen Türken Deutschland?“ (Ausgabe 11/2004), „Jetzt kommen die Türken!“ (Ausgabe 23/2004), „Sollen Ausländer die Deutschen ersetzen?“ (Ausgabe 8/2004), „Kommen Millionen Zigeuner?“ (Ausgabe 22/2004), , „Deutsche als Melkkuh Europas“ und „Wie uns die EU ausplündert“ (Ausgabe 46/2004). Die Wiederholungen fallen auf; Überschriften wie „Die Türken kommen“ gab es schon im November 2001.

Die DVU fordert den Stopp der „Massenzuwanderung“ und eine so genannte „Ausländerbegrenzung“, die durch die „Konsequente Abschiebung krimineller Fremder“ oder die „Entschlossene Ausweisung von Scheinasylanten“ umgesetzt werden soll. Plakate wie „Deutsches Geld für deutsche Aufgaben!“, „Deutsche Arbeitsplätze zuerst für Deutsche!“ oder Flugblätter wie „Stoppt den Zuwanderungswahnsinn!“ spielen in allen DVU-Publikationen sowie Wahlkämpfen eine Rolle.

Sonstige rechtsextremistische Parteien

„Die Republikaner"

Nicht alle Republikaner können als Rechtsextremisten gehandelt werden. Da die Partei aber auch durch eine gewichtige, demokratiefeindliche Strömung gekennzeichnet ist, wird sie vom Verfassungsschutz beobachtet.

Die Partei „Die Republikaner" (REP) wurde 1983 in München gegründet. Rechtspopulismus war von Anfang an der Lebenssaft der REP. Ausländerpolitik und eine lautstarke Protesthaltung gegen das „politische Establishment" bestimmten das Auftreten der Partei in der Öffentlichkeit.

Unter ihrem ersten Vorsitzenden erlebten „Die Republikaner" von 1985 bis Mitte der neunziger Jahre mehrere Erfolge bei Landtags- und Kommunalwahlen. Der damalige Parteivorsitzende gab unter dem Eindruck dieser Erfolge die Parole einer „strikten Abgrenzung vom extremrechten „Narrensaum" vor, die auf dem Parteitag von Ruhstorf im Juli 1990 von der Partei beschlossen wurde. Aber bereits 1994 setzte er sich über diesen Beschluss hinweg und unternahm den Versuch eines Wahlbündnisses mit der DVU.

Auf dem Bundesparteitag der REP im fränkischen Veitshöchheim am 27. und 28. November 2004 wurden die Ruhstorfer Beschlüsse durch eine Formulierung abgelöst, die noch eindeutiger eine Loslösung vom rechtsextremistischen „Narrensaum" festlegt. Der Resolution zufolge „lehnen die Republikaner eine „rechte Volksfront" ebenso wie eine Zusammenarbeit (...) mit solchen Parteien kategorisch ab, die unseren Staat oder die freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigen wollen" (www.rep-nrw.de/kv/oe/fr/gemeindenolpe.htm). Dass allerdings der bisherige Parteivorsitzende „Dr. Rolf Schlierer" in Veitshöchheim mit nur 58 Prozent der Delegiertenstimmen in seinem Amt bestätigt wurde, zeigt, dass die von ihm vertretene Linie der Absonderung der REP insbesondere von der NPD umstritten ist. Sein Gegenkandidat, der sich für eine Zusammenarbeit mit der NPD ausgesprochen hatte, kam immerhin auf knapp 40 Prozent der Delegiertenstimmen.

Der Versuch, am 1. November 2004 zusammen mit der „Deutschen Partei" (DP) und der „Deutschen Sozialen Union" (DSU) ein alternatives Wahlbündnis zur DVU-NPD-Volksfront ins Leben zu rufen, scheiterte schon wenige Tage später an unterschiedlichen Auslegungen des Abkommens, das als „Frankfurter Erklärung" bekannt wurde.

In Brandenburg haben „Die Republikaner" zur Zeit 50 Mitglieder. Die geringe personelle Präsenz ist der Grund dafür, dass sie nicht an der Landtagswahl teilnehmen. Im Jahre 1994 zählten die REP als mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in der Mark 600 Mitglieder. Seitdem ist ihr Bestand im Land erheblich geschmolzen und pendelte sich Ende der 90er Jahre noch einmal um etwa 350 Personen ein.

Bei den Europawahlen 2004 kamen die REP in Brandenburg auf 1,3 Prozent der Stimmen und lagen damit nur knapp hinter der NPD, die auf 1,8 Prozent kam.

Rechtsextremistische Kleinstparteien

In Brandenburg beteiligten sich noch rechtsextremistische Kleinstparteien an den Europawahlen 2004: die „Deutsche Partei" (DP) und „Ab jetzt. Bündnis für Deutschland".

Die Sammelbewegung „Deutsche Partei" wurde 1993 gegründet und warb, wie schon vorher die „Deutsche Liga für Volk und Heimat" (DLVH) um enttäuschte Aktivisten der größeren rechtsextremistischen Parteien. Sie verstand sich als „Wiederbelebung" der nationalliberalen „Deutschen Partei" der Kaiserzeit. Bei den Wahlen zum Europaparlament 2004 erhielt die Partei, die durch Einzelpersonen in Brandenburg vertreten ist, 1.823 Stimmen (0,3 Prozent).

Schließlich ist das in Siegen (Nordrhein-Westfalen) 1997 gegründete „Ab jetzt. Bündnis für Deutschland" zu erwähnen, das mit seinem dreiDutzend Mitgliedern überwiegend im Rhein-Sieg-Kreis auftritt. Allgegenwärtig in der Argumentation der Partei ist ihre Ausländerfeindlichkeit. Bei den Wahlen zum Europaparlament 2004 gaben 3.875 (0,7 Prozent) Brandenburger ihre Stimme dem Bündnis, obgleich es organisatorisch im Land nicht vertreten ist.

Vereine und Gesprächskreise

„Deutsches Kolleg"

Das „Deutsche Kolleg"(DK)wurde 1994 als Nachfolgeorganisation des Berliner Lesekreises der Wochenzeitung „Junge Freiheit"gegründet. Es hat sich zur Aufgaben gemacht, die „nationale Intelligenz" zu schulen und somit eine geistige Elite heranzubilden. Der ehemalige NPD-Anwalt Horst Mahler trat dem „Deutschen Kolleg"bei und machte es zu seinem Sprachrohr. Weitere führende Mitglieder neben Mahler sind Reinhold Oberlercher aus Hamburg und Uwe Meenen aus Würzburg. Mehrmals im Jahr veranstaltet das DK Schulungen zu Themen wie „Das ABC der politischen Begriffe", „Reichsverfassungsentwurf" oder „Zehn Ziele des Nationalen Lagers".

Das DK versteht sich als „Verbindung reichstreuer Deutscher", die „durch Theorien, Schulungen, Programme, Erklärungen und Wortergreifungen [ihren] Beitrag zur Wiederherstellung der vollen Handlungsfähigkeit des Deutschen Volkes als Deutsches Reich"leisten. Mahler begreift das Kolleg sogar als „Denkorgan des Deutschen Reiches"und fordert „alle Deutschen, die es noch sein wollen" auf,

> „jetzt den Allgemeinen Volksaufstand (...) zu wagen, die schreckliche „die kaiserlose Zeit zu beenden und die bisherigen deutschen Freiheitskämpfe durch einen endgültigen Sieg zu krönen."
>
> (www.deutsches-kolleg.org/erklaerungen/17juni.htm)

Zentral für das DK und insbesondere für Horst Mahler war auch im Jahr 2004 der Kampf gegen den § 130 StGB. Im dritten Absatz dieses Volksverhetzungsparagraphen ist eine Haftstrafe für diejenigen vorgesehen, die den unter dem Nationalsozialismus begangenen Völkermord in einer Weise leugnen, „die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören". Dieser Paragraph wird von Horst Mahler als „klassischer Fall eines gesetzlichen Unrechts" verstanden, der der „Wehrlosmachung des Deutschen Volkes gegen das schwere Kriegsverbrechen der fremdvölkischen Zivilokkupation seines Restlandes" diene (www.deutsches-kolleg.org/erklärungen/schauprozess.htm).

Die Strategie Mahlers sieht vor, dass die Mitglieder des DK zunächst Straftaten nach § 130 StGB begehen, damit sie dann das Gericht als Büh-

ne missbrauchen können, um den Holocaust öffentlich zu leugnen und diesen Standpunkt medienwirksam zu vertreten. Nachdem sich das Jahr 2003 dadurch auszeichnete, dass Angehörige des DK mit volksverhetzenden Äußerungen auf sich aufmerksam machten, war das Jahr 2004 fast ausschließlich der gerichtlichen Prüfung dieser Straftaten gewidmet. Zur moralischen und finanziellen Unterstützung der Prozessierenden regte Mahler im November 2003 die Gründung des „Vereins zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust verfolgten" (VRBHV). Der Verein steht mit der ebenfalls von ihm geführten „Reichsbürgerbewegung" (RBB) in engem Kontakt.

Mahler gibt seit Anfang 2004 die RBB-Schrift „Reichsbürgerbrief – Organ des Allgemeinen Volksaufstandes der Deutschen" heraus. Die Publikation ist antisemitisch. So werden z. B. Bibelzitate und Zitate jüdischer Persönlichkeiten willkürlich aus dem Zusammenhang gerissen und aneinander gereiht, damit beim Leser der Eindruck erweckt wird, dass „die Feindschaft der Völker gegen die Juden (...) in den Juden selbst ihren Grund" haben muss (RBB 3/2004, S. 7).

Aufgrund der Vielzahl anhängiger Verfahren wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Staates verbot das Amtsgericht Tiergarten (Berlin) Mahler vorläufig die Ausübung seines Berufes als Rechtsanwalt.

In der rechtsextremistischen Szene haben diese Aktionen Mahlers ein bemerkenswertes Echo gefunden. Davon konnte zwar bislang das DK hinsichtlich der Mitgliederzahlt nicht profitieren, Horst Mahler hat jedoch persönlich an Zustimmung hinzugewinnen können. Besonders markantes Zeichen für die neu gewonnene Solidarität im rechtsextremistischen Lager ist ein Sommerfest, das am 11. September im Garten Mahlers stattfand und an dem sich auch Vertreter des „Märkischen Heimatschutzes" und der freien Kameradschaften beteiligten. Insgesamt waren ca. 100 Personen anwesend. Zweck des Treffens war es, Präsenz gegenüber einer „Antifa"-Demonstration zu zeigen, die am selben Tag stattfand. Die Demonstration richtete sich gegen den „Antisemiten ... Rassisten ... Holocaust-Leugner" Mahler.

Am 12. Januar 2005 wurde Mahler vom Landgericht Berlin wegen Volksverhetzung zu einer neunmonatigen Haftstrafe ohne Bewährung verurteilt.

Linksextremismus

LINKSEXTREMISMUS

Linksextremisten sehen im freiheitlichen Rechtsstaat ein „imperialistisches, rassistisches und faschistisches System", das es zu beseitigen gilt. Daher streben Linksextremisten die revolutionäre Umwälzung der deutschen Gesellschaftsordnung an. Je nach ideologisch-politischer Orientierung – revolutionär-marxistisch oder anarchistisch – wollen sie ein sozialistisches/kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie Gesellschaft" (Anarchie) etablieren. Kernstück eines sozialistischen/kommunistischen Systems ist die „Diktatur des Proletariats". Diese Diktatur verstößt gegen mehrere Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie Gewaltenteilung, Parteienpluralismus, Mehrheitsentscheidungen, Recht auf Opposition und Meinungsfreiheit. Das anarchistische Ideal der „Herrschaftsfreiheit" verletzt die freiheitliche demokratische Grundordnung, wenn es durch Gewaltanwendung gegen Andersdenkende durchgesetzt werden soll.

Im linksextremistischen Spektrum lassen sich im Wesentlichen zwei Personengruppen ausmachen:

- unorganisierte Autonome
- Mitglieder linksextremistischer Parteien und Vereinigungen.

Diese Unterscheidung wird gelegentlich dadurch verwischt, dass Autonome – eigentlich im Widerspruch zu ihrem Selbstverständnis – Organisationen bilden und auf kommunistische oder anarchistische Theorie-Elemente und Symbole zurückgreifen.

Linksextremisten verstehen es, sich als Vertreter einer aufklärerischen, radikaldemokratischen Bewegung darzustellen. Im Vordergrund steht der so genannte „antifaschistische Kampf" gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten. Im Verständnis von Linksextremisten bedeutet „Antifaschismus" nicht nur, gegen rechtsextremistische Personen, Institutionen und Tendenzen vorzugehen, sondern die vermeintlichen Ursachen des „Faschismus" in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und den staatlichen Institutionen der bürgerlichen Demokratie zu bekämpfen und schließlich zu beseitigen. Linksextremisten vertreten einen gegenüber dem landläufigen Verständnis stark ausgeweiteten Faschismusbegriff. „Antifaschismus" im linksextremistischen Sinne legitimiert auch den Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Neben dem Aktionen gegen „Rechts“ kämpfen die Linksextremisten auch gegen vermeintlich rassistische Denk- und Verhaltensmuster in Staat und Gesellschaft, gegen soziale Ungleichheit und Ungerechtigkeit, gegen die Globalisierung, die friedliche Nutzung der Atomenergie und die praktische Anwendung der Gentechnik. Dabei handelt es sich um Anliegen, die auch von demokratischen Protestbewegungen geteilt werden. Linksextremisten machen sich diese berechtigten Anliegen zu eigen, um damit letztlich die Abschaffung der freiheitlich demokratischen Grundordnung zu betreiben. Dabei schrecken sie vor Gewaltanwendung nicht zurück. Bei Sabotageakten auf den Bahnverkehr, bei tätlichen Angriffen auf „Rechte“, bei Schlägereien mit der Polizei werden schwere Körperverletzungen und Todesfälle billigend in Kauf genommen. Die Aktionen der extremistischen Linken verraten, dass sie nichts von Demokratie und Freiheitsrechten halten.

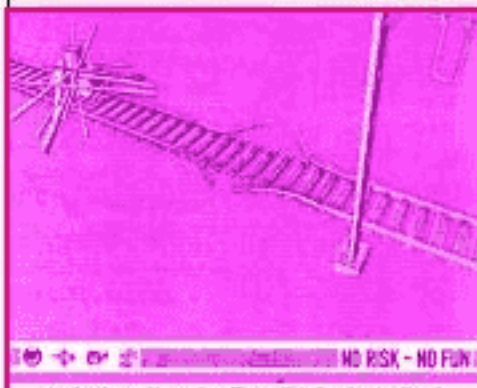
Autonome

Ideologisch stehen die Autonomen den Anarchisten näher als den revolutionären Marxisten. Das Feindbild der Anarchisten ist der Staat, sie streben größere Freiheit des Einzelnen an. Die Autonomen stellen eine deutsche Besonderheit dar. Sie unterscheiden sich von den europäischen Anarchisten vor allem durch höhere Gewaltbereitschaft und eine ausgeprägte Abneigung gegen Organisationen. Sie bedienen sich je nach Bedarf aus dem Fundus anarchistischer Ideen. Autonome erheben den Anspruch, frei, unmittelbar und autonom politische Praxis betreiben zu können.

Durch das Bekenntnis zur Gewalt unterscheiden sich Autonome von allen anderen Gruppierungen, die „Herrschaftsfreiheit“ anstreben und „alternative Lebensformen“ der verschiedensten Art praktizieren. Gewalt gilt ihnen als legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung. Zu den militanten Aktionsformen gehören Brand- und Sprengstoffanschläge, gewalttätige Anti-AKW-Aktionen und Demonstrationen, bei denen Steine und andere Wurfgeschosse eingesetzt werden. Autonome nehmen bei Demonstrationen bewusst in Kauf, dass Polizisten, friedliche Demonstranten oder Passanten verletzt werden. Eine ähnliche Gleichgültigkeit kennzeichnet den Einsatz von Hakenkrallen gegen Oberleitungen der Deutschen Bahn AG als Protest gegen Atommülltransporte. Manche autonome Kleingruppen agieren an der Schwelle zum Terrorismus.

Mit dem politischen Anspruch, gegen das „System“ und für eine „herrschaftsfreie“ Gesellschaft einzutreten, grenzen sich Autonome von unpolitischen gewaltbereiten oder rein erlebnisorientierten Jugendlichen, die mitunter die „politische Praxis“ der Autonomen randalierend begleiten, ab. Die Grenze zwischen den Autonomen und ihren unpolitischen Mitläufern ist fließend, das macht es mitunter sehr schwer, die zu erwartenden Teilnehmer an Aktionen der Autonomen abzuschätzen (vgl. dazu die Ereignisse in Potsdam am 30. Oktober 2004, S. 92f.).

Autonome versuchen, junge Leute, die sich in Bürgerinitiativen und nicht extremistischen Vereinen gegen Rechtsextremismus engagieren wollen, für ihre Antifa-Arbeit im linksextremistischen Sinne zu gewinnen. Auf diese Weise missbrauchen Linksextremisten das Engagement von Jugendlichen gegen Rechtsextremismus und Gewalt.



Aufruf zu Gewalt: Ohne Risiko kein Spaß

Bündnisse, zumal anlassbezogen und im Vorfeld von Demonstrationen geschlossen, dienen Autonomen häufig als Plattform für Gewalttaten. Absprachen zu friedlichem Verhalten ignorieren sie, sobald dies zweckmäßig erscheint. Neben kurzlebigen Bündnissen erstreben manche linksextremistische Gruppen auch die dauerhafte Mitwirkung in Organisationen, die zwar die freiheitliche demokratische Grundordnung nicht von vornherein ablehnen, aber in ihrer politischen Strategie beeinflussbar scheinen. Der Grad der tatsächlichen linksextremistischen Einflussnahme unterscheidet sich von Fall zu Fall.

Autonome formieren sich zumeist losen und oftmals kurzlebigen Kleingruppen auf örtlicher Ebene. Die Ausbildung fest gefügter Organisationen und Hierarchien scheitert nicht nur an der hohen personellen Fluktuation, sondern auch am ideologischen Anspruch der Autonomen, keine Autorität anzuerkennen. Daher führen interne Meinungsverschiedenheiten oft zur Spaltung von autonomen Gruppierungen. Autonome betreiben Szene-Lokale, besetzen Häuser oder gründen Wohnprojekte, um die Besetzung auf diese Weise zu legalisieren. Die Hochburgen der Autonomen liegen in städtischen Ballungszentren.

Aktuelle Tendenzen

Nach wie vor gehen zahlreiche militante Aktionen von den Kreisen linker Demokratiefeinde aus. Innerhalb des linksextremistischen Spektrums ist die Gewaltbereitschaft unter den Autonomen am stärksten ausgeprägt. Ihre Zahl wird bundesweit auf etwa 5.500. Personen geschätzt, in Brandenburg geht der Verfassungsschutz momentan von ca. 330 Personen aus.

Autonome Gruppierungen gibt es vor allem in den Städten: Potsdam, Neuruppin, Oranienburg und Frankfurt (Oder). Bekannte Gruppierungen sind zum Beispiel „Progress [antifacist youth] Potsdam", die „Antifaschistische Aktion Potsdam" (AAPO), die „Jugend Antifa Belzig" (jab), die „Autonome Antifa Frankfurt (Oder)" (aaffo) und die „Antifaschistische Gruppe Oranienburg" (A.G.O.).

In der ersten Hälfte 2004 setzt sich der schon vergangenes Jahr beobachtbare Trend fort, das Thema „Soziale Gerechtigkeit" in den Vordergrund der Aktivitäten zu rücken, so dass das klassische Thema Antifaschismus zeitweilig auf den zweiten Platz fällt. Autonome beteiligen sich an den so genannten Montagsdemonstrationen gegen die beabsichtigte Umsetzung der Hartz IV-Reformen auf dem Arbeitsmarkt. Sie schließen sich dem bürgerlichen Protest an, um die Bewegung in ihrem Interesse zu politisieren und das Gewaltmonopol des Staates in Frage zu stellen.

Diese Entwicklung kann auch als Reaktion auf eine gewisse Passivität und eine geringe Mobilisierungsfähigkeit der Autonomen verstanden werden. In den vergangenen Jahren war es ruhig geworden um die gewaltbereite linke Szene. Angesichts der vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kampf gegen den Rechtsextremismus taugte der „Antifaschismus" nicht mehr so recht, um sich zu profilieren und andere zu mobilisieren. Infolgedessen nahmen sich die Autonomen anderer Themen wie Irak, Irak-Krieg, Rassismus und staatliche Überwachung an. Teile der Autonomen hofften, mit dem Thema „Sozialabbau" ein gesamtgesellschaftliches Anliegen gefunden zu haben, dass sowohl genügend linkes Mobilisierungs- und Protestpotential in sich birgt als auch den Anschluss an die politische Kultur der Gesamtgesellschaft erlaubt, wodurch man sich wieder ins Gespräch bringen konnte. Inzwischen ist jedoch schon wieder eine Ernüchterung eingekehrt, weil die erhoffte Massenbasis für Proteste bislang ausgeblieben ist.

Entgegen dem bundesweiten Trend wurde in Brandenburg die antifaschistische Stoßrichtung der Autonomen zu keiner Zeit von sozialpolitischen

Zielen verdrängt. Die Landtagswahlen am 19. September 2004 führten in Sachsen zu starken Zuwächsen der NPD und ermöglichten in Brandenburg den Wiedereinzug einer um einen Sitz verstärkten DVU in den Landtag. Diese Ergebnisse konnten Autonomen nur die Richtigkeit ihrer Überzeugungen bestätigen. Wenige Wochen nach den Wahlen wurde Potsdam zum Schauplatz gewalttätiger Auseinandersetzungen zwischen linksextremistischen Demonstranten und der Polizei, als diese eine direkte Konfrontation zwischen Rechts- und Linksextremisten verhindern wollte.



Potsdam, 30. Oktober 2004

Bei den Autonomen besteht ein Widerspruch zwischen Theorie und Praxis. Es ist nicht leicht, Politik mit Unorganisiertheit zu verbinden. In dieser Hinsicht stehen sich die Autonomen mit ihrer Abneigung gegen Fremdbestimmung selbst im Wege. Die vorhandenen autonomen Strukturen werden zudem geschwächt durch eine unterschiedliche Bewertung des Palästina-Konfliktes und daraus resultierenden Differenzierungs- und Spaltungstendenzen zwischen so genannten Antideutschen und Antiimperialisten. Aus diesem Grunde gaben sie das 1993 gegründete Vernetzungsprojekt „Bundesweite Antifa-Treffen" (B.A.T.) im November 2002 auf. Solche ideologischen Zerwürfnisse begrenzen die Mitgliederzahlen autonomer Organisationen.

In Brandenburg ist ein Anstieg im Bereich der „antideutsch" ausgerichteten autonomen Gruppen zu verzeichnen. Gruppierungen des antideutschen Spektrums in Brandenburg sind die „Antifaschistische Aktion Potsdam", „progress [antifascist youth] Potsdam" und die „Autonome Antifa Frankfurt (Oder)". Bei den so genannten Antideutschen handelt es sich um eine Unterströmung der Autonomen, die verstärkt seit dem 11. Sep-

tember 2001 entschlossen Partei ergreift für den Staat Israel und für den US-amerikanischen „Krieg gegen den Terror". Die Antideutschen begründen ihre Position, indem sie den islamistischen Jihad mit dem Holocaust gleichsetzen. Dem Koran wird eine ähnliche Rolle zugewiesen wie „Mein Kampf". „Deutsch" wird von ihnen nicht als Bezeichnung einer bestimmten Nationalität verstanden, sondern kennzeichnet eine Gesinnung, die sich auch bei anderen Völkern finden lässt, augenblicklich vor allem bei den Palästinensern. „Deutsch" sei ein „selbstmörderischer Krisenlösungsreflex", der gesellschaftliche Probleme mit Hilfe von Feindbildern auf Sündenböcke projiziert, vornehmlich Juden oder Amerikaner, und so einer Scheinlösung zuführt.

Als die Wanderausstellung „Verbrechen der Wehrmacht" Ende Januar 2004 wieder ihren Ausgangsort Hamburg erreichte, mobilisierte die linksextremistische Szene für die Teilnahme an Antifa-Aktionen als Reaktion auf den zu erwartenden Protest der Rechtsextremisten. Zu den Erstunterstützern dieses Aufrufs zählten auch die „JungdemokratInnen / Junge Linke" (JD/JL) aus Brandenburg. Am 31. Januar 2004 standen sich in Hamburg rechte und linke Demonstranten gegenüber. Sie wurden von der Polizei auseinandergehalten. Bald darauf musste die Polizei jedoch einschreiten, als sich eine gewalttätige Auseinandersetzung innerhalb des linken Flügels abzeichnete. Eine Gruppe von ca. 50 mit Flaggen Israels und der USA ausgestattete Antideutsche hatten offensichtlich versucht, sich an die Spitze des Zuges der Autonomen zu setzen und waren dabei auf den Widerstand insbesondere des antiimperialistischen Flügels gestoßen. Dies ist ein Beispiel, wie ein Richtungsstreit unter den Autonomen in aller Öffentlichkeit handgreiflich ausgetragen werden.

In letzter Zeit hat die Einsicht in die eigene Schwäche gerade angesichts eines nach den Landtagswahlen erstarkten politischen Gegners bei Antideutschen und traditionellen Autonomen eine partielle Zusammenarbeit im Bereich „Antifa" gefördert. Ein Beispiel hierfür war die Demonstration am 30. Oktober 2004 in Potsdam (siehe S. 92 f.).

Die „militante gruppe" (mg), die bundesweit durch zahlreiche gewalttätige Aktionen hat von sich reden machen, ist anders als 2003 in Brandenburg nicht in Erscheinung getreten, dafür aber mehrfach in Berlin. Die mg hat die Gewaltdebatte in linksextremistischen Kreisen wieder zurück auf die Tagesordnung gebracht. Es überrascht nicht, dass die mg das Inkrafttreten der neuen Sozialgesetzgebung am 1. Januar 2005 zum Anlass für einen neuen Anschlag nahm. Der Brandanschlag am 10. Januar 2005 auf einen „Lidl"-Markt in Berlin darf der mg zugeschrieben werden.

Kampagnen und Diskussionsthemen

„Antifaschismus“

In den ersten Monaten des Jahres 2004 wurden in Frankfurt (Oder) gezielt Anschläge gegen Zeitungsläden verübt, in denen rechtsextremistische Presseerzeugnisse wie z. B. die „Deutsche National-Zeitung“ verkauft werden. Am 25. Januar 2004 warfen unbekannte Täter im Zentrum Frankfurts die Schaufensterscheiben mit Pflastersteinen ein. Am Tatort wurde ein Zettel mit der Aufschrift: „Enough is enough! Kein Verkauf von faschistischer und rassistischer Scheiß Propaganda!“ zurückgelassen. Ein ähnlicher Vorfall ereignete sich bereits am 13. Januar 2004. Am 22. Februar 2004 fand sich an der Hauswand eines Betreibers von zwei Zeitschriftenläden die Aufschrift: „Stoppt Nazipresse“. Mit dieser Kampagne ist ein altbekanntes Aktionsmuster der Antifa-Szene wieder aufgegriffen worden. Bereits im August 2002 hatten über die Website Inforiot „Antifas aus FF/O“ zu einem Treffen der „Kampagne gegen den Verkauf von rechtsextremistischen und militaristischen Zeitungen und Zeitschriften in Frankfurt (Oder)“ eingeladen.



Aufruf zur „Antifaschistischen Aktionswoche“

In Potsdam agieren Gruppierungen, die dem antideutschen Spektrum zuzurechnen sind. Im Rahmen der „Antifaschistischen Aktionswochen", die vom 24. Januar bis 7. Februar 2004 dauerten, beteiligten sich die „Antifaschistische Aktion Potsdam" (AAPO) und „Progress [antifacist youth] Potsdam" am bundesweiten Aufruf der Gruppe „Freitag der 13te" zu einer Kundgebung in Dresden. Die Demonstration richtete sich gegen die offizielle Gedenkveranstaltung anlässlich des Jahrestages der alliierten Luftangriffe auf Dresden und stand unter dem Motto „Den deutschen Opfermythos im Visier – Gegen jeden Geschichtsrevisionismus". Am 13. Februar 2004 kam es unter den ca. 450 Teilnehmern zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Angehörigen der links- und rechtsextremistischen Szene, wobei fünf Personen verletzt wurden.

Bei der Bekämpfung des „Faschismus" nimmt die Gewaltbereitschaft ebenso zu wie die Personalisierung. Bekannte Personen werden von Linksextremisten öffentlich angeprangert und durch gezielte Aktionen bedroht. In den letzten Monaten des Jahres konnten zum Beispiel in Potsdam Fahndungsplakate oder -wurfzettel festgestellt werden, auf denen Neonazis mit Name und Photo zu sehen waren. In verschiedenen Demonstrationsaufrufen wurden Personen benannt, die freien Kameradschaften zugerechnet wurden. Sie werden für den Tod eines Jugendlichen verantwortlich gemacht, der bei einem Überfall im März 2003 ums Leben gekommen war und den Linksextremisten zu den ihren zählen. Die Strategie der öffentlichen Anprangerung haben die Linksextremisten von der rechtsextremistischen Anti-Antifa übernommen. Auf der Homepage www.aan741.com des „Anti-Antifa-Network, Sektion Potsdam West", war Anfang des Jahres ein „Personen Index" mit Namen und Lichtbildern von Personen, die von Rechtsextremisten als „links" angesehen werden.

Ins Visier der Linksextremisten geriet auch der Innenminister. Am 11. September 2004 fand eine Doppeldemonstration in Kleinmachnow (Landkreis Potsdam-Mittelmark) und Groß Gaglow (Cottbus-Süd) statt. Ein Bündnis, bestehend aus „AK Antifa Potsdam", „JungdemokratInnen/Junge Linke" Brandenburg, „Jugend Antifa Belzig", „Autonome Antifa Frankfurt (Oder)" und der „Initiative gegen Antisemitismus Berlin-Brandenburg" warb mit ihrem Aufruf unter dem Motto „Wenn die Antifa 3x klingelt ... Wir machen auch Hausbesuche" insbesondere zur Teilnahme an der gegen Horst Mahler gerichteten Demonstration in Kleinmachnow.

Innenminister Schönbohm war insofern betroffen, als dass es in diesem Aufruf – und in ähnlicher Form bei der „Autonomen Antifa Nordost" (AANO) – wörtlich heißt:

> „Da auch Innenminister Schönbohm in Kleinmachnow wohnt, wird seine Verantwortlichkeit für die Verstrickungen des brandenburgischen Verfassungsschutzes mit der extremen Rechten sowie die Zustände in der Abschiebehaftanstalt Eisenhüttenstadt, Hausdurchsuchungen bei Rathenower Linken oder auch die von ihm forcierte Tendenz zum Überwachungsstaat via Videoüberwachung auf der Demonstration ebenso aufgegriffen."

Die treibende Kraft dieses „Antifa-double-feature", die dem antideutschen Spektrum zuzurechnende AANO aus Berlin, führte in ihrem Aufruf Kleinmachnow betreffend aus:

> „Er, der Horst, hält sich für einen ‚Reichsbürger des Deutschen Reiches', der nicht der Zuständigkeit der deutschen Justiz unterstellt ist, und befürchtet tagtäglich in seinem Wahn, dass ‚die ethnische Durchmischung des Deutschen Volkes' zum ‚Völkermord' an diesem ach so edlen Volk führen könnte ... ."
>
> (linkeseite vom 30. August 2004)

In Groß Gaglow wollten die Demonstranten ihre Unterstützung für Rückübertragungsverfahren zugunsten ehemaligen jüdischen Eigentums bekunden. An der Demonstration in Groß Gaglow sollen sich ca. 90 Personen beteiligt haben. In Kleinmachnow waren es über 100 Personen. Der Versuch von ca. 40 Anhängern Horst Mahlers (siehe S. 80 f.) in den Demonstrationszug einzudringen, wurde durch die Polizei verhindert. Ein weiteres Mal bestätigte sich in Kleinmachnow, dass Aufzüge, die ausschließlich von antideutschen Linken organisiert werden, nur einen geringen Mobilisierungseffekt auf die traditionell ausgerichtete Antifa haben.

Potsdam wurde am letzten Samstag des Oktober 2004 zum Schauplatz von Krawallen zwischen linksextremistischen Demonstranten und der Polizei. Der Hamburger Neonazi Christian Worch hatte für den 30. Oktober zu einem Aufmarsch „Gegen Hetze und Terror von Links" aufgerufen und ein paar Hundert „Kameraden" aus Brandenburg („Märkischer Heimatschutz", „Kameradschaft Rathenow", „Kameradschaft Oder-Spree"), aus Berlin („Kameradschaft Tor") und Sachsen-Anhalt („Kameradschaft Gardelegen") mobilisiert. Die Landeshauptstadt, unterstützt von Parteien, Gewerkschaften und Vereinen, rief daraufhin zu einer friedlichen Gegendemonstration auf. Schon in den Morgenstunden reiste eine Gruppe von Demonstranten aus dem autonomen Spektrum an, die entschlossen war, den behördlich erlaubten Neonazi-Marsch durch die Stadt mit allen Mit-

teln zu verhindern, obwohl sie sich damit nach § 21 Versammlungsgesetz strafbar machten. Den Autonomen, die hauptsächlich aus Berlin und Brandenburg kamen, schlossen sich immer mehr jugendliche Randalierer an, so dass der Zug von etwa 350 Rechtsextremisten um die Mittagszeit auf eine gewaltbereite linksextremistische Gegendemonstration stieß, die inzwischen auf 1.000 Personen angewachsen war. Die Polizeikräfte, die eingriffen, um Auseinandersetzungen zwischen den Demonstranten zu verhindern, wurden mit Steinen und Flaschen beworfen, Zäune und Betonständer einer nahen Baustelle zu Barrikaden umgebaut, Müllcontainer gingen in Flammen auf, Parkbänke und Werbeträger wurden auf die Fahrbahn gekippt und Blumenkübel als Wurfgeschosse verwendet. In mehreren Geschäften gingen Fensterscheiben zu Bruch. Am Ende stand eine Bilanz von 18 verletzten Polizeibeamten und 19 vorläufig festgenommenen Personen.



Potsdam, 30.Oktober 2004

Mehrere Faktoren kamen zusammen, die in Potsdam zu einer solchen Eskalation der Gewalt führten. Offenbar war das Potential jugendlicher Krawallsucher, wie z. B. Punks und andere Angehörige gewaltbereiter jugendlicher Subkulturen, an diesem Tag in Potsdam besonders groß. Das unerwartet starke Auftreten wirkte wiederum auf das Verhalten der Demonstranten zurück, indem es viele bereit sein ließ, Gewalt anzuwenden. Es gibt ein Mobilisierungspotential erlebnisorientierter Jugendlicher im Umfeld der Autonomen, das bei Demonstrationen eine erhebliche Rolle spielt. In Potsdam war der Anteil dieses Personenkreises besonders groß.

Vorgewarnt durch die Ereignisse in Potsdam, konnte die Polizei zwei Wochen später am 13. November 2004 für einen friedlichen Verlauf des so genannten „Heldengedenktages" der Neonazis in Halbe sorgen. Allerdings blieb die Zahl der Gegendemonstranten dort, nicht zuletzt auch wegen breiter polizeilicher Hinweise im Vorfeld (Gefährderansprachen, Kooperationsgespräche) weit hinter den ursprünglichen Erwartungen zurück.

„Antirassismus"

Autonome beteiligen sich oft unfriedlich an antirassistischen Kampagnen und Protesten gegen die Asylpolitik, insbesondere gegen Abschiebungen. Am 24. Mai 2004 betraten 25 „Antirassisten", zumeist Mitglieder der „JungdemokratInnen/Junge Linke" (JD/JL) Brandenburg, unerlaubt die Räume des Ministeriums des Innern und verteilten Transparente, Handzettel und Plakate mit der Aufschrift „Beruhigungszelle abschaffen – Abschiebeknast auflösen". Die Demonstranten waren teilweise mit Hanfseilen gefesselt, womit sie auf die von ihnen unterstellte Behandlung von Abschiebehäftlingen in der Zentralen Aufnahmestelle Eisenhüttenstadt aufmerksam machen wollten.

In Frankfurt (Oder) wurden am 2. Juli 2004 die Scheiben eines Rewe-Verbrauchermarktes eingeschlagen und die Wände mit Parolen beschmiert wie „REWE = LTU – ABSCHIEBUNG = MORD" und „WIDERSTAND AN JEDE ORT!" *(Schreibweise wie im Original)*. Auf der Website indymedia.org fand sich dazu folgende Erklärung:

> „Eine Tochterfirma von REWE ist die LTU, welche immer wieder Massenabschiebungen von Flüchtlingen durchführt. Die LTU verdient sehr gut bei dieser menschenverachtenden Praxis."
>
> (www.indymedia.org)

Die von antirassistischen Gruppierungen und Initiativen – auch aus dem gewaltbereiten linksextremistischen Spektrum – initiierte „Anti-Lager-Action-Tour" vom 21. August bis 5. September 2004 verlief weitgehend störungsfrei und unspektakulär. Die „Anti-Lager-Action-Tour" ist als Nachfolgeprojekt der „Antirassistischen Grenzcamps" anzusehen, von denen 2002 und 2003 jeweils mehrere organisiert worden waren. Kontroverse Diskussionen in den letzten Jahren über die inhaltliche Gestaltung hatten die Grenzcampbewegung gespalten. Aus Teilen der bisherigen Unterstüt-

zergruppen von Grenzcamps bildete sich ein neues bundesweites Bündnis, in dem vor allem gewaltbereite Linksextremisten, aber auch zunehmend Gruppen und Organisationen von in Deutschland lebenden Ausländern mitwirkten. Sie beschlossen im Frühjahr, anstelle eines festen Grenzcamps eine 17-tägige „Anti-Lager-Action-Tour" durchzuführen. Ziel der Tour sollte sein, auf den „Skandal Lager" aufmerksam zu machen, denn:

> „Lager bedeutet den systematischen Mißbrauch von Fremden durch die Repression des Staates, um Flüchtlinge und Migrantinnen und ihre Bewegungsfreiheit gegen ihren Willen einzuschränken."

Die Aktion fand im Rahmen der Kampagne „kein mensch ist illegal" statt. Vorgesehen war der Besuch von Ausreisezentren, Asylbewerberheimen und „Abschiebegefängnissen" in ganz Deutschlands zwischen dem 20. August und dem 5. September 2004.

Am 2. September 2004 demonstrierten Personen aus dem linken Spektrum zusammen mit einzelnen Asylbewerbern vor dem Sitz der Ausländerbehörde in Cottbus. Am 4. September 2004 fand ein Aktionstag in Frankfurt (Oder) statt. Vom 2. bis 5. September 2004 hielt sich die Tour in Eisenhüttenstadt auf. Dort richteten sich die Proteste vor allem gegen die Zentrale Erstaufnahmeeinrichtung und den „Abschiebeknast" des Landes Brandenburg, die sich auf einem ehemaligen Kasernengelände befinden.



Den Stellungnahmen aus der autonomen Szene konnte man Enttäuschung und Unzufriedenheit über den Verlauf der Tour entnehmen.

Die Tour wurde nicht als Ersatz für die früheren Grenzcamps angesehen. Die geringen Teilnehmerzahlen selbst bei einer bundesweit durchgeführten und geplanten Veranstaltung sind ein deutliches Indiz dafür, dass das Thema Antirassismus in dieser Form kaum interessiert. Am 9. Dezember 2004 erklärten die verbliebenen Vertreter der Grenzcampbewegung deren Auflösung. Damit ist jedoch noch nichts gesagt über die Zukunft der „Anti-Lager-Action-Tour".

Aktionen gegen Gentechnik:

Im Gegensatz zu nichtextremistischen Bürgerinitiativen gegen Gentechnik verfolgen Linksextremisten mit ihrer Agitation weitergehende Ziele. Sie streben auch auf diesem Feld die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an:

> „Technologien wie die Gentechnologie entstehen weder im leeren sozialen Raum noch sind sie wertneutral. Sie sind eingebettet in HERRschaftsverhältnisse und müssen mit ihnen bekämpft werden."
> (INTERIM Nr. 554 vom 18. Juli 2002)

Mit bundesweit sechs Vorfällen bei Freisetzungsversuchen gentechnisch modifizierter Pflanzen haben die Widerstandsaktionen auf diesem Gebiet deutlich zugenommen (2002: 2; 2003: 1):

- In Golm wurde am 22. Juni 2004 ein Versuchsfeld des „Max-Planck-Instituts für Molekulare Pflanzenphysiologie" mit gentechnisch veränderten Kartoffelpflanzen zerstört.
- Am 26. Juni 2004 beteiligten sich ca. 25 Personen an einem illegalen „Ernteeinsatz" auf dem Bayer-Versuchsfeld in Berge (Landkreis Prignitz). Aufgrund von Absperrungen und Polizeischutz konnten sie nur wenige Kartoffelpflanzen heraus reißen.
- Zwischen dem 27. Juni und dem 2. Juli 2004 mähten unbekannte Täter ein Versuchsfeld der Potsdamer Firma „Solavista GmbH" in Wittingen-Teschendorf (Niedersachsen) ab, auf dem ebenfalls gentechnisch modifizierte Kartoffeln angebaut waren.

Das linksextremistisch beeinflusste „Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche" (BAgG) erklärte in Bezug auf die in Potsdam ansässige Firma, „die ‚diskussionsfreudigen und an der Öffentlichkeit' interessierten Firmen scheuten leider die Öffentlichkeit, wenn es darum gehe, Angaben zu machen, wo ihre Felder liegen". Im August 2004 war dieselbe Firma betroffen, als eines ihrer Versuchsfelder in Rastede-Lehmden (Niedersachsen) zerstört wurde.



„Antimilitarismus“

Im Zentrum der antimilitaristischen Kampagnen stand 2004 die weitere Nutzung eines früheren sowjetischen Truppenübungsgeländes in der Ruppiner Heide. Der Bundesminister der Verteidigung will dort einen Übungsplatz der Luftwaffe einrichten. Vom 28. bis 31. Mai 2004 führten die „Naturfreundejugend Berlin“ in Kooperation mit den „JungdemokratInnen/Junge Linke“ (JD/JL) Brandenburg unterstützt von der „Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär“ (KgWZM) Berlin sowie dem Jugendclub „Mittendrin“ aus Neuruppin ein „antimilitaristisches Pfingstcamp“ in Rägelin bei Neuruppin (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) durch. Dazu erging folgender Aufruf:

> „... das Bombodrom zwischen dem brandenburgischen Neuruppin und Wittstock ist ein Glied in dieser Kriegsmaschinerie: Dann muss die Bundeswehr vielleicht nicht länger auf nordamerikanischem Gebiet üben, sondern hat seine eigene kleine Kriegsspielwiese, auf der das Töten trainiert werden kann. ... Die aktuelle Debatte [über den Einsatz der Bundeswehr im Innern] ebnet jedoch nicht nur den Weg hin zur ständigen militärischen Kontrolle an Bahnhöfen, auf Plätzen oder Universitäten, sondern lässt auch den Einsatz von Soldaten gegen DemonstrantInnen in greifbare Nähe rükken.“

Während der Dauer des Pfingstcamps („Campodrom“) kam es zu mehreren Sachbeschädigungen, unter anderem wurde das Kriegsgräberdenkmal in Rägelin mit roter und weißer Farbe beschmiert.

Ein „Bündnis gegen das Bundeswehr-Gelöbnis in Berlin“ rief für den 20. Juli 2004 zur Störung des öffentlichen Gelöbnisses im Bendlerblock auf. Das Motto des Aufrufs lautete: „Deutschland abschwören – Europa einheizen! Radikal gegen Militarisierung und Krieg“ GelöbNIX 8: Wir kommen, um zu stören!“. Zu den Störaktion wurde erklärt:

> „Wie in den Vorjahren veranstaltet das SPD-geführte Kriegsministerium an diesem Tag im Bendlerblock, dem Hinrichtungsort einiger Verschwörer des 20. Juli, ein Rekrutengelöbnis. .... Dass die Gruppe um Stauffenberg bis dahin die Ermordung der europäischen Juden und die Expansion des Deutschen Reiches unterstützte, wird dabei bewusst ignoriert ... .“

Zum Protest aufgerufen hatten in Berlin ansässige Antifa-Gruppen und andere linksextremistische Formationen sowie die JD/JL Berlin. Brandenburg war durch die „AK Antifa Potsdam" vertreten.

An den Protestaktionen beteiligten sich etwa 550 Personen, darunter auch Nichtextremisten. Im Gegensatz zum vergangenen Jahr kam es tatsächlich zu einer erheblichen Störung der Feierlichkeiten. Während einer Zwischenkundgebung im Rahmen des Demonstrationszuges wurden Flaschen gegen Polizeibeamte geworfen. Mit Trillerpfeifen und Pressluftfanfaren versuchten Teilnehmer das Gelöbnis von außen akustisch zu beeinträchtigen. Später liefen zwei Personen aus dem Bereich der Pressetribüne über den Paradeplatz und riefen „Gelobt wird gar nichts" und „Bundeswehr abschaffen".

Protestaktionen gegen Hartz IV

Spätsommer und Herbst des Jahres 2004 waren bundesweit geprägt von bürgerlichen Demonstrationen gegen das Gesetz zur Arbeitsmarkt- und Sozialhilfereform der Bundesregierung (Hartz IV). Autonome wollen bei dieser Thematik deutlich machen, dass das Problem des Sozialabbaus nur mit einer Umwälzung des Gesellschaftssystems gelöst werden kann und nicht durch schrittweise Veränderungen am System („Reformismus").





Für Rechts- wie für Linksextremisten bot das Thema „Sozialabbau", ähnlich wie die Demonstrationen gegen den Irak-Krieg im Jahr 2003, die Möglichkeit, Anschluss an den gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu finden und auf diese Weise der politischen Ghettoisierung zu entgehen:

> „Innerhalb einer solchen inhaltlichen Auseinandersetzung bestünde die Möglichkeit, diese individuellen Akte nicht als Kurzschlusshandlungen ‚verwirrter Desperados' abzutun, sondern als Symptome der sozialen Eskalation zu werten."
>
> („Anschlagserklärung" der mg, 24. September 2004 in der Berliner Tageszeitung „B.Z.")

Rechtsextremisten beteiligten sich auch an den Demonstrationen gegen die Hartz IV-Gesetze. Auf vielen Montagsdemonstrationen – so genannt in Anlehnung an die Montagsdemonstrationen 1989/90 – marschierten Rechtsextremisten und Linksextremisten ebenfalls mit. Oft konnten durch das rechtzeitige Einschreiten der Polizei Zusammenstöße verhindert werden.

In Bernau wurde am 6. September 2004 eine Montagsdemonstration abgebrochen, als der Veranstalter feststellte, dass Rechtsextremisten den überwiegenden Teil der Demonstranten bildeten. Die Rechtsextremisten führten dann eine eigene Demonstration durch. Laut „www.inforiot.de" scheiterten Versuche der Linksextremisten, den rechten Aufmarsch zu stören an der geringen Teilnahme von „Antifas".

Gewaltbereite Linksextremisten wie die „militante gruppe" (mg) verübten im Vorfeld der großen Demonstration am 2. Oktober 2004 koordinierte Brandanschläge auf das Sozialamt Tempelhof-Schöneberg und das Bezirksamt Reinickendorf. Anders als die Rechtsextremisten hat die mg in dieser Erklärung einen engen Zusammenhang zwischen dem Widerstand gegen die Sozialgesetze und dem antirassistischen Kampf hergestellt. So erklärt sich auch der Anschlag auf das Bezirksamt Reinickendorf, das nichts mit der Durchführung der Sozialreformen zu tun hat, wohl aber mit der Betreuung von Asylbewerbern:

> „An MigrantInnen lassen sich jene sozialrechtlichen Einschnitte und verwaltungstechnischen Repressalien ausmachen, die dann in dosierter Form auf andere Bevölkerungsgruppen übertragen werden. MigrantInnen sind die erste Experimentiermasse, an der sich die sozialtechnokratischen Planer austoben können."

Soweit die Jungdemokraten/Junge Linke e.V. im vorstehenden Kapitel auf Seiten 89, 91, 94, 97 f. genannt wurden, dient dies dem Verständnis von Zusammenhängen in Bezug auf die Arbeit extremistischer Gruppen. Eine Bewertung der Jungdemokraten/Junge Linke e.V. als extremistisch erfolgt durch diese Nennung nicht.

Organisationen

„Deutsche Kommunistische Partei“

Gründungsjahr:	1968
Sitz:	Essen
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend“ (SDAJ)
Studentenorganisation:	„Assoziation Marxistischer StudentInnen“ (AMS)
Mitglieder bundesweit:	4.500
Brandenburg:	ca. 130
für Brandenburg relevante überregionale und regionale Publikationen:	„Unsere Zeit“, „Roter Brandenburger“ (DKP-Bezirkszeitung Brandenburg), „Trotz alledem!“ (Zeitung der DKP Potsdam-Umland)
Internetadresse:	www.dkp.de

Die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) vertritt die „traditionskommunistische“ Richtung des Linksextremismus. 1968 von Funktionären der 1956 verbotenen „Kommunistischen Partei Deutschlands“ (KPD) gegründet, fungierte sie bis zum Fall der Mauer 1989 als Instrument der SED-Politik im Westen. Als danach die Unterstützung durch die DDR fortfiel, brach die DKP finanziell, organisatorisch und personell stark ein. Insbesondere junge und aktive Mitglieder verließen die Partei. Davon und vom Glaubwürdigkeitsdefizit wegen ihrer engen Anbindung an die SED hat sich die DKP bis heute nicht erholt.

Als theoretische Grundlage ihres Wirkens betrachtet die DKP die „wissenschaftliche“ Weltanschauung von Marx, Engels und Lenin, wie sie für das Staatsverständnis der DDR konstitutiv war. Sie versteht sich als „systemoppositionelle Partei“, die auf einen „revolutionären Bruch“ mit dem Kapitalismus hinarbeitet.

Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland 1990 versuchte die DKP in den neuen Bundesländern Fuß zu fassen. Wie in anderen ostdeutschen Bundesländern gelang ihr das in Brandenburg nur an wenigen Orten. Die größten und aktivsten Ortsgruppen sind in Frankfurt (Oder), Potsdam, Bernau und Cottbus. Aber auch hier hat die Partei mit dem grundsätzlichen Problem der Überalterung zu kämpfen. Unter den 20-40-Jährigen gibt es starke Rekrutierungsprobleme. An Kulturveranstaltungen oder Themenabenden nehmen jüngere Leute zwar durchaus teil, doch offenbar gelingt es nur selten, sie für eine dauerhafte Mitarbeit zu gewinnen. Wo die Partei öffentlich in Erscheinung tritt, ist sie von älteren Menschen geprägt.

Im Internet sind der Landesverband Brandenburg (www.dkpbrandenburg.de) sowie die Ortsgruppen Potsdam (www.potsdam.dkpbrandenburg.de) und Schwedt-Uckermark (www.uckermark.dkpbrandenburg.de) präsent. Die Seiten werden regelmäßig aktualisiert. Teile der DKP sind aktive Mitglieder des „Anti-Hartz-Komitees".

Die DKP wird bundesweit geschwächt von dogmatischen Auseinandersetzungen um den künftigen Kurs. Deshalb konnte man sich bis heute nicht auf ein neues Parteiprogramm einigen. Ob auf dem 17. Parteitag, der vom 12. bis 13. Februar 2005 in Duisburg stattfinden soll, das bis heute gültige Programm aus dem Jahre 1978 abgelöst wird, ist sehr zu bezweifeln. Bei den innerparteilichen Diskussionen geht es im Wesentlichen um die Frage, welche Lehren aus dem Zusammenbruch des Ostblocks zu ziehen sind. Einerseits sieht man die Notwendigkeit zur Weiterentwicklung der marxistisch-leninistischen Theorie, andererseits will man möglichst wenige Grundpositionen aufgeben. Die jüngeren Mitglieder fordern beispielsweise, das Konzept der „Diktatur des Proletariats" einer Revision zu unterziehen. Sie halten eine Formulierung wie „Macht der Arbeiterklasse" für zeitgemäßer. Für konservativere Mitglieder ist ein Festhalten an der Idee der Diktatur unverzichtbar. Manches deutet darauf hin, dass der Brandenburger Landesverband der DKP linkskonservativer ist als die Bundespartei. Die Brandenburger DKP scheint daher auch weniger Bedenken gegen strategische Allianzen mit der stalinistischen KPD und der maoistischen MLPD oder auch der Kommunistischen Plattform der PDS zu haben, während dies vom Bundesvorstand der DKP grundsätzlich abgelehnt wird.

Erstmals seit acht Jahren hat sich die DKP entschlossen, wieder an den Europawahlen (13. Juni 2004) teilzunehmen, diesmal sogar mit einer eigenen Liste. Damit wollte sie „einen politischen Beitrag zur Veränderung des



Die DKP in Brandenburg zur Landtagswahl und zur Europawahl

Kräfteverhältnisses in der Gesellschaft leisten". Die DKP erreichte in Brandenburg zwar nur 1.625 (0,3 %) Stimmen, wurde damit aber stärkste linksextremistische Partei im Land. Bei den Brandenburger Landtagswahlen am 19. September 2004 konnte sie sich mit 2.084 Stimmen (0,2 %) weiter verbessern. Wichtiger als die erreichten Prozentzahlen war das überraschend positive Echo, auf das die Partei schon beim Sammeln der Unterstützerunterschriften im Lande gestoßen war. Die Erfolge sind sicherlich auf die gute Verankerung der Partei im kommunalen Bereich zurückzuführen. Etwa zehn Ortsgruppen (sog. Grundorganisationen) sind auf lokaler Ebene politisch aktiv. Hier sind insbesondere die Ortsgruppe Bernau, Frankfurt (Oder), Strausberg und Cottbus zu nennen, die durch ihre Zusammenarbeit mit ortsansässigen Antifa-Gruppen auch unter jüngeren Leuten Anklang finden.

„Kommunistische Partei Deutschlands“

Gründungsjahr:	1990
Sitz:	Berlin
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Kommunistischer Jugendverband Deutschlands“ (KJVD)
Mitglieder bundesweit:	200
Brandenburg:	15
für Brandenburg relevante überregionale Publikationen:	„Die Rote Fahne“, „Trotz alledem“
Internetadresse:	www.kommunistische-partei-deutschlands.de

Die stalinistische „Kommunistische Partei Deutschlands“ (KPD) wurde im Januar 1990 von ehemaligen SED-Mitgliedern in Berlin „wiedergegründet“. Sie wird auch als KPD/Ost bezeichnet; damit unterscheidet man sie von der ebenfalls als KPD auftretenden Kleinstgruppe in Westdeutschland, die aus der ehemaligen „Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten)“ hervorgegangen ist.

Die KPD knüpft an die 1918 gegründete KPD an, deren Erbe sie in der Tradition von Liebknecht, Thälmann und Pieck pflegt. In den 1994 beschlossenen „Grundsätzen und Zielen“ bekennt sich die Partei ohne Einschränkung zu den Lehren von Marx, Engels und Lenin. Sie erhebt den Anspruch, in ihrer Programmatik die Reinheit und Einheit des Marxismus-Leninismus zu bewahren. Ihr Ziel ist die Überwindung des Kapitalismus auf „revolutionär-demokratischem“ Weg.

Bald nach ihrer Gründung hatte die KPD annähernd 5.000 Personen vereint. Seither ist der Mitgliederbestand auf einen Bruchteil davon zusammengeschrumpft.

Auf dem 23. Parteitag am 29. März 2003 in Strausberg (Landkreis Märkisch-Oderland) wurde mit Werner Schleese ein Brandenburger zum Parteivorsitzenden gewählt. Am 17. April 2004 fand in Berlin die Europäische Konferenz fortschrittlicher, revolutionärer und kommunistischer Parteien statt, auf der Schleese als Vorsitzender der KPD auftrat.

Organisatorisch ist die KPD derzeit mit der „Landesorganisation Brandenburg" in Frankfurt (Oder), der „Regionalorganisation Barnim/Märkisch-Oderland" mit Sitz in Werneuchen (Landkreis Barnim) und der „Regionalorganisation Frankfurt/Oder" vertreten. Die ehemals bestehende Ortsgruppe Potsdam scheint nicht mehr zu existieren.

Die auf dem Parteitag der KPD beschlossenen Erklärungen und Resolutionen lassen keine Änderung der ideologischen Ausrichtung erkennen. Die Partei hält weiterhin als marxistisch-leninistische Partei an der revolutionären Programmatik fest und glorifiziert die Lebensverhältnisse und das politische System der ehemaligen DDR.



Plakat der Organisation zum Aufbau der Kommunistischen Partei in Deutschland

Um ihrem Ziel, der Einheit aller kommunistischen Kräfte in Deutschland, näher zu kommen, versucht die KPD weiterhin, gute Kontakte insbesondere zur DKP, aber auch zur „Kommunistischen Plattform" (KPF) der PDS zu pflegen. Eine engere, über punktuelle Gemeinsamkeiten hinausgehende Zusammenarbeit scheitert an ideologischen Differenzen. Die DKP wirft der KPD einen unkritischen Umgang mit Josef Stalin vor, den die KPD trotz seiner Verbrechen als Helden des Sozialismus verehrt.

Der im April 2002 wiedergegründete „Kommunistische Jugendverband Deutschlands" (KJVD) ist in Brandenburg nicht erkennbar präsent. Neben dem monatlich erscheinenden Zentralorgan „Der Jungkommunist" wird seit Anfang Februar ein so genanntes „Online-Journal" als Jugendzeitung des KJVD im Internet angeboten. Es erscheint in der Regel wöchentlich und umfasst meist zwei Seiten.

An den Landtagswahlen in Brandenburg hat sich die KPD nicht beteiligt.

„Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“

Gründungsjahr:	1982
Sitz:	Gelsenkirchen
in Brandenburg aktiv seit:	1990
Jugendorganisation:	„Rebell“
Kinderorganisation:	„Rotfüchse“
Frauenorganisation:	„Courage“
Mitglieder bundesweit:	2.000
Brandenburg:	25
für Brandenburg relevante überregionale Publikation:	„Rote Fahne“
Internetadresse:	www.mlpd.de



Die „Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands“ (MLPD) ist 1982 aus dem 1972 gegründeten „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands“ (KABD) hervorgegangen. Sie bekennt sich zu den Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Zedong. Die MLPD versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse. Sie will mit einem revolutionären Bruch die Diktatur des Monopolkapitals durch die Diktatur des Proletariats ersetzen. Damit werde der Weg zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft gebahnt. Wegen ihrer maoistischen Positionen ist die MLPD innerhalb des linksextremistischen Spektrums weitestgehend isoliert und entwickelt sich hin zu einer Weltanschauungssekte. Bündnisfähig wird die MLPD nur, wenn sie über Tarn- und Nebenorganisationen auftritt.

Ein Landesverband Brandenburg der MLPD existiert nicht. Die wenigen Mitglieder von „Rebell“, „Rotfüchse“ und „Courage“ treten öffentlich nicht in Erscheinung. Die Vorfeldorganisation „Solidarität International“ (SI) ist weder mit Kontaktadressen noch mit Ortsgruppen vertreten.

In Brandenburg war die Partei bis vor kurzem kaum wahrnehmbar. Das hat sich etwas geändert durch die aktive Teilnahme der MLPD an den Montagsdemonstrationen gegen Hartz IV. Die MLPD war zum Teil Mitinitiator der Kundgebungen. Ihr starkes Engagement brachte ihr einen geringen Mitgliederzuwachs. Andererseits bietet die Planung der Proteste den Linksextremisten unterschiedlicher Ausrichtung reichlich Gelegenheit, ihre Zerstrittenheit untereinander vor der Öffentlichkeit zu demonstrieren.

Trotzkisten

„Linksruck"

Trotzkisten berufen sich auf den russischen Revolutionär Leo Trotzki. Für sie ist der Kommunismus in der Sowjetunion daran gescheitert, dass Trotzkis Konzept der „permanenten Revolution" zugunsten der Idee Stalins vom „Sozialismus in einem Lande" verworfen wurde. Hätte man stattdessen die Russische Revolution zu einer Weltrevolution ausgeweitet, so argumentieren sie, wäre der Kapitalismus auch besiegt worden. Da Trotzkisten auch untereinander in vielen Fragen uneins sind, ist für ihre Organisationen die Tendenz zu Abspaltungen, Fraktionierungen oder Umbenennungen kennzeichnend. Entsprechend gering ist ihr politischer Einfluss. Die trotzkistischen Gruppen und Parteien stehen wegen dieser grundlegenden Differenzen abseits von den übrigen kommunistischen Parteien.

Mit dem Trotzkismus verbinden auch andere linksextremistische Bewegungen die Methode des Entrismus. Damit wird der Versuch bezeichnet, andere – auch demokratische – Organisationen oder Bewegungen zu unterwandern und von innen heraus Einfluss auf deren politische Entscheidungen zu nehmen.

Im trotzkistischen Spektrum ist „Linksruck" (LR) die Gruppierung mit der höchsten Aktions- und Mobilisierungskraft. Die Organisation verfügt bundesweit über 400 und in Brandenburg über zehn Mitglieder. Sie hat ihren Sitz in Berlin und vertreibt die gleichnamige Zeitung sowie die Zeitschrift „argumente". Sie setzt nicht nur auf Aktionen, sondern engagiert sich auch intensiv in breit angelegten Kampagnen und Demonstrationen. „Linksruck" ist in zehn deutschen Großstädten vertreten und gehört als deutsche Sektion dem internationalen Dachverband „International Socialist Tendency" (IST) in London an. Viele Mitglieder der deutschen Sektion treten nach außen wahlweise unter dem Namen ihrer Organisation oder als Mitglieder der „AG Globalisierung und Krieg" des Netzwerkes ATTAC in Deutschland auf.

Wie in jedem Jahr wurden auch 2004 die Rosa-Luxemburg-Tage (28. bis 31. Mai) von „Linksruck" organisiert und durchgeführt.

Für „Linksruck" hat die Festlegung des diesjährigen Arbeitsschwerpunktes auf Protest gegen Sozialabbau in diesem Jahr zu einem auffälligen Sympathiezuwachs geführt, der aus einer breitgefächerten Unzufriedenheit über den politischen Kurs der etablierten sozialistischen Parteien

resultiert. „Linksruck“ befindet sich, vor allem bedingt durch Hartz IV und die damit verbundenen Protestaktionen bundesweit im Aufwind. Mit Flyern („Schröder stürzen“ oder „Schröder muss weg“) macht „Linksruck“ auf sich, seine Zeitung und seine Kampagnen aufmerksam und versucht, neue Mitglieder und Sympathisanten zu rekrutieren.

Vor diesem Hintergrund haben sich auch die Entrismusbemühungen verstärkt, mit denen „Linksruck“ zur Zeit versucht, seine Anhängerschaft geschlossen auf eine aktive Mitwirkung an der „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) einzuschwören. Am 3. Juli 2004 hatten sich bundesweit zwei Initiativen, „Wahlalternative“ und „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ zu dem Verein „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ zusammengeschlossen , der sich möglicherweise in eine Partei umwandeln wird, um bei der nächsten Bundestagswahl anzutreten. „Linksruck“ fordert seine Mitglieder auf, sich intensiv am Aufbau der WASG zu beteiligen. Die Mitarbeit in der WASG sei ebenso wichtig wie das Engagement bei ATTAC.

„Rote Hilfe e. V.“

Gründungsjahr:	1975
Sitz:	Kiel
in Brandenburg aktiv seit:	1993
Mitglieder bundesweit:	4.600
Brandenburg:	130
für Brandenburg relevante überregionale und regionale Publikationen:	„Die Rote Hilfe“, „newsletter“
Internetadresse:	www.rote-hilfe.de



Die „Rote Hilfe“ (RH) versteht sich als „eine parteiunabhängige, strömungsübergreifende Schutz- und Solidaritätsorganisation“. Sie „geht dabei von dem Gedanken aus, dass es für die Linke im Kampf gegen die staatliche Repression notwendig ist, über alle Partei- und Organisationsgrenzen und über ideologische Differenzen hinweg, sich zu solidarisieren und zu organisieren“. Deshalb vermittelt sie linksextremistischen Straftätern „linke“ Anwälte und unterstützt sie finanziell.

Die „Rote Hilfe" finanziert sich über Mitgliedsbeiträge, über den Verkauf der Zeitung „Rote Hilfe", Broschüren und Bücher sowie Spenden, die zum Teil auf Solidaritätsveranstaltungen eingesammelt werden.

In ihrer Quartalszeitschrift berichtet sie über diverse einschlägige Prozesse. Beiträge der RH erscheinen regelmäßig auch im „Angehörigen Info", einer Monatsschrift, die von Angehörigen inhaftierter RAF-Terroristen herausgegeben wird.

Während die RH in früheren Jahren eher von Angehörigen des orthodoxen kommunistischen Spektrums dominiert wurde, hat sie sich nun auch im autonomen Milieu verankert.

In Brandenburg besteht die „Rote Hilfe" überwiegend aus Autonomen. Ortsgruppen gibt es in Potsdam und Strausberg (Landkreis Märkisch-Oderland), Kontaktadressen in Rathenow (Landkreis Havelland) und Frankfurt (Oder). Besonders aktiv ist die Ortsgruppe Potsdam, die sich auch an bundesweiten Aktionen der RH beteiligt. Regelmäßig werden Versammlungen abgehalten. Über die Aktivitäten des Vereins berichtet ein periodisch erscheinender Mitglieder-Rundbrief.



Faltblatt der „Roten Hilfe"

Die „Rote Hilfe" ist im linksextremistischen Bereich ein Pendant zur HNG (siehe S. 61). Sie ist bei der Auswahl und Finanzierung von Anwälten behilflich, beteiligt sich an den Prozesskosten und unterstützt bei der Prozessvorbereitung. Die Organisation zahlt sogar einen Teil der Strafe, wenn ein Mitglied der Szene zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Die persönliche Betreuung setzt sich nach dem Prozess in der Haft fort. Die Schaffung von Öffentlichkeit für den individuellen Fall und die moralische Unterstützung im Kreis Gleichgesinnter vermag Inhaftierte in der Auffassung zu bestärken, dass sie Opfer einer politischen Justiz geworden seien. Auf diese Weise trägt die Organisation zum Verbleib der von ihnen betreuten Häftlinge in der Szene bei, Haft und Resozialisation sind dagegen oft wirkungslos.

Neben anderen Gruppen, auch nichtextremistischen, unterstützte die Ortsgruppe Potsdam der „Roten Hilfe" die von der „Antifa Finsterwalde" organisierte antifaschistische Demonstration am 14. August 2004 in Finsterwalde, an der etwa 220 Personen teilnahmen.

Anarchistische Organisationen

Traditionell anarchistisch ausgerichtete Gruppierungen führen in Brandenburg ein Schattendasein. Diesem Spektrum werden etwa 20 Personen zugerechnet.



Die „Freie Arbeiterinnen und Arbeiter Union - Internationale Arbeiter Assoziation“ (FAU-IAA) hat in Brandenburg nur wenige Mitglieder. Die „Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen“ (FÖGA) ist mit Kontaktadressen in Cottbus, Potsdam, Eberswalde und Bernau vertreten.

Über öffentliche Auftritte von Personen oder Gruppen aus dem anarchistischen Bereich wird selten etwas bekannt. Vom 27. Juli bis 8. August 2004 fand bei Erkner ein „Anarchistisches Sommercamp 2004“ statt. Die jährlich durchgeführten Treffen eröffnen die Möglichkeit der Bestandsaufnahme anarchistischen Handelns sowie des Gedankenaustausches in einem größeren Kreis.

An der „Anti-Lager-Action-Tour“ am 1. September 2004 in Berlin waren u. a. auch Vertreter der Anarchisten (FAU-IAA, Graswurzelbewegung) beteiligt.

Islamismus

Islamismus

Der Begriff Islamismus muss gegenüber Islam, aber auch gegenüber Terrorismus scharf abgegrenzt werden. Der Islam ist eine im 7. Jh. entstandene, dem Christentum und Judentum eng verwandte Weltreligion, der momentan etwa eine Milliarde Gläubige anhängen. Islamismus ist dagegen eine totalitäre Ideologie unserer Zeit, in der die Religion als Waffe im politischen Kampf instrumentalisiert wird. Islamisten geben vor, für die „Wiederherstellung" eines islamischen Staates nach dem Vorbild der von Mohammed geführten Urgemeinde in Medina zu kämpfen, in dem Recht (Scharia) und Ordnung auf dem Koran und der mündlichen Überlieferung des Propheten (Hadithen) beruhen. Dieser Staat soll kein Nationalstaat, sondern ein alle Muslime der Welt (Umma) vereinigender Universalstaat sein. Eine Teilgruppe der Islamisten betrachtet die Wiedererrichtung des 1924 abgeschafften Kalifats als Grundbedingung für einen alle Muslime umfassenden Staat.

Islamisten sind keine Demokraten. Die angeblich gottgewollte Ordnung, die in Wirklichkeit die von den Islamisten gewollte Ordnung ist, sieht weder Mehrheitsentscheidungen noch Meinungsstreit noch Parteienpluralismus vor. Auch kann es in einem solchen islamischen Staat zwischen Muslimen und Nicht-Muslimen, Frauen und Männern keine Gleichberechtigung geben.

Die große Mehrheit der in Deutschland lebenden Islamisten sucht ihre Ziele auf friedlichem Wege und unter Beachtung der Gesetze zu erreichen (legalistische Islamisten). Bei ihnen handelt es sich vorwiegend um Türken, die auf die Abschaffung der weltlichen Staatsordnung (Laizismus) in der Türkei hinwirken. Daher dürfen Islamisten nicht mit Terroristen gleichgesetzt werden.

Jihadistische Islamisten dagegen glauben sich legitimiert, eine „islamische Ordnung" mit Gewalt durchzusetzen. Seit dem Terroranschlag auf das World Trade Center in New York am 11. September 2001 stellen gewaltbereite Islamisten überall auf der Welt die stärkste Bedrohung der inneren Sicherheit dar. Die zum bewaffneten Kampf entschlossenen Islamisten, die sich als Mujahedin („Glaubenskämpfer") verstehen, deuten die im Koran enthaltene Aufforderung zum Jihad als Verpflichtung zum bewaffneten Kampf gegen alle, die nach ihrem rigiden Verständnis des Islam „Ungläubige" sind. Das betrifft nicht nur Christen und Juden, sondern auch Muslime, die keinen Gegensatz zwischen dem Islam und den allgemeinen Menschenrechten sehen.

Das Wort Jihad hat die Grundbedeutung „Anstrengung“ oder „Kampf“. Einer Überlieferung des Propheten Mohammed (Hadith) zufolge soll zwischen dem großen und kleinen Jihad unterschieden werden. Der große Jihad ist der Kampf gegen böse Gedanken im eigenen Herzen und das angestrengte Bemühen um eine tugendhafte Lebensführung. Er ist allen Gläubigen jeden Tag aufgegeben. Für den kleinen Jihad, das ist die kriegerische Ausbreitung des Islam, sind wiederum Schutzvorschriften einzuhalten, die der Eindämmung der Gewalt dienen. So sind Frauen, Kinder, Alte und Kranke grundsätzlich zu verschonen, und die Angehörigen der Schriftreligionen (Juden und Christen) dürfen nicht zum Übertritt zum Islam gezwungen werden. Diese muslimischen Traditionen haben die Islamisten über Bord geworfen. Ihren Bombenattentaten fallen mehr und mehr Muslime zum Opfer. Jihadistische Islamisten rechtfertigen „Selbstmordattentate“, verleihen den Tätern den Ehrentitel „Märtyrer“ („Glaubenszeuge“) und verheißen ihnen nach ihrem Tod den sofortigen Eingang ins Paradies.

Nicht alle in Deutschland lebenden Mitglieder jihadistischer Organisationen planen Anschläge innerhalb Deutschlands. HAMAS, FIS, „Hizb Allah“ und andere nutzen Deutschland zur logistischen und finanziellen Unterstützung des bewaffneten Kampfes in ihren Heimatländern.

Jihadistische Islamisten

Der islamistische Terror erreicht Europa

Am 11. März 2004 starben 191 Menschen und etwa 1.500 Personen wurden verletzt, als in vier Vorortzügen der spanischen Hauptstadt Madrid zehn Rucksackbomben explodierten. Wenige Tage später bekannte sich ein „Militärsprecher der Unterstützer von Al-Qa’ida in Europa“ zu der Tat. In der Erklärung wurden die Sprengstoffanschläge „als Antwort insbesondere für die spanische Unterstützung im Irak und in Afghanistan“ gerechtfertigt.

Dies war der größte Terroranschlag in Europa seit dem Lockerby-Attentat von 1983. Ein ähnliches Inferno kann sich auch in Deutschland abspielen. Die Entscheidung der Bundesregierung, keine eigenen Truppen in den Irak zu entsenden, schützt Deutschland nicht vor Terroristen. Als am 22. Mai 2004 der deutsche Mitarbeiter einer saudischen Airline auf offener Straße erschossen wurde, hieß es dazu im Internet-Magazin „Mu’askar al-Battar“ („Ausbildungslager al-Battar“), der Mord sei ge-

rechtfertigt, weil Deutschland zur „internationalen Allianz gegen den Islam gehöre". Im Fall des Madrid-Anschlags führten Spuren nach Deutschland. Am 25. März 2004 durchsuchte die Polizei die Darmstädter Wohnung eines Tatverdächtigen aus Marokko, den die spanischen Ermittlungsbehörden kurz zuvor festgenommen hatten. Sogar der mutmaßliche Chefideologe der Terroristen, Rabei Osman El Sayed Ahmed, hatte zwischen 1999 und 2001 seinen Wohnsitz im Saarland. Er wurde am 8. Juni 2004 verhaftet, weil er am Telefon damit geprahlt hatte, der Anschlag in Madrid sei seine Idee gewesen. In einem anderen Telefongespräch hatte er erklärt:

> „Wir müssen überall sein. In Deutschland, in den Niederlanden, in London. Mit unserer Präsenz sind wir dabei, Europa zu beherrschen."

Schon heute lässt sich sagen, dass die tragischen Ereignisse in Madrid einen Einschnitt in der Geschichte des islamistischen Terrors darstellen, und dies nicht nur, weil damit erstmalig ein islamistischer Terroranschlag erfolgreich in Europa durchgeführt wurde (wenn man von den Anschlägen im europäischen Teil der Stadt Istanbul im November 2003 absieht).



Der Terroranschlag in Madrid forderte 191 Tote und etwa 1.500 Verletzte

Die Anschläge bilden den Auftakt zu einer fortschreitenden Politisierung des Terrors. Sie hatten sich wenige Tage vor den spanischen Parlamentswahlen ereignet, deren Ausgang wesentlich von der innenpolitischen Debatte über die Irak-Politik des konservativen Ministerpräsidenten Aznar bestimmt wurde.

Die Unterstützung der US-amerikanischen Intervention durch die amtierende Regierung war in der spanischen Bevölkerung schon lange umstritten. Am 18. April 2004 kündigte der neue spanische Ministerpräsident Zapatero den Abzug des spanischen Kontingents an. Darauf folgten die Absagen der unter spanischer Führung stehenden Truppen der Dominikanischen Republik und Honduras. Die Islamisten feierten dies als politischen Erfolg und riefen zur Nachahmung des Madrider Beispiels auf. In dem Anfang April bekannt gewordenen neuen Strategiepapier „The Targets Inside Cities" werden Ziele in Europa benannt. Der Verfasser, Abdul Aziz al-Moqrin, ist der frühere „Al-Qa'ida"-Chef in Saudi Arabien. Er wurde wenige Wochen später von saudischen Sicherheitskräften getötet. Al-Moqrin fordert dazu auf, „unter Vernachlässigung aller geographischen Grenzen" die „Länder der Gotteslästerer in Kriegszonen zu verwandeln." Gleichzeitig ließ Usama bin Laden am 15. April 2004 über den Sender „Al-Arabiya" eine so genannte „Versöhnungsinitiative" veröffentlichen, in der die Anschläge von Madrid als Reaktion auf die Taten der europäischen Politiker und als Mittel zur Herstellung der Gerechtigkeit dargestellt wurden. Wenn die Europäer sich verpflichteten, nicht mehr gegen Muslime vorzugehen, werde „Al-Qa'ida" im Gegenzug auf Anschläge in Europa verzichten. Die Versöhnung werde beginnen, wenn der letzte Soldat aus „unserem Land" abgezogen ist. Dieses Friedensangebot gelte für drei Monate.

Bin Ladens Botschaft ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Charakteristisch für die vergangenen Verlautbarungen war ein Weltbild, das auf der simplen Aufteilung in Freunde und Feinde („Juden", „Kreuzritter") beruhte. Welche Feinde gemeint waren, wurde mit Hilfe von Länderlisten spezifiziert, in denen regelmäßig die USA, Israel und Großbritannien an erster Stelle standen. Ihnen folgten weitere „Feindstaaten", z.B. Polen, Italien, Spanien, Japan, Australien, Norwegen usw. Im November 2002 befand sich auch Deutschland auf dieser Liste. Ein Unterschied zwischen Regierung und Bevölkerung wurde dabei nie gemacht, geschweige denn dass man an die „Ungläubigen" appelliert hätte. Aufrufe richteten sich an Muslime, zum Beispiel an die Bevölkerung des Irak, gegen die „Kreuzzügler" Widerstand zu leisten. Am 18. Oktober 2003

hatte Usama bin Laden noch erklärt: „Demokratie ist eine überkommene Religion der vor-islamischen Zeit". Nach dem 11. März 2004 hat „Al-Qa'ida" das unter dem Terror leidende Wahlvolk als potentiellen Verbündeten ausgemacht. Deswegen sind die Islamisten noch lange keine Demokraten. Sie versuchen vielmehr, die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln zu bekämpfen. Grundsätzlich hat sich an der Verachtung für diese Staatsform nichts geändert, wie sich am Aufruf bin Ladens zum Boykott der Wahlen im Irak belegen lässt. Laut Tonbandbotschaft vom 28. Dezember 2004 gilt jeder, der an den Wahlen am 30. Januar 2005 teilnimmt, als Ungläubiger.

Vier Tage vor den Präsidentschaftswahlen in den USA unternahm bin Laden den Versuch, mit Hilfe einer Videobotschaft die Wahlentscheidung der Amerikaner zu beeinflussen. In der von „Al-Jazira" am 29. Oktober 2004 ausgestrahlten Sendung bekennt sich bin Laden erstmalig zu den Anschlägen auf das „World Trade Center" in New York. Er habe die Flugzeugattentate geplant und befohlen. Sie seien aus seiner Sicht ein Erfolg gewesen. Gleichzeitig gibt sich der Terrorist wie ein Staatsmann bei einer Fernsehansprache. Bin Laden trägt das Gewand eines muslimischen Geistlichen oder Gelehrten, das in früheren Videobotschaften an der Wand lehnende Sturmgewehr AK 47 fehlt.

Zu den Wahlen sagt er:

> „Eure Sicherheit liegt nicht in den Händen von Bush, Kerry oder Al-Qa'ida, sondern in Euren eigenen Händen."

Der Islamismus entpuppt sich immer stärker als das, was er von jeher war, nämlich eine mindestens ebenso politische wie religiöse Bewegung. Die religiöse Rhetorik ist unverzichtbar, um den Terror im Irak in den Dienst des internationalen Jihad stellen und auf diese Weise religiös überhöhen zu können. Andererseits werden die Ziele „Al-Qa'idas" durch die Formulierung konkreter politischer Forderungen (Truppenabzug und Verzicht auf demokratische Wahlen im Irak) säkularer und konkreter fassbar. Es geht nicht mehr nur um vage religiöse Fernziele wie die Errichtung eines grenzüberschreitenden Gottesstaates für alle Muslime, sondern um klar umrissene politische Interessen in einem bestimmten Land, in diesem Falle im Irak. Auf diese Weise erreicht man nicht nur die religiös eingestellten, sondern auch die politisch interessierten Teile der Bevölkerung. Gleichzeitig gelingt es der Organisation immer mehr, den regionalen Konflikt im Irak für ihre Zwecke zu vereinnahmen.

Am 17. Oktober 2004 hatte der jordanische Terrorist Abu Mussab al-Zarqawi in einer Ansprache bin Laden die Treue geschworen und die Umbenennung seiner Organisation in „Al-Qa'ida al-Jihad im Zweistromland" angekündigt (bislang „Al-Tawhid wa-l-Jihad"/"Einheit und Jihad"). Als Reaktion auf Zarqawis Ergebenheitsadresse folgte am 28. Dezember 2004 eine Verlautbarung des „Al-Qa'ida"-Chefs bin Laden, in der er Zarqawi zu seinem Stellvertreter im Irak ernannte. Zarqawi war in den letzten Jahren zu einer weiteren Führungsfigur neben bin Laden aufgestiegen. Er hat in den beiden Terrororganisationen „Al-Tawhid" („Die Einheit") und „Ansar al-Islam" („Anhänger des Islam") Gefolgsleute, mit denen er in der Vergangenheit auch Anschläge in Deutschland geplant hat.

Es ist wiederum al-Zarqawi, den Sicherheitsbehörden in aller Welt in erster Linie für die Eskalation des Terrors im Irak verantwortlich machen. Im vergangenen Jahr verging kaum ein Tag ohne die Meldung von Attentaten und Entführungen mit anschließenden Enthauptungen. In der Verlautbarung vom 28. Dezember machte bin Laden gleichzeitig seine religiöse Autorität gegenüber Zarqawi geltend, indem er die Tätigkeit des Jordaniers und seiner Terrorgruppen als gottgefällig darstellt. Zarqawis Gruppe bestehe aus „Gerechten, die unter dem Kommando Gottes und des Propheten kämpfen". Bin Laden schürt auf diese Weise bei seinen Zuhörern die Hoffnung, mit der Hilfe Gottes im Irak-Krieg gegen die USA genauso siegreich zu bleiben wie 1989 gegen die technisch weit überlegene Sowjetarmee in Afghanistan.

Mit der Umbenennung der Zarqawi-Gruppe gibt es nun zwei Regionalorganisationen von „Al-Qa'ida" – in Saudi-Arabien und im Irak. Die zumindest nach außen dokumentierte Koordinierung des Terrors unter der geistlichen und strategischen Führung bin Ladens dürfte bei den Islamisten weltweit als Zeichen der Stärke verstanden werden. Dabei spielt es keine Rolle, inwieweit bin Laden das weltweite Anschlagsgeschehen tatsächlich zentral steuert oder ob er für die vielen dezentral organisierten und auf lokaler Ebene agierenden Netzwerke lediglich die Funktion einer ideologischen Leitfigur besitzt.

Mit einer zunehmenden Radikalisierung muss auch in Europa gerechnet werden. Deutsche und andere europäische Ermittlungsbehörden erhalten immer wieder Hinweise darauf, dass in europäischen Ländern geborene und aufgewachsene Muslime für den Kampf im Irak rekrutiert werden.

Jihadistische Gruppierungen in Deutschland und Brandenburg

Deutschland ist eine der Operationsbasen für Terroristen in Europa geworden. Hier werden Gelder beschafft, Dokumente gefälscht, Anschläge geplant, Personen aus dem Ausland ins Inland geschleust und neue Kämpfer für den Irak oder andere Schauplätze des Terrors rekrutiert. Die Bundesanwaltschaft und die Länder führen derzeit 164 Ermittlungsverfahren (Stand: Januar 2005) mit islamistisch-terroristischem Hintergrund. Außerdem sind mehrere Prozesse gegen Islamisten anhängig.

Die beiden Hamburger „Al-Qa'ida"-Prozesse gegen Mounir al-Motassadeq und Abdelghani Mzoudi befinden sich in der Revision. Gegen beide Angeklagte liegt eine Ausweisungsverfügung vor, die aber erst nach Abschluss der gegen sie noch laufenden Verfahren durchgesetzt werden kann. Mzoudi war am 5. Februar 2004 aus Mangel an Beweisen freigesprochen worden. Dagegen legte die Bundesanwaltschaft Revision ein. Der Beginn für den neuen Prozess ist für Mai 2005 vorgesehen. Das erste Urteil gegen Motassadeq war am 7. April 2004 aufgehoben worden, nachdem entlastende Aussagen eines Zeugen bekannt geworden waren. Der Angeklagte wurde unter Auflagen aus der Haft entlassen. Am 10. August 2004 begann der Revisionsprozess gegen Motassadeq.

Am 10. Februar 2004 begann der zweite Prozess gegen „Al-Tawhid" vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts in Düsseldorf. Der Gruppe wird vorgeworfen, zwischen Mai 2001 und April 2002 Anschläge gegen das Jüdische Museum in Berlin sowie eine Diskothek und eine Gastwirtschaft in Düsseldorf geplant zu haben. Im Laufe der Anschlagsvorbereitungen hat es ein als „Märtyrer-Telefonat" bekannt gewordenes Gespräch zwischen dem operationellen Leiter der Gruppe und Abu Mus'ab al-Zarqawi gegeben. In einem Verfahren war der an dem Anschlag beteiligte Shadi Abdallah zu einer vierjährigen Freiheitsstrafe verurteilt worden.

In einem Berliner Prozess geht es um den Tunesier Ihsan Garnaoui. Garnaoui hatte sich in den 90er Jahren zu einem Islamisten gewandelt, war dann nach Afghanistan gereist und von dort – so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft – mit dem Auftrag zurückgekehrt, in Deutschland Mittäter für Anschläge zu werben. Sein Wirkungsfeld war die „An-Nur-Moschee" in Berlin. Am 20. März 2003 wurden Räume einer Moschee durchsucht und Garnaoui festgenommen. Der Prozess begann am 4. Mai 2004.

Gegen einen Deutschen ägyptischer Herkunft wird wegen einer möglichen Mitgliedschaft bei „Al-Qa'ida" ermittelt. Reda Seyam war im Sommer 2002 in der indonesischen Hauptstadt Jakarta verhaftet worden, weil er im Verdacht stand, den Anschlag auf die Ferieninsel Bali im Oktober 2002 mitfinanziert zu haben.

Im Dezember 2004 haben die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft vermutlich einen Anschlag auf den irakischen Ministerpräsidenten verhindert. Der Generalbundesanwalt hatte am 9. Dezember 2003 ein Strukturverfahren gegen die terroristische Vereinigung „Ansar al-Islam" („Anhänger des Islam") eingeleitet. Im Rahmen dieses Verfahrens wurden Erkenntnisse gewonnen, dass während des Staatsbesuches des irakischen Ministerpräsidenten Iyad Hashim Allawi in Berlin vom 2. bis 3. Dezember 2004 die Durchführung eines Attentats geplant war. Am 2. Dezember 2004 wurden drei Tatverdächtige festgenommen. „Ansar al-Islam" ist eine jihadistische Gruppierung, die unter diesem Namen seit 2002 im kurdischen Teil des Nordirak agiert. Gegründet wurde sie mit dem Ziel, im Irak einen islamistischen Gottesstaat nach dem Vorbild der Taliban zu schaffen. Seit Beginn des Irak-Krieges sieht die Gruppe in der Vertreibung der US-Truppen und ihrer Verbündeten aus dem Irak ihre vordringliche Aufgabe. Im März 2003 wurde das Gebiet der „Ansar al-Islam" im Nordirak angegriffen, seine Einrichtungen zerstört und seine Kämpfer – soweit nicht getötet – in den Iran abgedrängt. Seit der US-Intervention im Irak hat „Ansar al-Islam" seine Aktivitäten auch außerhalb des Nord-Irak ausgedehnt. Die Gruppe verfügt über ein Unterstützernetzwerk in Europa, das insbesondere im Bereich der Rekrutierung und Schleusung von Kämpfern sowie der Beschaffung von Finanzmitteln tätig ist. Ein Verdächtiger aus Leipzig gehört zu einer Gruppe von in Deutschland lebenden Muslimen, denen die logistische Unterstützung der Terrorgruppe vorgeworfen wird. Gegen ihn hat der Generalbundesanwalt am 25. November 2004 Anklage erhoben.

Wie im übrigen Bundesgebiet so halten sich auch im Land Brandenburg vorübergehend Personen auf, die früher oder gegenwärtig Bezüge zu islamistischen Organisationen hatten. Allerdings handelt es sich hierbei lediglich um Einzelpersonen. Das gilt zum Beispiel für die HAMAS (Akronym für „Harakat al-Muqawamat al-Islamiya" / „Islamische Widerstandsbewegung"). Die in Israel und den Palästinensergebieten tätige Organisation ist der palästinensische Zweig der ägyptischen „Muslimbruderschaft" (MB). Sie entstand unter der Führung von Scheich Ahmad Yassin Anfang 1988 als Reaktion auf die erste Intifada. Ziel war und ist,

in „ganz Palästina“ einen islamischen Staat zu errichten. Die Gruppe hat in den letzten Jahren eine Vielzahl von Terroranschlägen in Israel und den Palästinensergebieten verübt. Den Rückhalt in der eigenen Bevölkerung sichert sich HAMAS durch umfangreiche finanzielle Hilfe und charitative Einrichtungen, in denen sie allerdings auch Mitglieder und Anwärter für Selbstmordanschläge rekrutiert. Im März 2004 wurde der HAMAS-Gründer Yassin und wenig später auch sein Nachfolger Rantissi durch israelisches Militär getötet. Daraufhin drohte die Organisation damit, zukünftig israelische Ziele auch außerhalb Palästinas und Israels anzugreifen. Dieser Gedanke wurde jedoch von der HAMAS-Führung schon bald wieder aufgeben. HAMAS sammelt in Deutschland Spenden, die zum Teil für die Unterstützung von „Märtyrerfamilien“ und damit zur Förderung terroristischer Aktivitäten im Rahmen der Intifada genutzt werden. Zu den Vereinen, die Spendengelder an Sozialeinrichtungen der HAMAS überweisen, gehört auch der „Al-Aqsa e.V.“. Der 1991 gegründete Verein wurde daher am 5. August 2002 durch den Bundesminister des Innern verboten. Gegen das Verbot legte der Verein Klage ein. Das Bundesverwaltungsgericht hat am 3. Dezember 2004 das Verbot als rechtmäßig bestätigt. Die finanzielle Unterstützung von Sozialvereinen der „Islamischen Widerstandsbewegung“ (HAMAS) stellt eine gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtete Tätigkeit im Sinne des § 3 Vereinsgesetz dar.



HAMAS - Logo

In Brandenburg leben auch einzelne Personen mit Beziehungen zur FIS („Front Islamique du Salut“) und der „Hizb Allah“ (“Partei Gottes“). Die FIS ist ein weiterer Spross der „Muslimbruderschaft“ (MB), die sich 1989



Schwerter, Maschinenpistole, Koran: Symbole von MB, Hizb Allah und FIS

zu einer Partei formierte. Aufgrund innerparteilicher Meinungsverschiedenheiten wurde am 13. Oktober das „Nationale Exekutivbüro der FIS im Ausland“ geschlossen. Dies bedeutet aber nicht, dass die Aktivitäten der FIS insgesamt aufgegeben werden. Die „Hizb Allah“ („Partei Gottes“) geriet vor einem Jahr in die Schlagzeilen, als am 29. Januar der

größte Gefangenenaustausch zwischen Israel und der „Partei Gottes" auf dem Flughafen Köln/Bonn abgewickelt wurde. Zu den aus israelischer Haft entlassenen Gefangenen gehörte auch der deutsche Konvertit Steven Smyrek. Im Nahen Osten kämpft die libanesisch-schiitische Organisation seit ihrer Gründung im Jahre 1982 gegen den Staat Israel, dem sie jegliches Existenzrecht abspricht. Über den Sender „Al-Manar" verbreitet die „Hizb Allah" ihre antisemitische Hetzpropaganda weltweit. In Deutschland beschränken sich die Aktivitäten der Mitglieder auf die Sammlung von Spendengeldern, die den Familien der Selbstmord-Attentäter zu Gute kommen sollen.

Radikalisierung und Selbstradikalisierung

Gerade in den Staaten Westeuropas spielen militante Imame an Moscheen eine herausragende Rolle bei der Radikalisierung junger Muslime. Leider gelingt es immer wieder, enttäuschte junge Männer zu Mujahedin zu machen. Ein Beispiel ist die Hamburger Zelle um Mohammed Atta. Bei Atta wurden Kassetten mit den Ansprachen des bekannten Londoner Imams Mahmoud Abu Omar, genannt Abu Qatada, gefunden. Abu Qatada war auch der geistige Führer der Gruppe „Al-Tawhid" (siehe S. 117). Shadi Abdallah hatte völlig unauffällig bei Krefeld gelebt, bis er unter den Einfluss dieses Imams geriet.

Solche und ähnliche Fälle haben die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Inhalte der Predigten gelenkt, die hinter den Mauern der Moscheen gehalten werden. Anfang November 2004 wurde von einem Berliner Imam bekannt, dass er den „Märtyrertod" von Terroristen verherrlichte und abfällige Bemerkungen über Deutsche machte. Diese Äußerungen führten zur Ausweisung des betreffenden Imam, deren sofortige Vollziehung verwaltungsgerichtlich als rechtmäßig bestätigt wurde. Bundesinnenminister Schily kündigte an, dass man in Zukunft den „Hasspredigern" verstärkt nachgehen und ihnen das Aufenthaltsrecht entziehen werde. Gegen einen Vorbeter einer Moschee im Land Brandenburg wurde der Vorwurf erhoben, ein "Hassprediger gegen den Westen, seine Lebensweise und die Ungläubigen" zu sein. Die sich daran anschließende öffentliche Kontroverse machte deutlich, dass der Begriff „Hassprediger" umstritten ist.

Es gibt auch in Brandenburg Einzelpersonen, die Bezüge zum Umfeld „arabischer Mujahedin" haben, aber das Land gehört nicht zu den Brennpunkten islamistischer Gefahr in Deutschland. Allerdings sollte die Bedrohung, die auch von Einzelpersonen ausgehen kann, nicht unterschätzt

werden. Angehörige der „arabischen Mujahedin" hielten und halten sich in ganz Deutschland verstreut an unterschiedlichen Orten auf. Sie bilden keine festen Gruppen, sondern Netzwerke. Diese Netzwerke bleiben nicht auf einzelne Bundesländer beschränkt. Hinweise auf einschlägige Verbindungen gibt es in allen Regionen Deutschlands. Ballungsgebiete und Großstädte spielen zwar eine wichtige Rolle, aber die Ermittlungen führen auch in Städte mittlerer Größe oder sogar in ländliche Regionen.

Hinzu kommt eine neuere Entwicklung: Nach dem bislang geläufigen Muster sind es vor allem Moscheen, die als Rekrutierungs- und Radikalisierungszentren in Frage kommen.

Inzwischen ist das Internet als Quelle der Selbstradikalisierung neben die Moschee getreten. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich die Zahl der islamistischen Websites und Chaträume vervielfacht. Der am 2. November 2004 in Amsterdam ermordete Filmregisseur Theo van Gogh wurde von einem Angehörigen der so genannten „Hofstad"-Gruppe getötet, die sich das Gedankengut der „Al-Takfir wa-l-Hijra" („Für ungläubig erklären und ausziehen") zu eigen gemacht hat. Diese Gruppe ist keine Organisation, sondern eine ideologisch-religiös ausgerichtete Bewegung Gleichgesinnter. Der Fall veranlasste den niederländischen Inlandsnachrichtendienst AIVD zu einer näheren Analyse des Islamismus in Holland. Die im Dezember veröffentlichte Studie „Von Dawa bis Jihad" („Van dawa tot jihad") stellt einen Trend zur Selbstradikalisierung in den Niederlanden fest. Unter Selbstradikalisierung versteht der AIVD, dass muslimische Jugendliche nicht mehr von anderen Muslimen angesprochen und von diesen radikalisiert werden, sondern sich selbst über entsprechende Kontakte im Internet und durch die Teilnahme an islamistischen Chats radikalisieren. Infolge dieser Entwicklung wird die Gefahrenbewertung durch die Sicherheitsbehörden erheblich erschwert.

Um der wachsenden Bedrohung durch islamistischen Terror zu begegnen, entschied die Konferenz der Innenminister am 8. Juli 2004, in Berlin ein Anti-Terror-Zentrum einzurichten. Am 14. Dezember 2004 stellte der Bundesminister des Innern der Öffentlichkeit das „Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum" (GTAZ) in Berlin-Treptow, bestehend aus der „Nachrichtendienstlichen Informations- und Analysestelle" (NIAS) und der „Polizeilichen Informations- und Analysestelle" (PIAS), vor. Neben dem Bundesnachrichtendienst, dem Bundeskriminalamt, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den übrigen Landesämtern für Verfassungsschutz wird auch der Verfassungsschutz in Brandenburg Experten dorthin entsenden.

Legalistische Islamisten

„Islamische Gemeinschaft Milli Görüs"

Gründung:		1985 in Köln als „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V." (AMGT)
Sitz:		Köln
Publikationen:		„Milli Görüs & Perspektive", „Milli Gazete" (der IGMG nahe stehend)
Internetadresse:		www.igmg.de
Anhänger	**bundesweit**:	26.500
	Brandenburg:	Einzelpersonen

Wie aus dem Namen der Organisation ersichtlich, steht die „Islamische Gemeinschaft der neuen Weltsicht e. V." („Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V." / IGMG) in der Tradition der so genannten „Nationalen Perspektive" (Milli Görüs), eine politisch-religiöse Bewegung in der Türkei, deren ideologische Grundlagen maßgeblich von dem früheren türkischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan entwickelt wurden. Die Bewegung „Milli Görüs" strebt eine Re-Islamisierung von Gesellschaft, Staat und Politik in der Türkei an. Um seine Vorstellungen zu verwirklichen, hat Erbakan seit den 70er Jahren eine Reihe islamistischer Parteien in der Türkei gegründet, die alle nach wenigen Jahren verboten wurden, weil sie der laizistischen Ordnung des türkischen Staates widersprachen (u. a. „Wohlfahrtspartei"/„Refah Partisi" 1984-1998, „Tugend-Partei"/„Fazilet Partisi" 1998-2001). Im August 2001 beteiligten sich die meisten Mitglieder der zuvor verbotenen „Fazilet Partisi"/FP an der Gründung der heutigen Regierungspartei „Adalet ve Kalkinma Partisi"/AKP („Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei"). Der Rest trat der „Partei der Glückseligkeit" („Saadet Partisi"/SP) bei.

Dass es sich bei der IGMG um eine extremistische Bestrebung handelt, ergibt sich aus der Ideologie der „Nationalen Perspektive". Ziel aller politischen Bemühungen ist die Schaffung der „Gerechten Ordnung" (adil düzen), ein auf der Scharia basierendes Staatswesen in der Türkei. Erbakan unterscheidet zwischen einer auf Gewaltherrschaft beruhenden batil (nichtigen) Zivilisation des Westens und den (Hak-) Recht-Zivilisationen, die

auf monotheistisch-religiöse Traditionen zurückgehen und im Islam ihre letztgültige Ausprägung gefunden haben. Beide Zivilisationstypen liegen im Kampf miteinander, der Sieg und die Zukunft aber werde dem Islam gehören. Diese Ideologie hat eine starke antisemitische Komponente, denn die „Sklavenordnung" der westlichen Zivilisation wird als Instrument einer hinter den Kulissen die Welt regierenden jüdischen Verschwörer-Clique dargestellt. Der Demokratie, den individuellen Freiheiten und Menschenrechten wird in dieser „Gerechten Ordnung" kein Platz eingeräumt. Mehrheitsprinzip, Parteienstreit, Meinungs- und Religionsfreiheit passen nicht in ein solches dualistisches Weltbild, das nur Schwarz oder Weiß, Gut oder Böse kennt.

In Deutschland ist die IGMG wie die „Europäische Moschee- und Unterstützungsgemeinschaft e. V." (EMUG) 1995 aus der „Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V." („Avrupa Milli Görüs Teskilatlari"/ AMGT) hervorgegangen. Der umfangreiche Immobilienbesitz wird von der EMUG verwaltet. Die IGMG hat einen „legalistischen" Kurs eingeschlagen und versucht, ihre politischen Ziele mit einem „Marsch durch die Institutionen" zu erreichen. Über muslimische Verbände wie den „Islamrat" reicht der Einfluss der IGMG weit über die Mitglieder hinaus.

Seit Jahren dauern die Divergenzen innerhalb der IGMG über den künftigen Kurs der Organisation an. Eine wachsende Zahl von Mitgliedern fordert die Lösung der IGMG von politischen Kräften und Entwicklungen in der Türkei und will sich statt dessen auf die Belange der türkischen Muslime in Europa konzentrieren. Viele sind auch nicht mehr bereit, Aktivitäten in der Türkei mit großzügigen Spenden zu unterstützen. Diese Tendenz verstärkt sich noch, seit Erbakan am 2. Dezember 2003 zu einer mehrjährigen Haftstrafe mit lebenslangem Politikverbot verurteilt wurde und sein Amt als Parteivorsitzender niederlegen musste. Andere, konservative und vor allem ältere Mitglieder halten dagegen am bisherigen Kurs der Organisation fest. Die Führung von „Milli Görüs" setzt mehr auf Konsens und Zusammenhalt denn auf eine offene Konflikt- und Diskussionskultur. Daher ist bislang keine klare Richtungsentscheidung gefallen.

In einer Organisation von der Größenordnung der IGMG ist mit Flügelkämpfen zwischen Unterströmungen zu rechnen. Aufgrund der seit Jahren bestehenden Uneinigkeit innerhalb der IGMG tut sich immer wieder eine Kluft auf zwischen einer weltoffenen Fassade und totalitären, islamistischen Bestrebungen, die sich dahinter verbergen können.

Die IGMG ist vorrangig im Bereich kultureller und religiöser Bildung unter in Deutschland lebenden türkischen Jugendlichen aktiv. Es gibt begründete Zweifel, ob die IGMG wirklich an einer Integration der von ihnen betreuten Jugendlichen in die deutsche Gesellschaft arbeitet oder ob sie nicht vielmehr zum Aufbau von Parallelgesellschaften beiträgt. Außerdem hat sich die IGMG bei allen Modernisierungsansätzen bislang nicht von der extremistischen Ideologie Erbakans distanziert. Die formal von der IGMG unabhängige Zeitung „Milli Gazete", die für die



IGMG-Ideologie in Wort und Bild

Verbreitung der IGMG-Ideologie eine wichtige Rolle spielt, fiel auch im Berichtszeitraum wieder mit antisemitischer Propaganda auf. In der Internetausgabe vom 23. April 2004 äußert sich die „Milli Gazete" zum Tode des HAMAS-Führers Ahmed Yassin. Dieser sei ein Märtyrer und von der „verfluchten Rasse" ermordet worden. Ahmed Yassin sei der Stolz der gesamten Menschheit gewesen, die sich gegen den zionistischen Terror zur Wehr setzen will.

Die IGMG versucht, sich mit Klagen gegen ihre Darstellung in Verfassungsschutzberichten oder in der Presse zur Wehr zu setzen. Das Verwaltungsgericht Stuttgart entschied am 9. Juli 2004, dass die von „Milli Görüs" beanstandeten Aussagen im Jahresbericht des Landesamtes für Verfassungsschutz 2001 der Wahrheit entsprechen. In dem Verfassungsschutzbericht wird „Milli Görüs" vorgeworfen, dass seine politischen Ziele nicht auf die Integration der hier lebenden Türken, sondern auf die Bekämpfung der demokratischen säkularen Gesellschaft in der Türkei und in Deutschlands gerichtet seien.

Extremistische Bestrebungen von Ausländern

Extremistische Bestrebungen von Ausländern

Nach ihrer politischen Ausrichtung unterteilen sich Gruppierungen ausländischer Extremisten, wenn man die bereits dargestellten Islamisten ausklammert (siehe S. 111 ff), in:

- linksextremistische und
- nationalistische.

Linksextremisten ausländischer Herkunft unterscheiden sich in ihrem demokratiefeindlichen Gedankengut nicht von Linksextremisten deutscher Herkunft. Ebenso wie diese streben sie eine revolutionäre Umwälzung der Gesellschaftsordnung an, um ein sozialistisches/kommunistisches System als „Diktatur des Proletariats" zu errichten. Diese Diktatur verstößt gegen essentielle Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie Gewaltenteilung, Parteienpluralismus, Mehrheitsentscheidungen, Recht auf Opposition und Meinungsfreiheit. Aber im Unterschied zu ihren deutschen Gesinnungsgenossen richten sich die Bestrebungen ausländischer Linksextremisten nicht auf den deutschen Staat, sondern auf die Umwälzung der Gesellschaften, aus denen sie stammen. Die Gründe dafür, dass Menschen ausländischer Herkunft sich in Deutschland extremistisch betätigen, liegen regelmäßig in Konflikten ihrer Heimatländer.

Die Bestrebungen nationalistischer Ausländerorganisationen werden vor allem dann zur Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung, wenn sie ihre Ziele auf aggressiv-kämpferische Weise durchzusetzen bemüht sind. Gewaltsame bzw. auf Gewalt ausgerichtete Bestrebungen ausländischer Extremisten gefährden die innere Sicherheit und die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland und werden deshalb von den Verfassungsschutzbehörden bereits im Vorfeld beobachtet.

Einige militante Organisationen ausländischer Extremisten nutzen Deutschland als Rückzugs- und Ruheraum. Andere bereiten hier Anschläge vor. Wieder andere unterstützen von hier aus den politischen oder militärischen Widerstand in der Heimat finanziell. Dies geschieht meist im Verborgenen, zumal Beschaffungskriminalität – illegale Geschäfte, auch mit Rauschgift, oder Spendengelderpressung – häufig die ergiebigste Geldquelle ist. Inzwischen ist Deutschland selbst zum Angriffsziel geworden.

Manche einschlägigen Organisationen versuchen, die Öffentlichkeit für ihre Anliegen in den Heimatregionen zu sensibilisieren. Mit den Mitteln

herkömmlicher Propagandaarbeit werben sie um Verständnis und Unterstützung in der Konfliktlage. Um von den Medien wahrgenommen zu werden, entwickeln sie mitunter einen ausgeprägten Aktionismus, der sie auch vor Provokationen und Störungen der öffentlichen Ordnung nicht zurückschrecken lässt. Die eigenen Anhänger werden mit Kampagnen und Großveranstaltungen bei der Stange gehalten.

Ausländerextremistische Organisationen reagieren hochsensibel auf die politischen Ereignisse im jeweiligen Heimatland ihrer Mitglieder. Spitzt sich die Lage dort zu, können die Ohnmachtserfahrung und die relative Sicherheit für Leib und Leben in der Fremde dazu führen, dass hier Emotionen hochkochen und Aggressionen sich Bahn brechen. Dann werden auch Menschen mitgerissen, die sich vermutlich nicht extremistisch beeinflussen ließen, wenn sie bereits genügend in die deutsche Gesellschaft integriert wären.

Treffen ausländische Extremisten in Deutschland auf Landsleute, die sie als politische Gegner ansehen, kann es zu konfliktträchtigen Spannungen kommen, die sich mitunter in Gewalttaten entladen. Mit Gewalt gehen nicht wenige ausländerextremistische Organisationen aber auch gegen eigene Mitglieder vor, wenn sie die Reihen von Abweichlern und Spaltern säubern und Abtrünnige bestrafen wollen. Das demokratische Deckmäntelchen, das sich solche Organisationen umhängen, ist fadenscheinig, denn fast immer sind sie auf eine autoritäre Führerpersönlichkeit ausgerichtet und funktionieren nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam.



Demonstration des KONGRA GEL am 9. Juni 2004 in Straßburg

Kurdische Extremisten

„Volkskongress Kurdistans"

Gründung (als PKK):	1978 (in der Türkei)
Sitz:	Nord-Irak
im Land Brandenburg aktiv seit:	1993
Publikationen:	„Serxwebun" („Unabhängigkeit"), „Özgür Politika" („Freie Politik") (der PKK nahe stehend)
Internetadresse:	www.kongra-gel.org
Anhänger bundesweit:	11.500
Brandenburg:	90
internationale Teilorganisation:	„Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa", bis Juni 2004 „Kurdische Demokratische Volksunion" (YDK), bis Januar 2000 „Nationale Befreiungsfront Kurdistans" (ERNK)

Betätigungsverbot für die PKK und die ERNK in Deutschland durch den Bundesinnenminister am 26. November 1993

Der „Volkskongress Kurdistans" („Kongra Gel Kurdistan", abgekürzt KONGRA GEL) ist nach Umbenennungen die zweite Nachfolgeorganisation der „Arbeiterpartei Kurdistans" („Partiya Karkeren Kurdistan"/PKK). Es handelt sich um eine terroristische Vereinigung, die undemokratisch organisiert ist, ihren Mitgliedern das Recht auf Meinungsfreiheit verwehrt und Abweichler von der Parteilinie mit einem internen Strafsystem bedroht. Am 2. Mai 2002 setzte der Rat der Europäischen Union die PKK auf die Liste der Terrororganisationen. Am 2. April 2004 beschloss der Rat der Europäischen Union, sowohl den „Volkskongress Kurdistans" (KONGRA GEL) als auch die Vorgängerorganisation „Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans" (KADEK) als Alias-Bezeichnungen der „Arbeiterpartei Kurdistans" (PKK) in die EU-Liste terroristischer Organisa-

tionen aufzunehmen. Auch die USA haben Ende 2003 KONGRA GEL auf die Liste der terroristischen Vereinigungen gesetzt. Am 30. Juli 2004 wurde das gegen die PKK verhängte vereinsrechtliche Betätigungsverbot vom Bundesminister des Innern auch auf KONGRA GEL bezogen.

Auch in Brandenburg werden Straftaten von KONGRA GEL-Funktionären begangen. Im Zuge der alljährlichen Spendensammlungen liegen Gewaltanwendungen gegenüber Spendenunwilligen an der Tagesordnung. Seit 2000 wurden in Brandenburg insgesamt sechs Verfahren gegen Spendensammler abgeschlossen.

Die PKK wurde 1978 von Abdullah Öcalan gegründet, der sie bis zu seiner Verhaftung im Februar 1999 autoritär führte. Die PKK war von Anfang an eine straff durchorganisierte marxistisch-leninistische Kaderpartei. Anders als demokratische Parteien setzen sich Kaderparteien ausschließlich aus Berufspolitikern zusammen, die eine nach außen abgeschlossene, konspirativ agierende Führungsgruppe bilden und jeden Abtrünnigen mit Sanktionen bedrohen. Ziel der PKK und ihrer Nachfolgeorganisationen war bis 2003 die Schaffung eines „unabhängigen und demokratischen Kurdenstaates". Zu diesem Zweck wurde eine eigene Armee geschaffen. Von 1984 bis 1999 führte die „Volksbefreiungsarmee Kurdistans" („Atesen Rizgariya Gele Kurdistan"/ARGK) im Südosten der Türkei einen Guerillakrieg gegen das türkische Militär, um auf diesem Wege die Errichtung eines eigenständigen kurdischen Staates zu erzwingen. Bis heute machen die Verbände des KONGRA GEL, die 2000 in „Volksbefreiungskräfte" („Hezen Parastini Gele Kurd"/HPG) umbenannt wurden, durch vereinzelte terroristische Anschläge in der Türkei von sich reden. Als die PKK in Europa eine zweite Front eröffnete und 1993 mehrere Gewaltwellen über Deutschland hereinbrachen, wurde der PKK vom Bundesinnenminister verboten, sich in Deutschland zu betätigen.

Nach dem Verbot arbeitete die PKK im Untergrund weiter. Das Parteiprogramm von 1995 stellte den politischen Kampf in den Vordergrund. 1996 wechselte Öcalan gegenüber Deutschland seine Strategie und forderte seine Gefolgschaft zum Gewaltverzicht auf. Seine Anhänger hielten sich jedoch nur bedingt an seine Weisung, von militanten Protest-Aktionen abzusehen. Am 9. Oktober 1998 musste Öcalan sein Exil in Damaskus (Syrien) verlassen, wo er sich viele Jahre aufgehalten hatte. Nach mehreren Zwischenstationen haben türkische Sicherheitskräfte Öcalan am 15. Februar 1999 in Gewahrsam festnehmen und in die Türkei bringen können. Das zunächst verhängte Todesurteil wurde am 3. Oktober 2002 in lebenslange Haft umgewandelt.

Öcalan ist nach wie vor der eigentliche Führer seiner Organisation, denn als Gefangener des türkischen Staates avancierte er zumindest für seine Parteigänger zu einem Nationalsymbol für die Unfreiheit des kurdischen Volkes.

Am 4. April 2002 wurde die PKK in „Freiheits- und Demokratie-Kongress Kurdistans" („Kongreya Azadi u Demokrasiya Kurdistan"/KADEK) umbenannt. Tatsächlich blieb die Partei in Aufbau, Zielen, Aktivitäten und Personalbesetzung völlig unverändert. Die Führung des KADEK oblag nach wie vor dem Generalvorsitzenden Öcalan und einem elfköpfigen Präsidialrat. Terrorismus wurde zwar verbal verurteilt, aber die Guerilla-Truppe hielt man zum Zwecke der „Selbstverteidigung" weiterhin für unverzichtbar.

In den folgenden Monaten bot der KADEK allen Anlass, am Friedenswillen der Organisation Zweifel aufkommen zu lassen. Ein Ultimatum des KADEK setzte der türkischen Regierung eine Frist bis zum 1. September 2003, um Schritte zum Abschluss eines zweiseitigen Waffenstillstands einzuleiten, ansonsten werde man seinen Friedenskurs überdenken und zu terroristischen Aktivitäten in der Türkei zurückkehren. Mehrere Ultimaten verstrichen, ohne dass der KADEK seine Drohung wahr machte. Im August 2002 dehnte der Bundesminister des Innern das Verbot der PKK auch auf den KADEK aus.

Am 11. November 2003 gab der KADEK seine Auflösung und vier Tage später die Gründung des „Volkskongress Kurdistans" (KONGRA GEL) bekannt. Die Neugründung hatte zum Ziel, das marxistisch-leninistische Kadermodell zugunsten eines demokratischen Parteiaufbaus zu überwinden. Außerdem rückte die Organisation von der Forderung nach einem unabhängigen Kurdenstaat ab und setzte sich stattdessen zum Ziel, die Lebensbedingungen der Kurden in der Türkei durch Teilhabe am politischen Leben, durch Wirtschaftswachstum und das Recht auf Meinungs- und Organisationsfreiheit zu verbessern. Aber wie bei der ersten Umbenennung wurden klare Weichenstellungen in Richtung einer innerorganisatorischen Reform nicht erkennbar, und personell blieb alles beim Alten. Auch das interne Bestrafungssystem für Kritiker und Abtrünnige ist nicht abgeschafft worden.

Abdullah Öcalan wurde zum Ehrenvorsitzenden des KONGRA GEL ernannt. An die Spitze des 41-köpfigen Exekutivrates trat Zübeyir Aydar, bis dahin Vorsitzender des KADEK-dominierten „Kurdischen Nationalkongresses", der seinerseits aufgelöst und mit dem neu geschaffenen KONGRA GEL fusioniert wurde.

Abspaltung der „Patriotisch-Demokratischen Partei“

Mitte Februar 2004 kam es auf einem außerordentlichen Kongress des KONGRA GEL im Nord-Irak zur Abspaltung einer Gegenpartei unter der Führung von Osman Öcalan, dem damaligen stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA GEL, Mitglied des Exekutivrates und Bruder Abdullah Öcalans. Den Hintergrund der Auseinandersetzungen bildete die ergebnislose Strategiediskussion der letzten Monate. Das Jahr 2003 war gekennzeichnet gewesen von einer Serie ergebnislos verstrichener Ultimaten und Kampagnen. Angesichts eines verwirrenden Wechselspiels zwischen Friedensplänen und Kriegsdrohungen bot der KONGRA GEL ein Bild innerer Zerrissenheit. Augenfällig wurde das am 1. September 2003, als der Ehrenvorsitzende Abdullah Öcalan die 1998 einseitig ausgerufene Waffenruhe für beendet erklärte und gleichzeitig der Eintritt in die erste Phase des Friedensfahrplans bekannt gegeben wurde. Aber weder Drohungen mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes noch Verhandlungsangebote konnten die türkische Regierung dazu bewegen, sich mit dem KONGRA GEL an einen Tisch zu setzen.

Besonders umstritten war die künftige Rolle der bewaffneten „Volksverteidigungskräfte“ („Hezen Parastina Gel“/HPG). Ein Flügel des KONGRA GEL forderte die Aufrechterhaltung der militärischen Option, während die so genannten „Liberalen Demokraten“ um Osman Öcalan für die Abschaffung der Guerilla plädierten. Die Gruppe der Abspalter bevorzugte einen friedlichen, demokratischen Weg, um die Situation der Kurden in der Türkei zu verbessern. Außerdem ging es ihnen um innerparteiliche Reformen. Die Anhänger Osman Öcalans befürworteten eine freie Berufs-, Orts- und Partnerwahl für alle Parteimitglieder und wandten sich gegen die Bestrafung von Austrittswilligen. Politisch trat die Gruppe um Osman Öcalan für eine Annäherung an die USA ein, während die Mehrheit des KONGRA GEL trotz der Verbesserungen, die nach der Einnahme der irakischen Kurdengebiete durch amerikanische Truppen im April 2003 eingetreten waren, an der Distanz gegenüber den USA festhalten wollte.

In den folgenden Monaten bemühte sich die Führung des KONGRA GEL um eine Überwindung der Spaltung. Sie konnte jedoch nicht die Gründung einer neuen Partei namens „Patriotisch-Demokratische Partei“ (PDP, kurdisch „Partiya Welatperez'e Demokratik“/PWD, türkisch „Yurtsever Demokratik Parti“/YDP) verhindern, die am 14. August 2004 mit einer Erklärung Osman Öcalans im Internet bekannt gegeben wurde. Im Gegensatz zu KONGRA GEL will sich die neue Partei ganz auf einen friedlichen

und demokratischen Weg konzentieren. Osman Öcalan ist der Meinung, dass der KONGRA GEL sich in eine Sackgasse manövriert habe.

Aufkündigung des Waffenstillstands

In einer Stellungnahme vom 28. Mai 2004 hat der Kommandorat der „Volksverteidigungskräfte" den bisherigen „einseitigen" Waffenstillstand zum 1. Juni 2004 für beendet erklärt. Man werde nun zu einer „aktiven legalen Verteidigung" übergehen. Der Waffenstillstand habe durch die „Vernichtungsoperationen des türkischen Staates" in den letzten drei Monaten seinen Sinn verloren. Hintergrund dieser Äußerung sind die Unruhen in den von Kurden bewohnten Gebieten Syriens im März 2004. Im Anschluss an ein Fußballspiel am 12. März 2004 war es zu den größten Ausschreitungen zwischen arabischen und kurdischen Syrern gekommen, die das Land seit zwanzig Jahren erlebt hatte.

KONGRA GEL macht Syrien und die Türkei für die Gewalttätigkeiten verantwortlich und wirft den Staaten, die „Kurdistan unter ihrer Herrschaft" hätten, die Bildung eines Bündnisses gegen die Kurden vor. Die Spannungen in den Kurdenregionen haben sich insgesamt erhöht, weil es den irakischen Kurden insbesondere nach dem Sturz Saddam Husseins gelungen ist, im Nord-Irak ein weitgehend autonomes Gemeinwesen aufzubauen, das in der Türkei Anlass zu Befürchtungen wegen der Entstehung eines Kurdenstaates gegeben hat.

Auf einer Pressekonferenz am 2. Juni gab der Vorsitzende des KONGRA GEL, Zübeyir Aydar, bekannt, dass seine Organisation die Aufkündigung des Waffenstillstandes durch die HPG unterstützt. Die Erklärung des KONGRA GEL Vorstandes war begleitet von demonstrativen Aktionen in ganz Deutschland. In Hamburg entzündete am 2. Juni 2004 eine Gruppe Jugendlicher Brandbeschleuniger auf der Fahrbahn einer Innenstadtstraße und in Hagen blockierten am 3. Juni 2004 20 bis 30 kurdische Jugendliche vorübergehend eine Brücke. In der Folgezeit berichteten die türkischen Medien fast täglich von gewalttätigen Zwischenfällen zwischen türkischen Sicherheitskräften und mutmaßlichen KONGRA GEL-Guerillaeinheiten, insbesondere im Südosten der Türkei. Die Truppenstärke der HPG wird auf 5.000 Mann geschätzt. Davon befinden sich 3.000 in einem Lager in den nordirakischen Kandil-Bergen. Schätzungsweise 1.500 Mann sind in den vergangenen Monaten aus dem Irak in die Türkei zurückgegangen. Weitere 500 halten sich auf iranischer Seite auf.

Auch die Serie von Anschlägen, die sich am 10. August 2004 in Istanbul ereigneten, stehen im Zusammenhang mit der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Bei zeitgleichen Bombenanschlägen auf zwei Hotels und ein Gas-Depot wurden zwei Menschen getötet und elf verletzt. Die meisten Opfer sind Touristen. Die Gruppe „Freiheitsfalken Kurdistans" („Teyrebaze Azadiya Kurdistan"/TAK) bekannte sich zu den Anschlägen und erklärte sie mit Rache für die Einsätze türkischer Militärs gegen kurdische Rebellen im Osten des Landes.

Am 23. August 2004 bekannten sich die „Freiheitsfalken Kurdistans" in der dem KONGRA GEL nahestehenden Zeitung „Özgür Politika" zu weiteren Anschlägen in der Türkei.

Europaweite Aktionskampagne zum EU-Beitritt der Türkei

Am 17. Dezember 2004 wurde vom Europäischen Rat in Brüssel über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei entschieden. Abdullah Öcalan sah dies als einen „Wendepunkt" an. Daraufhin rief die Führung des KONGRA GEL eine europaweite Kampagne aus, die vom 1. November bis 17. Dezember 2004 dauerte. Ziel der Kampagne war die Zulassung des KONGRA GEL als Verhandlungspartner an den Beitrittsgesprächen.

In diesem Zusammenhang gab Murat Karayilan ein sechs Punkte umfassendes Programm bekannt, das als Fahrplan für einen dauerhaften Frieden dienen könnte. Bei Erfüllung der einzelnen Schritte würden sich die „Volksbefreiungskräfte" zu einem neuerlichen Waffenstillstand bereit erklären.

Den Abschluss der Kampagne bildete eine Kundgebung am 11. Dezember 2004 in Brüssel, für die auch in Deutschland mobilisiert wurde. An der Veranstaltung unter dem Motto „Die Kurden wollen den Dialog und eine Lösung" nahmen etwa 10.000 Personen aus verschiedenen Ländern Europas teil, darunter auch Kurden aus Brandenburg.

Trotz interner Probleme und der vergeblichen Bemühungen des KONGRA GEL um Anerkennung als politischer Gesprächspartner gelingt es der Organisation nach wie vor, große Massen zu mobilisieren. Schon anlässlich des fünften Jahrestages der Festnahme Abdullah Öcalans hatte am 14. Februar 2004 eine Großdemonstration mit 12.000 Personen in Straßburg stattgefunden. Das waren zwar etwas weniger Teilnehmer als im Vorjahr, aber mehr als in den Jahren davor.

Einstellung des KONGRA GEL-nahen Fernsehsenders

Aufgrund einer Entscheidung des französischen Kassationsgerichtshofes hat die französische Lizenzaufsichtsbehörde am 12. Februar 2004 dem Sender „Medya- TV“ die Sendelizenz entzogen. Der Sender musste seinen Sendebetrieb einstellen. Der seit 1999 in Paris betriebene Sender übertrug sein Programm per Satellit in ca. 77 Länder. Der Sender ermöglichte sowohl der PKK, dem KADEK als auch dem KONGRA GEL eine schnelle und umfassende Verbreitung politischer Botschaften. Der neue Sender mit Namen „Roj TV“ hat am 1. März 2004 den regulären Sendebetrieb aufgenommen.



Türkische Linksextremisten

Zunehmend terroristische Aktivitäten in der Türkei

Die türkischen linksextremistischen Parteien DHKP-C, MKP, MLKP und „TKP/ML Partizan“ haben Einzelmitglieder in Brandenburg, die jedoch kaum durch Aktionen im Lande auffallen. Gemeinsam ist ihnen das politische Ziel, den türkischen Staat in einem revolutionären Umsturz gewaltsam zu zerschlagen und eine kommunistische Gesellschaft auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus oder des Maoismus zu errichten.

Die wichtigste Partei aus dem linksextremistischen Spektrum ist die „Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front“ („Devrimci Halk Kurtulus Cephesi“/DHKP-C). Sie wurde im März 1994 nach Spaltung der 1983 in Deutschland verbotenen „Devrimci Sol“ („Revolutionäre Linke“) gegründet. Sie besteht aus zwei Zweigen, einem politischen (DHKP: „Revolutionäre Befreiungspartei“) und einem militärischen (DHKC: „Revolutionäre Befreiungsfront“). Der andere Flügel der „Revolutionären Linken“ versammelte sich in einer Organisation namens „Türkische Volksbefreiungs-

partei-Front Revolutionäre Linke" („Türkiye Halk Kurtulus Partisi-Cephesi Devrimci Sol"/THKP-C). In den folgenden Jahren wurden Rivalitäten zwischen der DHKP-C und der mit ihr verfeindeten THKP-C auch gewaltsam ausgetragen.

Da die Tätigkeit der DHKP-C die innere Sicherheit und die außenpolitischen Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, wurde sie am 6. August 1998 nach § 8 Abs. 1 Vereinsgesetz verboten. Auch die THKP-C wurde mit einem Betätigungsverbot in Deutschland belegt. Mit Beschluss vom 2. Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die DHKP-C in die Liste der Organisationen aufgenommen, die als terroristisch eingestuft werden.

Zwar hat die DHKP-C seit Beginn 1998 auf Gewaltaktionen in Deutschland, einschließlich bewaffneter Auseinandersetzungen mit der THKP-C, verzichtet, aber in der Türkei kämpft sie weiterhin mit terroristischen Mitteln für die Errichtung einer „klassenlosen" Gesellschaft im Sinne der marxistisch-leninistischen Lehre. Ihre Opfer sucht sie vor allem im Bereich der türkischen Sicherheitsbehörden, bei Wirtschaftsunternehmen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Seit Anfang 2003 sind vermehrte terroristische Anschläge in der Türkei festzustellen. Am 24. Juni 2004 erschien auf der Homepage der DHKC (militärischer Arm der DHKP-C) eine Erklärung zu dem Anschlag auf einen voll besetzten Reisebus, der sich am Nachmittag desselben Tages in Istanbul ereignet hatte. Dabei waren vier Personen getötet und fünfzehn verletzt worden. Unter den Toten befand sich auch eine Aktivistin des DHKC, die den Sprengstoff transportiert hatte. In ihrer Erklärung räumt die DHKP-C ein, dass der Bus nicht das eigentliche Ziel des Anschlags gewesen sei und entschuldigt sich für den Tod unbeteiligter Zivilisten.

Der Hungerstreik der „politischen Gefangenen" in türkischen Gefängnissen und deren „Todesfasten" stellt eines der Hauptmotive für die Terroranschläge der DHKP-C dar. Die Partei organisiert seit dem 20. Oktober 2000 ein so genanntes „Todesfasten", weil seinerzeit etwa 800 inhaftierte Linksextremisten gegen die Einführung eines neuen Zellentyps mit einem Hungerstreik protestieren wollten. Anlass ist die Angleichung der türkischen Gefängnisse an europäische Standards des Justizvollzugs. Anstelle der bislang üblichen Großraumzellen für 50-60 Personen wurden Haftanstalten mit Zellen des so genannten F-Typs gebaut, die für ein bis sechs Personen vorgesehen sind. Im November 2000 wurde der Hungerstreik von etwa 200 Beteiligten zu einem Todesfasten verschärft. Es bildeten sich mehrere Solidaritätskomitees, darunter das von der DHKP-C ge-

steuerte „Komitee gegen Isolationshaft“ (Izolasyon Iskencesine Karsi Mücadele Komitesi/IKM, seit Februar umbenannt in „Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei“/ TAYAD). Auch im Jahre 2004 wurden in Deutschland demonstrative Hungerstreikaktionen durchgeführt (so zum Beispiel vom 10. bis 17. Juli in Köln), die aber nur auf geringe Resonanz stießen.

In Deutschland liegt der Schwerpunkt der Parteiaktivitäten auf Spendensammlungen, auch zur Finanzierung des Terrors in der Türkei, sowie auf Kundgebungen und Demonstrationen. Die Organisation hat in Deutschland etwa 650 Mitglieder, darunter vereinzelte Anhänger auch in Brandenburg. Zu ihren Unterstützern zählen deutsche Linksextremisten. Allerdings ist es der Partei bislang nicht gelungen, durch Bildung einer gemeinsamen Front mit anderen Organisationen eine nennenswerte politische Schlagkraft zu entwickeln. Die wesentlich kleinere THKP-C – sie zählt nur noch Einzelmitglieder – hat sich in zwei rivalisierende Gruppierungen aufgespalten.

Die 1972 gegründete „Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten“ („Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist“/TKP/ML) spaltete sich im Jahre 1994 in zwei konkurrierende Flügel: den „Partizan“-Flügel und das so genannte „Ostanatolische Gebietskomitee“ (DABK). Letzteres hat sich Ende 2002 umbenannt in „Maoistische Kommunistische Partei“ (MKP). Damit verbunden war auch die Neubenennung des militärischen Armes in „Volksbefreiungsarmee“ (HKO). Die Guerilla-Gruppe des „Partizan“-Flügels heißt „Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee“ (TIKKO). Beide Splitterparteien verfügen über Basisorganisationen. Bei „Partizan“ ist das die Duisburger „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.“ (Almanya Türkiyeli Isciler Federasyonu“/ATIF). Der Verband, der der MKP nahe steht, ist die „Föderation für demokratische Rechte in Deutschland e. V.“ (ADHF). Ideologische Unterschiede zwischen den beiden Flügeln sind nicht erkennbar. Die TKP/ML Partizan hat in Deutschland etwa 800, die MKP 500 Mitglieder. Beide Flügel veranstalteten im Mai getrennt die jährliche Gedenkveranstaltung für ihren Gründer Ibrahim Kaypakkaya. Die ATIF beteiligte sich im Herbst 2004 mit der Verbreitung einer Flugschrift an den Protestaktionen gegen Hartz IV.

Die „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ („Marksist-Leninist Komünist Partisi“/MLKP) wurde 1994 gegründet. Schon im Folgejahr spaltete sich die „Kommunistische Partei-Aufbauorganisation“ („Komünist Partisi-Isci Örgütü“/KP-IÖ) aus ideologischen Gründen ab. Basisorganisation der MLKP ist die „Föderation der Arbeitsimmigranten aus der Tür-

kei in Deutschland e. V." („Almanya Göcmen Isciler Federasyonu"/AGIF). Der MLKP gehören in Deutschland etwa 600 Mitglieder an, einzelne davon leben in Brandenburg. In Deutschland ist die MLKP seit Jahren nicht mehr strafrechtlich in Erscheinung getreten. Dafür begeht sie Gewaltstraftaten in der Türkei. Das Jahr 2004 brachte sogar einen Höhepunkt terroristischer Aktivitäten der MLKP bzw. der ihr nahestehenden „Bewaffneten Einheiten der Armen und Unterdrückten" (FESK).

Am Vormittag des 24. Juni 2004 explodierte in der Nähe des Hotels „Hilton" ein Sprengkörper. Zu dem Anschlag bekannten sich die FESK. Die FESK übernahmen auch die Verantwortung für den Sprengstoffanschlag am 29. Juni 2004 auf ein bereits gelandetes Flugzeug der Turkish Airlines auf dem Istanbuler Flughafen. Am 28. September 2004 verübten die FESK vier Bombenanschläge in Istanbul, Izmir, Adana und Ankara.

Die Anschläge im Juni stehen vermutlich im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel, der vom 28. bis 29. Juni 2004 in Istanbul stattfand. Der Protest gegen diese Veranstaltung hat die ansonsten zerstrittenen linksextremistischen Parteien in der Türkei zu einer gemeinsamen Aktion vereint. Eine aus ATIK, ATIF, ADHF, AGIF und dem „TAYAD-Komitee e. V." bestehende Plattform „Resistanbul 2004" wirft der NATO vor, einen „Kriegsplan zur Massakrierung der Völker" im Nahen Osten zu hegen. Im Internet wurde zu Demonstrationen auch in Deutschland aufgerufen.

Sikh-Gruppierungen

Extremistische Sikh-Gruppen wie die „Internationale Jugendföderation der Sikhs" („International Sikh Youth Federation"/ISYF) und die „Tiger des wahren Glaubens" („Babbar Khalsa International"/BK) haben in Brandenburg jeweils zehn bis fünfzehn Mitglieder, die auch in jüngster Zeit durch Spenden-Sammlungen und Flugblatt-Aktionen auf sich aufmerksam gemacht haben. Beide Organisationen kämpfen im indischen Punjab für ein unabhängiges „Khalistan".

Am 16. Februar 2004 veranstalteten die BK in der Innenstadt von Brandenburg an der Havel eine Flugblattaktion. Dabei wurden deutschsprachige Verteilschriften an Passanten verteilt. Eine ähnliche Aktion wurde am 28. September 2004 ebenfalls in Brandenburg an der Havel wiederholt. Diese Aktivitäten könnten ein Zeichen dafür sein, dass Brandenburg künftig stärker als bisher in das Tätigkeitsfeld der Sikh-Organisation einbezogen wird.

Spionage und sonstige sicherheitsgefährdende Aktivitäten

Spionage und sonstige sicherheitsgefährdende Aktivitäten

Spionageabwehr

Das Ende des Kalten Krieges hat nicht, wie vielfach angenommen, zu einem Ende der Spionage geführt, obgleich es in einigen Nachrichtendiensten zu großen strukturellen Veränderungen gekommen ist.

Beispiel der strukturellen Änderung der Nachrichtendienste sind die Nachrichten- und Sicherheitsdienste der russischen Föderation, die im Jahre 2003 durch Präsidialerlass umgestaltet wurden. Russland verfügt über den Inlandsnachrichtendienst FSB (Federalnaja Slushba Besopasnosti), dessen Hauptaufgaben in der Bekämpfung ziviler und militärischer Spionage, Terrorismus und organisierter Kriminalität sowie in der Beobachtung des politischen Extremismus liegen. Weiterhin hat die russische Föderation einen militärischen Auslandsnachrichtendienst GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije), der dem Verteidigungsministerium untersteht sowie einen zivilen Auslandsnachrichtendienst, SWR, (Slushba Wneschnej Raswedki) und den präsidialen Schutzdienst FSO (Federalnaja Slushba Ochrany), in dessen Zuständigkeit der Schutz des russischen Präsidenten, der Regierungsmitglieder und wichtiger Regierungsvertreter fällt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist unverändert Ausspähungsziel für die Nachrichtendienste fremder Staaten. Die Aufklärungsziele ausländischer Dienste reichen von „klassischer" Spionage – d. h. Informationsbeschaffung aus Politik, Wirtschaft, Militär etc. – bis hin zur Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Organisationen und Personen, die in Opposition zum Regime ihres Heimatlandes stehen.

Der Brandenburgische Verfassungsschutzes ist für die Abwehr von Spionage zuständig, wenn sie von fremden Nachrichtendiensten in staatlichem Auftrag ausgeht. Das betrifft vielfach Wirtschaftsspionage, die sich auf nahezu sämtliche Unternehmensbereiche erstreckt. Dabei sind alle Erkenntnisse und Informationen gefragt, die dabei helfen, einen ökonomischen Vorsprung zu gewinnen. Russische und ukrainische Nachrichtendienste z. B. haben direkt den gesetzlichen Auftrag, die Wirtschaft ihres Landes auch durch Ausforschung zu unterstützen.

Nachrichtendienste nutzen sowohl offene als auch verdeckte Mittel zur Informationsbeschaffung. So können Mitarbeiter fremder Nachrichtendienste als Diplomaten, Geschäftsleute oder Journalisten tätig sein oder auch in staatlichen oder staatsnahen Firmenniederlassungen oder Handelsunternehmen eingesetzt werden. Bedeutsam ist in Brandenburg im Bereich der Spionageabwehr insbesondere die aus der geographischen Nähe zur Hauptstadt Berlin resultierende politische und wirtschaftliche Verknüpfung in der gesamten Region.



Plakat des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Wichtiger Teil der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes ist auch das frühzeitige Erkennen staatlich gelenkter Proliferation. Der Begriff bezeichnet die illegale Weitergabe von atomaren, biologischen und chemischen Waffen und/oder Technologien zu deren Herstellung sowie zu ihrem Einsatz. Da die genannten Produkte nicht auf dem freien Markt erhältlich sind, müssen sie entwickelt und hergestellt werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat der Beschaffung entsprechender Zulieferungen für Massenvernichtungswaffen hohe Hürden vorangestellt, die die interessierten Länder – häufig sind es Krisenländer – auch durch nachrichtendienstliche Aktivitäten zu umgehen suchen.

Die Beschaffung der begehrten Güter und Technologien erfolgt häufig über konspirativ arbeitende, staatlich initiierte Netzwerke. Nicht selten scheinen diese Strukturen ihrem äußeren Erscheinungsbild nach privatwirtschaftlich tätig zu sein, verfolgen aber unter dem Deckmantel einer Tarnfirma die vom Empfängerstaat vorgegebenen Ziele. Um an sensible Güter zu gelangen, nutzen Krisenländer auch heimische Universitäten und Forschungseinrichtungen. Mit deren Hilfe beschaffen sie für angebliche Forschungsvorhaben Mittel, die tatsächlich für die Herstellung und Weiterentwicklung von Massenvernichtungswaffen bestimmt sind.

Geheimschutz

Als Geheimschutz ist die Sicherung von Informationen zu verstehen, die im öffentlichen Interesse geheim zu halten sind. Durch die Geheimhaltung soll sichergestellt werden, dass Unbefugte keine Kenntnis über Sachverhalte erlangen, die zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bürgerinnen und Bürger verwendet werden können. Im öffentlichen Interesse geheimzuhaltende Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse werden als Verschlusssachen bezeichnet und nach der einschlägigen, für den Umgang mit entsprechenden Dokumenten formulierten Anordnung behandelt.

Da der Geheimschutz auch der präventiven Spionageabwehr dienen kann, ist das Referat V/6 des Brandenburger Verfassungsschutzes, das mit der Spionageabwehr betraut ist, für den Geheimschutz mitverantwortlich.

Verschlusssachen kommen in erster Linie in staatlichen Zusammenhängen vor. Aber auch Privatfirmen, die im staatlichen Auftrag handeln, können mit der Verwaltung und Sicherstellung von Verschlusssachen zu tun haben.

Für den korrekten Umgang mit Verschlusssachen hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit deshalb ein Handbuch herausgegeben, das Auskunft zur Frage des Geheimschutzes in der Wirtschaft gibt und Anregungen bietet, wie der notwendige Schutz geheimhaltungsbedürftiger Tatsachen sichergestellt werden kann. Die Bedingungen, die das Handbuch formuliert, müssen von Firmen, die einen Verschlusssachenauftrag erhalten möchten, vertraglich anerkannt werden. Die Verfassungsschutzbehörde des Landes Brandenburg ist der zuständige Ansprechpartner für Unternehmen im



Plakat des Bundesamtes für Verfassungsschutz

Land, die eine umfassende und kompetente Beratung im Bereich des Geheimschutzes suchen.

Das Brandenburgische Sicherheitsüberprüfungsgesetz vom 30. Juli 2001 enthält Vorschriften im Zusammenhang mit der Überprüfung von Personen, die sich in ihrer Tätigkeit mit Verschlusssachen zu befassen haben. Der Umfang dieser sogenannten Sicherheitsüberprüfungen ist abhängig von Anzahl und Geheimhaltungsgrad der Verschlusssachen, mit denen die zu überprüfende Person befasst werden soll; er reicht von amtlichen Auskünften über die entsprechende Person bis hin zu Befragungen von Referenzpersonen. Die durchzuführenden Schritte sind gesetzlich geregelt. Voraussetzung der Durchführung einer Sicherheitsüberprüfung ist stets die Einwilligung des Betroffenen.

Personen, die etwa auf Verkehrsflughäfen oder in kerntechnischen Anlagen beschäftigt sind, müssen zur Verhinderung von Sabotageakten oder terroristischen Anschlägen auf ihre Zuverlässigkeit geprüft werden. Hierbei wirkt die Verfassungsschutzbehörde nach Maßgabe des Luftverkehrs- bzw. des Atomrechts mit.

Sicherheitsüberprüfungen fragen nicht nach dem Charakter einer Person oder nach ihrer Eignung für den sicherheitsrelevanten Beruf, den sie ausführen möchte. Es geht vielmehr darum, ob jemand aus anderen Gründen ungeeignet ist. Das läge vor, wenn der oder die zu Überprüfende vielleicht korrumpierbar wäre, was man z. B. an hohen Schulden oder einem unverantwortlichen Umgang mit Geld erkennen könnte, oder wenn er oder sie einer verfassungsfeindlichen Organisation angehört.

Auf Grund der Beschlusslage der Innenminister und -senatoren des Bundes und der Ländern gehen die Verfassungsschutzbehörden z. B. auch Anhaltspunkten für verfassungsfeindliche Bestrebungen der „Scientology Organisation" (SO) nach. Die SO vertritt Auffassungen, die mit der Werteordnung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar sind, etwa den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten oder der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung. Die Organisation strebt eine Staatsform an, in der – nach der Lehre ihres Begründers L. Ron Hubbard – zwischen „höherwertigen Menschen", namentlich den Organisationsmitgliedern, und „minderwertigen Menschen", insbesondere den Gegnern der SO, unterschieden wird. Letzteren sollen wesentliche Grundrechte abgesprochen werden.

In Brandenburg konnten im Jahre 2004 mehrere Werbeveranstaltungen der SO festgestellt werden."

Sach- und Personenregister Seite

Abdallah, Shadi 118

Ab jetzt. Bündnis für Deutschland 79

AK Antifa Potsdam 91

Al-Aqsa e. V. 120

Almanya Demokratik Haklar Federasyonu (ADHF/ Föderation für demokratische Rechte in Deutschland) 138 f.

Almanya Göcmen Isciler Federasyonu (AGIF/Föderation der Arbeitsimmigranten aus der Türkei in Deutschland) 138

Almanya Türkiyeli Isciler Federasyonu (ATIF/Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Deutschland e. V.) 138 f.

Al-Qa'ida 113 ff.

Al-Tawhid 117

al-Zarqawi, Abu Mus'ab 117 f.

Ansar al-Islam 117, 119

Antifa Finsterwalde 108

Antifaschistische Aktion Potsdam (AAPO) 87 f., 91

Antifaschistische Gruppe Oranienburg (A.G.O.) 87

Atesen Rizgariya Gele Kurdistan (ARGK/Volksbefreiungsarmee Kurdistans) 131

Autonome Antifa Frankfurt (Oder) (aaffo) 87 ff., 91

Autonome Antifa Nordost (AANO) 91

Avrupa Milli Görüs Teskilatlari (AMGT/Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V.) 124

Aydar, Zübeyir 132, 134

Babbar Khalsa International (BK/Tiger des wahren Glaubens) 139

Banaskiewicz, Christian 53

Barnimer Aktionsbündnis gegen gentechnische Freilandversuche (BAgG) 96

Berliner Alternative Südost (BASO) 56

Berliner Kulturgemeinschaft Preußen e. V. (BKP) 49

Bewegung Neue Ordnung (BNO) 33, 53, 57 ff., 70

bin Laden, Usama 115 ff.

Blood & Honour (B&H) 38 f.

Bundesweite Antifa-Treffen (B.A.T.) 88

Confident of Victory (CoV)	40 f.
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	100 f.
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	60, 79
Deutsche Partei. Die Freiheitlichen (DP)	68, 75, 78 f.
Deutsches Kolleg (DK)	80 f.
Deutsche Volksunion (DVU)	30 f., 60, 68 ff., 71 ff., 88
Devrimci Halk Kurtulus Cephesi (DHKC/Revolutionäre Befreiungsfront)	136
Devrimci Halk Kurtulus Partisi (DHKP/Revolutionäre Befreiungspartei)	136
Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi (DHKP-C/ Türkische Volksbefreiungspartei-Front Revolutionäre Linke)	136 f.
Die Republikaner (REP)	68, 71, 73, 75, 78 f.
Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	51
Dogu Anadolu Bölge Komitesi (DABK/Ostanatolisches Gebietskomitee)	138
El Sayed Ahmed, Rabei Osman	114
Eniya Rizgariya Netewa Kurdistan (ERNK/Nationale Befreiungsfront Kurdistans)	130
Erbakan, Necmettin	123
Europäische Moscheenbau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V. (EMUG)	124
Fakirlerin ve Ezilenlerin Silahli Kuwetleri (FESK/ Bewaffnete Einheiten der Armen und Unterdrückten)	139
Föderation Gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA)	109
Freie ArbeiterInnen-Union – Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (FAU-IAA)	109
Freikorps	52 f.
Frey, Dr. Gerhard	31, 68 f., 71 ff.
Frontalkraft	40 f., 43
Front Islamique du Salut (FIS/Islamische Heilsfront)	113, 120
Garnaoui, Ihsan	118
Graswurzelbewegung	109
Harakat al-Muqawama al-Islamiya (HAMAS/Islamische Widerstandsbewegung)	113, 119 f.
Hauptvolk	36, 38, 52

Heise, Thorsten	29, 68
Hezen Parastina Gel (HPG/Volksbefreiungskräfte)	131, 133
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)	53, 61, 108
Hizb Allah/Partei Gottes	113, 120
Initiative gegen Antisemitismus Berlin-Brandenburg	91
International Sikh Youth Federation (ISYF/Internationale Jugendföderation der Sikh)	139
Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e. V. (IGMG)	123 ff.
Izolasyon Iskencesine Karsi Mücadele Komitesi (IKM/ Komitee gegen Isolationshaft)	138
JA zu Brandenburg	57 f.
Jugend Antifa Belzig (jab)	87, 91
Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)	47
Junge Nationaldemokraten (JN)	57, 70
Kameradschaft Oberhavel	51
Kameradschaft Oder-Spree	92
Kameradschaft Rathenow	92
Kameradschaft Tor Berlin	56, 92
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	101, 103 f.
Kommunistischer Jugendverband Deutschlands (KJVD)	104
Komünist Partisi - Isci Örgütü (KP-IÖ/Kommunistische Partei - Aufbauorganisation)	138
Kongra Gel Kurdistan (KONGRA GEL/Volkskongress Kurdistans)	130 ff.
Kongreya Azadi u Demokrasiya Kurdistan (KADEK/ Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans)	130
Kontra	41, 43
Landser	41
Linksruck (LR)	106 f.
Lüders, André	40
Märkischer Heimatschutz (MHS)	30, 53 ff., 60, 81, 92
Mahler, Horst	80 f., 91 f.
Mann, Klaus	31
Maoistische Kommunistische Partei (MKP)	136, 138
Marksist-Leninist Komünist Partisi (MLKP/Marxi-stisch-Leninistische Kommunistische Partei)	136, 138

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 101, 105
Meenen, Uwe 80
militante gruppe (mg) 89
Muslimbruderschaft (MB) 119 f.
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) 29 ff., 48, 56 f., 60, 62 ff., 71, 73, 75 f., 78
Nationale Aktionsgemeinschaft Freies Deutschland 59
Nationale Bewegung Rathenow 38
Nationale Bürgerinitiative Barnim 60
Nationale Bürgerinitiative Uckermark 60
Nationale Offensive (NO) 51
Nationaler Bund Pommern 60
Nationaler Medienverbund (NMV) 55
Nationales Bündnis Preußen (NBP) 31, 53, 60
Nationale Schwedter Rebellen (NSR) 36 f.
Nationales und Soziales Aktionsbündnis Mitteldeutschland (NSAM) 55
Nationalistische Front (NF) 51
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO) 44 44
Oberlercher, Reinhold 80
Öcalan, Abdullah 131 ff., 133
Panzerbär 45
Partiya Karkeren Kurdistan (PKK/Arbeiterpartei Kurdistans) 130 ff.
Patriotisch-Demokratische Partei (PDP) 133
Pommersche Aktionsfront (PAF) 56
Preußische Aktionsfront (P.A.F.) 59
Progress [antifascist youth] Potsdam 87 f., 91
Reichsbürgerbewegung (RBB) 81
Reinholz, Gordon 30, 53, 55 f.
Rennicke, Frank 40
Rote Hilfe e. V. (RH) 107 f.
Schlierer, Dr. Rolf 78
Schuldt, Sigmar-Peter 31

Schutzbund Deutschland	58
Scientology-Organisation (SO)	145
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS)	56
Sturm 27	36, 38, 52
Sturm & Drang	41
Tegethoff, Ralpf	29
Teyrebaze Azadiya Kurdistan (TAK/Freiheitsfalken Kurdistans)	135
TKP/ML Partizan (Partizan-Flügel der TKP/ML)	136, 138
Türkiye Halk Kurtulus Partisi-Cephesi Devrimci Sol (THKP-C/Türkische Volksbefreiungspartei-Front Revolutionäre Linke)	137 f.
Türkiye Isci Koylu Kurtulus Ordu (TIKKO/Türkische Arbeiter- und Bauernbefreiungsarmee)	138
Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist (TKP/ML / Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten)	138
Tutuklu ve Hükümlü Aileri Yardimlasma Dernegi (TAYAD/ Solidaritätsverein mit den politischen Gefangenen und deren Familien in der Türkei)	138 f.
Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocausts Verfolgten (VRBHV)	81
Voigt, Udo	63, 67 ff.
White Youth (WY)	39
Wiking-Jugend (WJ)	51
Worch, Christian	48, 92
Wulff, Thomas	29

Fotonachweis: dpa (Titel, S. 114), Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (S. 4), Bundesamt für Verfassungsschutz (S. 129)

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Brandenburg unentgeltlich herausgegeben. Sie ist nicht zum gewerblichen Vertrieb bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Das gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die auf Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.